

Junius Verlag



LATEINAMERIKA.
Analysen und Berichte 7:
Fortschritt der Destruktiv-
kräfte und Gegenwehr
 288 Seiten, DM 24,80

Nicolo Gligo/Jorge Morello:
 Zur ökologischen Geschichte Lateinamerikas – Conquista
 und Kolonialzeit

Nikolaus Werz:
 Nach dem Öl die Sintflut? Umweltprobleme und die Diskus-
 sion um ein alternatives Entwicklungsmodell in Venezuela

Günter Paulo Süss:
 Integrationsmord in Amazonien. Die Indianerfrage vor der
 Endlösung?

Klaus Meschkat:
 Umweltzerstörung und Widerstand in Kolumbien

Guillermo O'Donnell:
 Argentinien nach dem Malwinen-Krieg

Aktuelle Länderberichte über die politische, soziale und ökono-
 mische Entwicklung in 15 Staaten Lateinamerikas.

Ein Handbuch mit hohem Gebrauchswert für alle an Latein-
 amerika Interessierten und in der Solidaritätsarbeit Aktiven.

Junius Verlag · Von-Hutten-Straße 18 · 2000 Hamburg 50

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 121

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1983

Solidaritätspreis DM 3,50



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

GRENADA: Maurice Bishop (1944-1983) / Reaktionen der karibischen Nach-
 barn / Das New Jewel Movement — **NICARAGUA:** Interviews über die Evakuie-
 rung Corintos / Internationale Arbeitsbrigaden — **CHILE:** Wir bleiben hier! Land-
 besetzungen in Chile 1983 — **MEXIKO:** Autoindustrie: Die Krise und ihre Opfer

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— GRENADA: Maurice Bishop (1944-1983)	4
Reaktionen der karibischen Nachbarn	5
Das New Jewel Movement	8
— NICARAGUA: Die Lage ist brenzlich	12
Interviews über die Evakuierung Corintos	13
— GUATEMALA: Eskalation des Terrors	17
— HONDURAS: Salvadorensische Flüchtlinge in Honduras	21
— KOLUMBIEN: Movimiento 19 de Abril - M 19	26
— PERU: Kommunalwahlen in Peru	38
— BOLIVIEN: Ein Jahr Demokratie	40
— BRASILIEN: Lohnraub per Gesetz	44
— CHILE: Wir bleiben hier! Landbesetzungen in Chile 1983	47
— MEXIKO: Autoindustrie: Die Krise und ihre Opfer	52
Politische Gefangene: selektive Amnestie	59
— SCHULDEN: Die internationale Verschuldung	61
— SOLIDARITÄT: Spendenaufruf für ein Kinomobil für El Salvador	71
Eine Druckerei für El Salvador	72
Internationale Arbeitsbrigaden	76
— REZENSION: Im Herzen der Bestie	76
— LESERBRIEFE	78
— TERMINE	80
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	81

Zu diesem Heft

Die Invasion von US-Gruppen in Grenada hat in den Medien ein breites Echo gefunden. Wir haben deshalb nicht unsere Aufgabe darin gesehen, die Geschehnisse der letzten Wochen in und um diese Karibikinsel noch einmal in aller Breite darzustellen. Wohl aber gibt es einige Gesichtspunkte, die helfen mögen, die Vorgeschichte besser zu begreifen.

Die Unbekümmertheit und Brutalität, mit der alle Grundsätze des Völkerrechts von der Reagan-Administration über den Haufen geworfen wurden, müssen zu tiefst erschrecken. Daß unsere Bundesregierung sich sogar schon über die Frage zerstritt, ob man die Aktion wenigstens taktisch kritisieren dürfte, zeigt nur zu deutlich, wie sehr unsere Herrschenden sich - wie auch in der Raketenfrage - von den Abenteurern in Washington abhängig gemacht haben.

In der Redaktion war allerdings auch kaum umstritten, daß die Absetzung des Ministerpräsidenten Maurice Bishop und der Mord an ihm und seinen Freunden, begangen im Namen eines kurzfristig doktrinen und menschenverachtenden "Marxismus-Leninismus", das Spiel der Invasoren wesentlich erleichtert haben. Die Erregung Fidel Castros über diese Art von "Revolutionären" ist nur zu verständlich und glaubwürdig. Das bedeutet allerdings noch immer nicht, daß man die menschenfeindliche und unwürdige Art gutheißt, in der die Anführer des Putsches von den Invasoren der Welt gezeigt wurden: Halbnackt, gefesselt, mit verbundenen Augen. Wie wenig es sich auszahlt, aus "geopolitischen" oder "weltrevolutionären" Gründen auf irgendwelche Militärs zu setzen, die um ihrer Macht willen zeitweilig radikale Sprüche machen, kann man übrigens jetzt auch an dem Regime des obersten Bouterse in Surinam sehen, der an den Morden an möglichen Rivalen im Namen der Revolution jetzt doch plötzlich aus Angst alle Kubaner aus seinem Land jagt, um sich von der westlichen Welt dafür feiern zu lassen. Unsere Solidarität jedenfalls wird sich solchen geopolitischen Gesichtspunkten nicht unterordnen lassen.

Die Invasion in Grenada hat auch deutlich gemacht, daß die Gefahr eines Einmarsches in Nicaragua keineswegs gebannt, sondern eher noch gewachsen ist. Daraus sind Überlegungen entstanden, ob es nicht nützlich wäre, mit vielen Leuten aus der USA und Westeuropa Arbeitsbrigaden in Nicaragua zu bilden, die schon durch ihre Präsenz zum Schutz des Friedens beitragen würden.

Die Wahlen in Argentinien hätten wegen der großen Veränderung, die die Niederlage der Peronisten und der Rückzug der Militärs bedeuten, einen längeren Bericht erfordert. Er fiel erst in letzter Minute aus und wird nachgeholt werden müssen. Dafür ist noch ein kurzer Bericht über die Wahlen in Peru fertig geworden, bei denen die Regierungspartei extreme Verluste erlitten hat. Unsere Diskussion über die Zukunft der peruanischen Linken wird auch nach diesem Bericht nicht beendet sein.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Redaktionsschluß dieser Nummer: 17. November 1983

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährig berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

GRENADA

Maurice Bishop (1944 - 1983)



Anstelle eines Nachrufes – aus seiner Rede zum ersten Jahrestag der Revolution

" Denen, die weiterhin glauben, daß die Welt nebenan in Amerika anfängt und aufhört, und denen, die weiterhin glauben, daß die Vereinigten Staaten oder Elemente in den Vereinigten Staaten das Recht haben, dieses ganze Gebiet als einen See, als einen Fortsatz von Amerika, als einen Teil ihres Hinterhofs zu betrachten, denen sagen wir *nein, wir sind in niemandes Hinterhof*.

Die Märtyrer unserer Kämpfe, die Patrioten, die starben und die ermordet wurden, die ihre Leben der Sache der Befreiung unseres Volkes gaben, die Patrioten in Lateinamerika und der Karibik, die in all den Jahren umgebracht wurden, die haben ein Recht, uns zu sagen, –und als Revolutionäre können wir keine Feiglinge sein– daß wir als Revolutionäre auf unseren Füßen stehen und der Welt entgegen-treten müssen, daß wir als Revolutionäre berechtigt sind, zu sagen, daß es keine weiteren Morde der Sandinos dieser Region mehr geben darf; es darf keine Morde unserer Allendes mehr geben; es darf keine Stürze der Juan Boschs und der Arbenz unserer Region mehr geben.

Die Menschen der Region drängen nach der Schaffung einer vereinten Karibik und einem vereinten Lateinamerika.

Wir sind berechtigt zu sagen, daß diese Region, diese karibische See, diese lateinamerikanische Region das Recht hat, ihren eigenen Prozeß zu bauen, das Recht hat, auf ihre eigenen Bedingungen zu schauen, wenn wir entscheiden, wen wir zum Freund haben müssen, und welche Länder in der Region und international unsere Verbündeten sein müssen.

Eine der höchsten Ironien, einer der amüsantesten Aspekte der Situation ist, daß gerade das Land, das nach Grenada kommen möchte, um uns zu sagen, mit wem wir befreundet sein dürfen, daß dieses Land heute die geringste Unterstützung für unseren Prozeß anbietet. Genau das Land, das nach Grenada kommen möchte, um uns zu sagen, daß wir nicht das Recht haben, Freunde des revolutionären Kuba zu sein, versucht und wird weiter versuchen, Beziehungen zur Regierung von Kuba aufzubauen.

Diese Leute, die überhaupt nichts verstehen von unserer Geschichte und unserer Vergangenheit, diese Leute, die hier herunter kamen in die Karibik und nach Lateinamerika, und unsere Region genommen haben und sie wie ein Brot zerstückelt haben, in einigen Ländern Holländisch gelehrt haben, anderswo Französisch, anderswo Spanisch, anderswo Englisch und zuletzt Amerikanisch, diese Leute wollen sich jetzt umdrehen und uns sagen, daß wir, die wir im Grunde ein Volk sind, nunmehr, da wir ja verschiedene Sprachen sprechen, nicht mehr Freunde sein können, daß wir uns nun hassen müssen, daß wir uns bekämpfen müssen, damit sie uns besser ausbeuten können.

Aber das Volk der lateinamerikanischen und karibischen Regionen beendet zusehends diese Einstellung des kleinlichen Nationalismus, des Isolationismus, des Rassis-

mus, des Chauvinismus. Wir als ein Volk in dieser Region bauen zusehends eine gemeinsame Wahrnehmung unserer Identität im Bewußtsein der Tatsache, daß wir eine gemeinsame Geschichte, einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund, eine geographische Region, und daß wir zweifellos eine gemeinsame Zukunft als ein Volk haben.

Diejenigen, die glauben möchten, daß wir nicht das Recht haben, unsere eigene Zukunft zu formen, sollen unsere Antwort klar verstehen, denen wollen wir sehr deutlich und sehr fest sagen, daß es gewisse Grundprinzipien gibt, deren Respektierung in den Beziehungen mit äußeren Mächten das Volk der Region beanspruchen kann."



Reaktionen der karibischen Nachbarn

Die Ermordung von Maurice Bishop am 25.10.1983 hat bei fast allen Nachbarstaaten Grenadas tiefe Betroffenheit ausgelöst. Durch die Invasion der USA machten sich aber auch Sorgen um ein weiteres friedliches Zusammenleben breit, die zu den unterschiedlichsten Reaktionen führten.

Die wohl drastischste Reaktion auf die amerikanische Invasion kam aus SURINAM. Col. Desi Bouterse verwies zuerst den kubanischen Botschafter und später ca. 100 kubanische Berater des Landes. Seine Motive sind unklar, aber vielleicht eine Konsequenz aus seiner kürzlichen Reise in die USA.

In GUYANA ließen die Ereignisse auf Grenada eine äußerst seltene Einigkeit zwischen den Oppositionsparteien – Cheddi Jagans PPP und Walter Rodneys WPA – einerseits und Präsident Burnhams Regierungspartei PNC andererseits zustandekommen. Lautstark demonstrierten Mitglieder aller Parteien vor der US-Botschaft. In einer Rundfunkrede bedauerte Burnham am 25. 10. den *frühzeitigen und tragischen* Tod von Maurice Bishop. Er sagte, er habe sich auf dem CARICOM-Treffen am 22.10. gegen eine Einmischung in die grenadischen Angelegenheiten ausgesprochen, und betonte, daß sich die Teilnehmer auf dem Treffen mehrheitlich gegen eine Intervention von außen geäußert hätten. Guyana habe sich auch gegen den Aus-schluß Grenadas aus dem CARICOM ausgesprochen, dem die anderen Teilnehmer aller-

dings zustimmten.

TRINIDADs Premierminister verurteilte die Intervention ebenfalls. Inzwischen hat er sein Volk gewarnt, daß die USA das Land für seine unabhängige Position bestrafen werden. Er sagte, daß die Invasion schon lange geplant war, und wollte eine Beteiligung des CIA an der dramatischen Entwicklung in Grenada vor der Invasion nicht ausschließen. Chambers – durchaus kein Linker – sprach von amerikanischer Destabilisierung, und äußerte Befürchtungen für die Zukunft von CARICOM. BELIZE und die BAHAMAS haben sich ebenfalls gegen die Intervention ausgesprochen.

In MEXIKO verurteilten die Regierung, die Gewerkschaften und die politischen Parteien die Invasion gleichermaßen: "Sie stellt eine neue Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Staaten in der Region dar", warnte das Außenministerium in einem Komunique. Die regierungsnahе Zeitung 'El Dia' beschrieb die Aktion als "eine Bedrohung für Nikaragua und sogar für Kuba".

Von den Ländern der Contadora-Gruppe verurteilte KOLUMBIEN den Gewaltakt der USA und bot zugleich Hilfe bei der Evakuierung der gefangenen kubanischen Bauarbeiter an. VENEZUELA forderte einen sofortigen Stop der Invasion. GUATEMALA, HONDURAS und EL SALVADOR haben ihre Zustimmung zu der US-Invasion ausgedrückt.



Staat und Verwaltung

Fläche: 344 km² einschl. Carriacou und Petit Martinique
Hauptstadt: St. George's (10 000 Einwohner)
Gliederung: 6 Parishes (Gemeinden)
Staatsoberhaupt: Queen Elisabeth II, vertreten durch Governor General Sir Paul Scoon — ein Grenadiner

Bevölkerung: 110 700

Zuwachs: 1,1 % jährlich von 1971 bis 1981
Emigration: bis 1979 stark, ca. 400 000 Grenadiner im Ausland, besonders in Großbritannien, Nordamerika, Trinidad

Ethnische Struktur: über 95 % Afro-Karibier, davon die Mehrheit rein schwarz

Landessprache: Englisch
Religion: ca. 64 % römisch-katholisch, ca. 22 % anglikanisch, ca. 6 % protestantisch, wachsender Anteil, Fortbestand afro-karibischer Kulte (Shango)

Wirtschaft

Währung: East Caribbean Dollar — EC-Dollar, die gemeinsame Währung der unabhängigen östlichen Antillen (außer Barbados)
 1 EC-Dollar ist ungefähr 1 DM.

Bruttosozialprodukt: zu Marktpreisen (1981) 261,9 Mio. EC-Dollar
 pro Kopf (1981) 2 349 EC-Dollar

Reale Wachstumsrate: (nach konstanten Preisen) 1978-1981: 2,9 % — 1981-1982: 5,5 %

Geschichte in Stichworten: Kolonisierung bis Unabhängigkeit.

- 1650 Beginn der Kolonialgeschichte Grenadas. Franzosen roten die Einwohner aus.
- ab 1700 Beginn der Plantagenwirtschaft
- 1753 12000 Sklaven aus Afrika (1790: 24000)
- 1763 England erobert die Insel
- 1795 Fedons Rebellion: Großer Sklavenaufstand
- 1833/38 "Emancipation Act": formelle Befreiung der Sklaven.
- ab 1850 Verbreitung der Kleinbauern und Muskatanbau.
- 1915 Bewegung für Demokratisierung: T.A. Marryshow.
- 1950 Eric Gairy: erstes Auftreten als Anwalt der Armen, gründet Gewerkschaft, führt militante Streiks.
- 1951 Allgemeines Wahlrecht. Gairy wird in den Inselrat gewählt. Gairy wird der führende Politiker der Insel, Basis im Agro-Proletariat. Populist und Demagoge.
- 1951-1968 regieren abwechselnd Gairys GULP und die bürgerliche GNP.
- 1962 "Squandermania" (Verschwendungswahn)-Skandal: Gairy von Kolonialbehörde abgesetzt.
- 1968 "Associated State"- Innere Autonomie. Gairy gewinnt die Wahl, wird "Premier". Systematischer Aufbau einer Günstlingswirtschaft, Korruption wächst, traditionelle Wirtschaftsbereiche in die Krise.
- 1973 NJM gegründet. Großer Widerstand gegen Unabhängigkeit unter Gairy.
- 1974 Unabhängigkeit: Gairy steuert in die Diktatur

Das New Jewel Movement (I)

Die revolutionäre Bewegung in Grenada 1973 - 1983

Im März 1972 gründeten der Ökonom Unison Whiteman und der Angestellte einer Zuckerfirma Selwyn Strachan im ländlichen Bezirk St. David's die Gruppe *Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation* (Gemeinsame Anstrengung für Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung), kurz: JEWEL (Juwel). Die Gruppe verstand sich als Motor im Prozeß der Selbstorganisation und Selbstverteidigung der Landbevölkerung. Besondere Popularität verschaffte ihr im selben Jahr die Aktion von La Sagesse. Über dieses Landgut, das dem englischen Lord Brownlow gehörte, führte der Weg zu einem beliebten Strand. Diesen Weg ließ der Lord mit einem Zaun versperren, um die Landbevölkerung am Betreten von La Sagesse zu hindern. Als die Regierung gegen dieses Verbot nichts unternahm, organisierte das JEWEL mit den Betroffenen ein Volkstribunal. Der Lord wurde schuldig gesprochen und sein Zaun wurde eingerissen.

Im November des gleichen Jahres gründeten die beiden Rechtsanwälte Maurice Bishop und Kenrick Radix in der Hauptstadt St. George's das *Movement for Assemblies of the People*, MAP (Bewegung für Volksversammlungen). Die Gruppe vertrat eine Abkehr von der Westminster-Verfassung und eine basisdemokratische Neuordnung nach dem Vorbild der Dorfversammlungen in Tansania. Im März 1973 schlossen sich MAP und JEWEL zum *New Jewel Movement* zusammen.

Weder das New Jewel Movement (NJM) noch seine beiden Vorläufer waren marxistisch oder sozialistisch ausgerichtet. Das Manifest von 1973 läßt viele ideologische Anleihen und politische Einflüsse erkennen, darunter die Black-Power-Bewegung, den Theoretiker C.L.R. James und das schon erwähnte Modell Tansania. Unter den Gründern und führenden Vertretern des NJM waren viele junge Akademiker, die von ausländischen Universitäten revolutionäre Ideen mitgebracht hatten. Prägende Erfahrungen waren der Rassismus in Nordamerika und Großbritannien (wo jeweils mehr Grenader leben als in Grenada selbst) und die Solidaritätsbewegung für die Freiheitskämpfer im südlichen Afrika. Schließlich wirkte als einheimisches Moment das Regime von Eric Gairy, das schon damals so korrupt war, daß es als Schandfleck der englischen Karibik galt und das Westminster-Modell als neo-koloniale Farce entlarvte.

MANIFEST 1973

Der größte Teil des Manifests ist der Wirtschaft gewidmet. Das Leitmotiv ist die Forderung, schnell und wirksam die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Die Importe sollen gesenkt und die eigenen Ressourcen entwickelt werden. Grenada soll die eigene Wirtschaft selbst kontrollieren: Stichworte sind *self-reliance*, *self-sufficiency*, *real independence*. Sozialismus dagegen kommt im Manifest nicht vor. Radikale Forderungen richten sich vor allem gegen ausländische Interessen: Hotels, Banken und Versicherungen in ausländischer Hand sollen verstaatlicht werden. Gegen die einheimische Bourgeoisie und Elite sind keine Maßnahmen angesagt. Nur die geforderte Einrichtung eines staatlichen Importmonopols richtet sich in der Konsequenz gegen die drei großen Familienbetriebe Hubbard, Higgins und Julien, die sich unter anderem den Warenimport teilten.

Die vorgeschlagene Agrarreform ist sehr zurückhaltend. Eine Enteignung der Grundbesitzer ist nicht vorgesehen. Die Kleinbauern sollen sich zu Kooperativen zusammenschließen. Der Abschnitt ist mit den Worten "landwirtschaftliche Revolution" überschrieben, doch ist damit keine soziale sondern eine technische Umwälzung gemeint. Die Landwirtschaft soll durch Modernisierung produktiver werden.

Der Absatz über Arbeit und Arbeitslosigkeit kündigt die Vollbeschäftigung als Folge der vorgesehenen Modernisierung und Expansion der Wirtschaft an. Von den Gewerkschaften ist hier nicht die Rede, und einen Abschnitt über Gewerkschaften gibt es im Manifest nicht. Dafür ist verschiedentlich von Gerechtigkeit und Menschenwürde für die arbeitenden Menschen zu lesen.

Das Manifest schlägt eine große Zahl von Reformen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, soziale Wohlfahrt vor. Es hat jedoch nur zwei konsequent radikale Teile. Der erste handelt von internationalen Angelegenheiten, spricht sich für strikte Blockfreiheit aus, und unterstützt im internationalistischen Geist den "heroischen Kampf" des vietnamesischen Volkes, den Befreiungskampf der "afrikanischen Brüder" im südlichen Afrika, sowie den Kampf gegen den Rassismus in Nordamerika und Großbritannien.

Der andere radikale Abschnitt, zugleich der originellste, verlangt eine neue Verfassung und Volksversammlungen als Basis einer *grass-roots democracy*. Dieser Abschnitt soll hier ausführlicher behandelt werden.

Als das Manifest 1973 erschien, galt in Grenada noch die *Associated States Constitution* von 1967. Ein neuer Verfassungsentwurf war in Westminster schon abgefaßt worden, denn Grenada sollte gemäß Gairys Forderung 1974 unabhängig werden. Das Manifest lehnt beide Verfassungen ab, da sie von der Kolonialbehörde ohne Beteiligung des Volkes diesem aufgezwungen wurden. *"Eine Verfassung ist für ein Volk bedeutungslos, sofern sie nicht durch den Prozeß der Volksbeteiligung zustandekommt. Die jetzige Verfassung ist eine völlige Farce, und ihre Bestimmungen werden von dieser Regierung nach Belieben gebrochen, ignoriert oder abgelehnt."* Eine neue Verfassung soll demokratisch entworfen werden, wozu die bestehende Verfassung als Diskussionsgrundlage dienen soll.

Kernstück der neuen Verfassung soll die Einrichtung von Volksversammlungen sein. *"Das NJM steht fest hinter den Volksversammlungen als neuer Regierungsform, die das ganze Volk ständig mit einbezieht."* Um diese neue Regierungsform in Gang zu setzen, soll eine provisorische Regierung aus allen gesellschaftlichen Kräften, ohne Ausgrenzung der Gairy-Partei GULP und ohne Bevorzugung gebildet werden. *"Fähigkeit, Hingabe und Patriotismus werden die Maßstäbe sein. Sie wird aus Vertretern der Arbeiter und Gewerkschaften, der Bauern, der Polizei, der Beamten, der Krankenschwestern, der Lehrer, der Unternehmer und der Studenten bestehen.(...) Diese Versammlung aus Vertretern aller Gruppen...wird die Regierung sein.(...) Es wird keinen Premier geben. Die Versammlung wird von Zeit zu Zeit einen neuen Vorsitzenden wählen."*

Diese Übergangs-Versammlung soll das parlamentarische Parteiensystem ablösen, das vom NJM grundsätzlich abgelehnt wird. *"Erstens teilen Parteien das Volk in kriegführende Lager. Zweitens gibt das System die Macht in die Hände einer kleinen herrschenden Clique. Diese Clique schikaniert und terrorisiert Mitglieder der anderen Partei. Drittens ergreift diese Clique die Kontrolle über alle Wege zur Information der Öffentlichkeit (...) und benutzt sie für ihre eigenen Zwecke. Schließlich, was am wichtigsten ist, wird das Volk überhaupt nicht einbezogen, bis auf ein paar Sekunden alle fünf Jahre, wenn es ein x auf einen Stimmzettel macht."*

Zwei Seiten weiter, im vorletzten Abschnitt (über Unabhängigkeit), wird das Politikverständnis des NJM weiter dargelegt: *"Wir glauben, daß keine kleine Gruppe von Personen, ganz gleich wie intelligent oder gebildet oder wohlhabend diese sind, das Recht hat, sich in einem kleinen Zimmer zusammen hinzusetzen und sich als neuer Messias zu erklären. Vielmehr muß die Führung aus dem Volke kommen und vom Volke angenommen werden, nicht wegen ihres Aussehens, ihrer Kleidung oder ihrer Sprache, sondern wegen ihrer bewiesenen Verpflichtung, Hingabe und harten Arbeit im Interesse des Volkes. (...) Führung darf nicht die Schaffung neuer Herren bedeuten. Die Führung soll sich vielmehr als Diener des Volkes begreifen, und muß die Zerstörung der Beziehung von Herr und Sklaven, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und die Zerstörung aller Klassenverhältnisse in unserer Gesellschaft anstreben."*

Was in der Schlußformulierung wie ein Aufruf zum Klassenkampf klingt, ist im Grunde nur eine etwas irritierende Variante des "one-nation"-Motivs. Denn die angesprochenen Klassenverhältnisse werden nicht in aufzulösenden Besitzverhältnissen begründet gesehen, sondern erscheinen hier als Frage des Verhaltens, der Einstellung, des Selbstbewußtseins. Und so folgt an dieser Stelle ein Zitat von Julius Nyerere, dem Präsidenten von Tansania, dessen Aussage auch als Ziel-

vorstellung des NJM bezeichnet wird, nämlich "... aus jeder Person einen Meister (oder "Herren"-engl. master) zu machen, - keinen Meister, der sich anderen entgegenstellt, sondern einen, der sich selber dient. Ein Mensch, der sich selber dient, ist ein Meister. Er hat keine Sorgen, hat Vertrauen in sich und vertraut den eigenen Handlungen."

Der Rest des Abschnitts über die Volksversammlungen erläutert, wie das System aufgebaut sein soll. Jedes Dorf soll eine Dorfversammlung haben, der jeder erwachsene Dorfbewohner automatisch angehört. Hier sollen die Angelegenheiten des Dorfes erörtert und entschieden werden. Als Exekutivorgan wählt sich die Versammlung einen Dorfrat, der jederzeit abgesetzt oder verändert werden kann. Außerdem schickt jede Dorfversammlung zwei Vertreter in die Gemeindeversammlung. Dort werden die Probleme der Gemeinden (parishes) erörtert. Grenada ist in sechs Gemeinden aufgeteilt, so daß dieser Vorschlag sechs Gemeindeversammlungen erfordert hätte.

"Drittens befürworten wir die Schaffung von Arbeiterversammlungen, die den Dorfversammlungen entsprechend organisiert sein sollen. (...) Diese Versammlungen würden beispielsweise Stauer, Krankenschwestern, Lehrer, Studenten und so weiter umfassen. Arbeiterversammlungen werden sicherstellen, daß die gegenwärtige Ausbeutung der Arbeiter durch gewisse Führer im Namen der Gewerkschaften beendet wird. (Dies ist offenbar eine Anspielung auf Gairys Rolle als korrupter Gewerkschaftsführer.) Dies wird so sein, weil zum ersten Mal die Arbeiter die Kontrolle und Richtung ihrer eigenen Leben selbst in der Hand haben werden, und nicht korrupte Politiker, deren einziges Interesse darin besteht, sich die Taschen zu füllen, und auf dem Rücken der arbeitenden Massen zu reiten, um die politische Macht zu behalten."

Alle Dorfversammlungen und Arbeiterversammlungen sollen schließlich ihre Vertreter in die Nationalversammlung wählen, die das Manifest als Regierung des Landes bezeichnet. Die Nationalversammlung soll sich ihren Exekutivrat wählen, der sich in Komitees aufteilt. Diese Komitees entsprechen den Regierungsressorts. "Die Macht wird aber in unseren Dörfern und Arbeitsplätzen wurzeln. Jederzeit kann das Dorf seinen Rat feuern und ersetzen, auch seinen Vertreter in der Gemeindeversammlung oder der Nationalversammlung. Zusammen können die Menschen in den Dörfern und die Arbeiter die ganze Nationalversammlung hinauswerfen und eine neue einsetzen. (...) Volksversammlungen werden daher die tiefen Spaltungen und die Schikanierung des Volkes unter dem Parteisystem beenden. Diese neue Form wird das ganze Volk in den Entscheidungsprozeß einbeziehen, zu jeder Zeit."

Wie der Machtwechsel ablaufen soll, der den Beginn echter Demokratie bedeuten soll, und mit welchen Mitteln das Gairy-Regime durch die Übergangsregierung ersetzt werden soll, deutet das Manifest auf der letzten Seite an: Gairy wird die Macht nicht hergeben, deshalb muß das einige Volk sie sich holen, mit allen gebotenen Mitteln.

Das NJM war nicht die einzige Gruppe seiner Art in der Karibik, doch das schnelle Wachstum in den folgenden Jahren zur größten Oppositionspartei des Landes war in der Karibik ohne Beispiel. Gefördert wurde dies durch das ebenso beispiellose Gairy-Regime, das immer mehr Bevölkerungsschichten gegen sich einte.

UNABHÄNGIGKEIT FÜR GAIRY 1974

Die Gründung des NJM fand in einer entscheidenden Phase der grenadischen Geschichte statt: Gairy bereitete mit der britischen Regierung die volle Unabhängigkeit für Grenada vor. Der damalige Premierminister (und heutige Oppositionsführer) von Barbados, der Sozialdemokrat Errol Barrow drückte die Befürchtungen vieler Grenader aus, als er bemerkte, daß nicht Grenada sondern Gairy unabhängig würde. Im Mai und im November 1973 organisierte das NJM Volkskongresse gegen Gairys Absichten, an denen jeweils 10000 Menschen teilnahmen, d.h. jeder zehnte Grenader. Gairy verschärfte darauf seine Gangart.

Am 18. November 1973, dem bloody sunday, ließ Gairy seine mongoose gang auf die NJM-Führung los. Maurice Bishop, Unison Whiteman, Kenrick Radix, Selwyn Strachan, Hudson Austin und Simon Daniel wurden brutal zusammengeschlagen und verletzt in Zellen geworfen, wo sie mit Glasscherben kahlgeschoren wurden.

Die Abscheu vor Gairys Exzessen brachte eine breite Protestbewegung zusammen. Es bildete sich ein Committee of 22, das die Freilassung der NJM-Führung und eine Untersuchung forderte. Neben bürgerlichen und gewerkschaftlichen Kreisen gehörten ihm die Kirchen und die Handelskammer an. Nach einem einwöchigen Streik ging Gairy auf die Forderungen ein. Als er jedoch die Untersuchungskommission offen mißachtete, erklärten das Komitee und das NJM den Generalstreik. Er begann am 1. Januar 1974, und führte zu schweren Auseinandersetzungen.

Am 21. Januar, dem bloody monday, erschoss die Polizei Rupert Bishop, den Vater von Maurice Bishop, als er Kinder in Sicherheit bringen wollte. Der Generalstreik brachte das Regime im Monat vor der Unabhängigkeit an den Rand des Zusammenbruchs. Gehälter konnten nicht mehr ausgezahlt werden, und sogar Gairys Schlägerbande wurde unruhig, denn sie hatte zu lange kein Geld mehr gesehen.

Da kam Gairy das Ausland zu Hilfe. Zuerst machte Großbritannien ihm ein "Unabhängigkeitsgeschenk" von 600 000 DM. Im kritischen Moment beendete dann die Gewerkschaft der Hafenarbeiter SWWU ihren Ausstand. Wegen der Abhängigkeit Grenadas vom Import haben diese eine wirtschaftliche Schlüsselstellung. Die SWWU hatte enge Verbindungen zum American Institute of Free Labor Development AIFLD, dem Auslandsarm des Dachverbands der US-Gewerkschaften AFL-CIO. Das AIFLD unterhält enge Beziehungen sowohl zum CIA als auch zum Dachverband der Gewerkschaften der Karibik CCL. Ein Vermittler des CCL brachte in Grenada die Übereinkunft zwischen Gairy und der Hafenarbeiter-Gewerkschaft SWWU zustande. Damit war der Streik gebrochen und Gairy vorerst gerettet.

Am 7. Februar 1974 wurde Gairy unabhängig. Im Hafen von St. George's lag eine britische Fregatte, - für Salutschüsse... Während Gairy den versammelten Journalisten und Honoratioren des Auslands mitteilte, daß ihn "kosmische Schwingungen" leiteten, sah man oberhalb der Stadt die Nacht hindurch den Feuerschein des brennenden Hauses von Michael Silverman, dem NJM-Anwalt. Gairy hatte keine 24 Stunden gewartet. Maurice Bishop wurde verschleppt. Großbritannien hatte Grenada auf den Weg in die Diktatur geschickt.

Quellen

MANIFEST 1973
Manifesto of the New Jewel Movement
NJM Special-undatierter Nachdruck(ca.1974).

UNABHÄNGIGKEIT FÜR GAIRY 1974

Epica Task Force (ed.): Grenada- the Peaceful Revolution, Washington 1982, S.46/7
Max Hastings: "Black Comedy in Grenada" in The Spectator 29. Oktober 1983.

NICARAGUA

Die Lage ist brenzlich

Eine Reihe jüngster Anschläge haben Nicaragua einen schweren Schlag versetzt und die ohnehin gespannte Lage Nicaraguas noch verschärft:

Am 11.10. war die nicaraguanische Hafenstadt Corinto erneut Angriffsziel der Contras. Von einer Gruppe der von Honduras aus operierenden, vom CIA unterhaltenen FDN (Demokratische Kraft Nicaraguas) beschossen den Hafen von Corinto, wobei einige der Treibstofftanks explodierten. Die Gefahr einer völligen Zerstörung der Stadt war so groß, daß die rund 25.000 Bewohner Corintos in die nahegelegenen Orte Chinandega, Realejo evakuiert wurden.

Durch die Zerstörung des zentralen Ölhafens Nicaraguas, über den 70 % der Importe und Exporte Nicaraguas gehen, wurde ein Schaden von rd. 380 Mio. Dollar verursacht.

Wenige Tage später schon der nächste Angriff: Die Ölpipeline des weiter südlich gelegenen Pazifikhafens Puerto Sandino wurde bei einem Sprengstoffanschlag zerstört.

Diese Anschläge bringen Nicaragua an den wirtschaftlichen Ruin, noch dazu als die Erdölgesellschaft ESSO ankündigte, keine Öllieferungen mehr nach Nicaragua zu unternehmen. Die Regierung in Managua sah sich gezwungen, den wirtschaftlichen Notstand auszurufen. Daniel Ortega von der Regierungsjunta gab Notstandsmaßnahmen bekannt, um die dramatischen Konsequenzen der jüngsten Angriffe zu bewältigen.

Schon eine Woche später, am 18. Oktober erfolgt ein erneuter Großangriff der FDN: 250-300 Contras überfallen den 18 km von der hondurensischen Grenze entfernten Ort Pantasma. Trauriges Ergebnis dieser Attacke, auf einen Ort, in dem keinerlei militärische Einrichtungen beherbergt waren: 47 Tote aus der Zivilbevölkerung (hauptsächlich Bauern und Lehrer der Erwachsenenbildung, eine Sägemühle, die Lager von ENCAFE (nic. Kaffeegesellschaft) und die Büros der Cooperative "Juan Castil Blanco" abgebrannt und total zerstört, sowie 8 Traktoren, die Silos der Grundnahrungsmittel im MIDINRA (Ministerium für Agrarreform, das Haus der Stadtverwaltung die Einrichtungen der Erwachsenenbildung, das Ausbildungszentrum des Bauministeriums, drei Verteilungszentren von ENABAS (zuständig für die Lebensmittelverteilung) das Haus der Milizen und das örtliche Gesundheitszentrum. Bei diesem Überfall wurden drei medizinische Hilfskräfte, darunter eine österreichische Krankenschwester, gefangen genommen und in die Lager der Contras auf nicaraguischem Gebiet verschleppt. Dort wurden sie mit Maschinengewehren im Rücken gezwungen, die verwundeten Contras medizinisch zu versorgen. Nach einer anschließenden Diskussion, ob die Gefangenen gleich erschossen, weiter mitgenommen oder wieder freigelassen werden sollen, entschloß man sich doch dazu, sie freizulassen. Unter dem Kugelhagel der ständig fortwährenden Kämpfe zogen sich die drei Freigelassenen erst langsam, dann um ihr Leben rennend zurück. Nach kurzer Ruhepause sind sie mittlerweile wieder in Pantasma, um am Aufbau des zerstörten Gesundheitszentrums mitzuarbeiten.

Hunderte von Menschenleben, 91 000 Obdachlose und materielle Schäden von 120 Mio. Dollar und zusätzlich die 380 Mio. Dollar durch die Zerstörung des Hafens Corinto hat allein im laufenden Jahr 83 der Krieg bisher gekostet, der mit einer materiellen Hilfe der Vereinigten Staaten, die sich seit 1981 auf 40 Mio. Dollar beläuft, von den aus Honduras und Costa Rica her angreifenden "Contras" geführt wird. Die Regierung Nicaraguas sieht sich zu weiteren einschränkenden Maßnahmen gezwungen: Energiesparmaßnahmen, weitere Benzinrationierungen, weitere Rationierung

der Grundnahrungsmittel, verstärkte Aufhebung der vorher eingeführten Sozialleistungen (z.B. Lebensmittelausgabe an Familien mit unterernährten Kindern), stärkere Bewachung der Produktionsstätten und Wirtschaftsanlagen, Krankenhäuser, Schulen und Lebensmitteldepots etc. Kontrolle des Devisenflusses, bessere Versorgung der im Kampf stehenden Milizen und Heeresseinheiten mit Medikamenten und Lebensmitteln.

Mit der wachsenden Bedrohung verändert sich auch allmählich die Stimmung in Nicaragua. Während noch im Juli und August dieses Jahres aus allen Ecken und Enden ein bewundernswerter Optimismus strahlte, der alle Bedenken über den Haufen warf, sind jetzt doch mehr und mehr besorgte Stimmen zu hören.

Gerade in Corinto, wo die Bevölkerung seit dem 19. Juli 82 immer wieder erst mehr oder weniger und schließlich erfolgter ernstgemeinter Aggressionen ausgesetzt war, und die jetzt bereits ihre zweite Evakuierung innerhalb eines Monats miterleben mußten, macht sich eine Atmosphäre der Angst und Panik breit. Viele überlegen ernsthaft, von Corinto wegzugehen und in anderen sichereren Gebieten Unterschlupf zu suchen.

Interview über die Evakuierung Corintos

Aus Corinto erreichten uns vor kurzem Tonbandaufzeichnungen von Interviews, die über die Evakuierung der Bevölkerung berichten, die wir in Ausschnitten veröffentlichten, um einen Einblick in die derzeitige Stimmung zu vermitteln, sowie ein Hilfeschild nach Unterstützung.

Reina Herrera, AMNLAE, Corinto:

Wir Frauen von der AMNLAE (nicaraguanische Frauenorganisation) waren gerade versammelt, um uns Gedanken zu einer neuerlichen Propagierung des Militärdienstes zu machen, als wir das Schießen hörten. Wir liefen raus und sahen, daß Bomben in die Tanks einschlugen. Wir liefen sofort zum regionalen Komitee. Dort waren schon viele andere Compañeros versammelt, um Orientierungen für eine Evakuierung der Bewohner und begannen mit der Evakuierung. Wir verteilten uns auf die einzelnen Zonen und kümmerten uns darum, Frauen zu finden, die Küche zu organisieren, um die Verpflegung der Compañeros sicherzustellen.



Dolores Serrano, CDS, Realejo:

Als ich die Explosion hörte, ging ich zu den Companeros des Stadtteilkomitees. Wir hatten öfter Probleme miteinander und deshalb dachte ich, daß es schwierig sei, mit ihnen gemeinsam etwas zu organisieren. Aber sie waren alle bereit und formierten ein Begrüßungskomitee für die Flüchtlinge. Wir warteten auf die Lastwagen und brachten die Ankömmlinge in der Schule, in der Kirche, und in anderen Häusern unter. Dann organisierten sich die Flüchtlinge selbst untereinander. Und das war eine große Erfahrung für mich. Denn manchmal unterschätzt man seine Nachbarn. Alle in Realejo waren mit den Corintenos solidarisch. Ich weiß jetzt, es gibt einige sehr wertvolle Männer und Frauen darunter.

Dona Andrea Realejo:

Ja, wir haben die Schüsse gehört, aber weil vorher immer mal wieder Angriffe und Schießereien auf Corinto waren, dachten wir, es sei nichts ernstes und dann hat sichs auch wieder beruhigt. Doch dann bemerkten wir, daß Leute vorbeikamen und als ich fragte, was los sei, meinte einer: nichts weiter, nur, daß die Tanks anfangen Feuer zu fangen. Dann kamen immer mehr Leute. In Lastwagen wurden sie aus Corinto rausgekartt zu uns nach Realejo, zu Freunden, zur Familie. Und so verbrachten wir die ganze Nacht und warteten auf die Leute aus den gefährdeten Zonen. Bei uns haben wir 20 Personen untergebracht und ganz Realejo war in Bewegung, um sich um die Flüchtlinge zu kümmern. Denn stell dir nur mal vor: die armen Leute, ohne Essen, nur mit Mühe haben sie ihre Kinder in Sicherheit gebracht, und alles andere zurückgelassen. Das waren verzweifelte Situationen. Sowohl für die, die noch in Corinto waren, als auch für uns hier. Denn es geht uns nicht allein um unser Haus, um unsere Familie, sondern es tut mir leid um alle, die in dieser Verzweiflung und Angst stecken.

Wir hoffen, daß auch Leute aus anderen Ländern von unserer Situation erfahren und sehen, daß wir nicht ständig in dieser Situation der Angst und Sorge und des Kriegs leben können. Denn hier geht das Benzin zu Ende, die Tanks sind ausgebrannt. Aber es geht weiter und das Leben wird immer schwieriger für uns. Denn wir sind es, die diesen Problemen gegenüberstehen. Und stell dir vor, hier kamen Leute an, die hatten für ihre Kinder keine Flasche, keine Milch, nichts mitgebracht. Und wie sollte dieses Kind die schlimmen Tage und Nächte überstehen? Die Contra denkt, es ist ein Fortschritt für sie, aber sogar die reaktionären Leute, die wir hier in Corinto haben, sehen, daß die Angriffe nicht gegen die Sandinisten oder die Frente gehen, wie die Contras immer sagen, sondern gegen das Volk, und den Kindern und den Alten schaden. Jetzt sind die Leute entschlossener als vorher.

Und wir Frauen wollen nicht zuhause sitzen bleiben und darauf warten, daß ein Flugzeug kommt und ein Angriff. Jede von uns muß ihr Gewehr ergreifen. Wir müssen uns noch mehr in die Frauenorganisation und in die Stadtteilkomitees integrieren. Wir müssen alle mitmachen am Prozeß, denn der Prozeß sind nicht nur unsere Kommandanten. Die sind zwar unsere Leitung, aber wir müssen den Prozeß mitbestimmen.

Vera:

Vera, Hebamme und Krankenschwester des DED im Gesundheitszentrum in Corinto. Sie wohnt in Paso Caballo an der Brücke, die die Halbinsel Corinto mit dem Festland verbindet und schon einige Male Ziel von Sprengstoffanschlägen war:

Also, erst mal war hier der Teufel los. Von allen Ecken und Enden hats geschossen. Wir wußten nicht, was los war und so nach 20 Minuten sind die ersten Lastwagen gekommen. Blitzschnell ging das alles. Die haben die Leute nur in Leintüchern, Büstenhaltern und weiß der Geier was aus den Häusern raus und direkt evakuiert. Wir sind dann in die Gesundheitszentren, und auch aus Leon kamen Gesundheitsbrigaden mit Studenten und Ärzten, die uns geholfen haben. Ich bin dann nach Paso Caballo ins Gesundheitszentrum. Dort hatten die Leute vom CDS schon die Zählung der Flüchtlinge fertig: aus welcher Zone von Corinto die evakuiert worden sind,

wieviele Familienmitglieder, Name des Familienoberhaupt, Anzahl der Kinder, Anzahl der Erwachsenen. Mit dieser Zählung sind wir dann los und haben in der Regionalstelle in Corinto die Lebensmittel organisiert. Die Leute vom CDS hatten schon vorher - ich weiß gar nicht woher - einige Säcke Milchpulver besorgt, so daß die Kinder wenigstens ihre Milch bekommen haben. Und da waren auch Kranke, halt viel Durchfall und so. Und wir haben Valium verteilt. Aber so wirklich schwere Krankheiten gabs nicht. In Realejo sahs ein bißchen anders aus. Da waren etliche Leute, die ohnehin schon Bluthochdruck hatten und klar, das hat sich schon öfter mal auch ein bißchen dramatisch dargestellt und halt auch viel so Hysterie und Nervenzusammenbrüche. Klar. Es sah auch zeitweise wirklich böse aus, und wir dachten, daß neben den Tanks mit Treibstoff auch noch die mit den toxischen Substanzen in die Luft gehen könnten, dann wär halt wirklich Corinto drangewesen.

Dann sind die ersten Tanks explodiert und dann haben sie wirklich alle evakuiert. Die Schwierigkeit war halt immer, daß die Leute nicht gehen wollten, weil sie Angst um ihre Habe und Haus hatten. Aber nachdem dann noch die anderen Tanks explodiert sind, klar, dann hat sich alles auf die Lastwagen gestürzt und sind weg-



gefahren. Es war immer genug Transport da für die, die gehen wollten. Ja, und dann am Morgen, so gegen 9 oder 10 Uhr haben sie das Feuer ausgekriegt und dann kam Henry Ruiz, einer von den Commandantes, der die ganze Zeit in Corinto beim Feuer war, der kam dann hier an die Brücke von Paso Caballos und da standen so 200 bis 300 Leute und wollten wieder zurück, aber die Compas vom Militär haben keinen durchgelassen und als Henry Ruiz kam, haben sie sich in Reihen aufgestellt, und Sprechchöre gemacht, daß sie wieder nach Hause wollten und dann hat der sich locker aus dem Fenster gelehnt und gesagt, na ja, dann sollten sie mal wieder gehen. Und dann gings wieder zurück mit all dem Kram. Und du mußt dir mal vorstellen, die ganzen ausgelagerten Sachen, ein ganzes Hospital mit 50 Betten, Medikamenten und so, kam alles wieder zurück und hat wirklich absolut nichts gefehlt. Es ist natürlich noch ein Riesenchaos, weil die ganzen Medikamente wieder eingeordnet werden müssen.

Aber irgendwie hat das alles ganz gut geklappt. Na, wenn du nur denkst, was da in Deutschland los war, bei dieser Schneekatastrophe vor ein paar Jahren, da können die sich wirklich vom Improvisationstalent der Nicas noch eine Menge abschneiden. Vor allem, weil hier auch durch die Struktur der CDS in jedem Stadtteil Leute sind, die sich verantwortlich fühlen. Und die haben von sich aus angefangen, zu organisieren. Und sowohl die Evakuierung und auch nachher der Rückmarsch und das Wiedereinordnen der ganzen Sachen, die ausgelagert waren, ist alles mehr oder weniger reibungslos vonstatten gegangen.

Ja, und Corinto ist also wirklich nicht der revolutionärste Ort. Und so schlimm das auch war, es war wirklich für viele eine ganz gute Erfahrung, daß sie das wirklich mal am eigenen Leib erfahren haben, was das eigentlich heißt, so ein Krieg, und was für einen Krieg die Contras führen. Daß es die wirklich einen Dreck interessiert, ob die Zivilbevölkerung draufgeht. Also im schlimmsten Fall wäre ganz Corinto bis Chinandega drangewesen. Und so einige Leute, mit denen ich geredet habe, die machen sich also schon ein paar Gedanken mehr, die werden in die Miliz gehen und denen ist auch klar, daß sie sich auch wirklich verteidigen müssen.

Magda Enriquez, nat. Komitee der AMNLAE:

Obwohl wir das Feuer unter Kontrolle gebracht haben, bedeutet das nicht, daß die Gefahr vorüber ist. Das ist nur ein erster großer Schritt, den die Contrarevolution gemacht hat und sie werden bestrebt sein, uns noch härter zu schlagen. Die kommende Zeit wird noch härter. Wir werden mit Situationen konfrontiert werden, wo es an Lebensmitteln, an Benzin für den Transport und einer Menge von grundsätzlichen Notwendigkeiten mangelt. Wir werden mit den großen Schäden konfrontiert sein, die sie an unserem wichtigsten Hafen verursacht haben.

Wir haben einen Sieg gegen den US-Imperialismus gewonnen. Der Sieg bezieht sich nicht allein darauf, daß wir das Feuer unter Kontrolle gebracht haben, oder daß wir es geschafft haben, uns zu organisieren und zu wehren, sondern auch, daß wir es geschafft haben, unsere Angst, die bei uns allen da war, zu besiegen. Wir lernten hier in der Praxis die Bedeutung von dem, wenn wir sagen "PATRIA LIBRE O MORIR" (freies Vaterland oder sterben). Wir lernten auch, daß alle Aufgaben wichtig sind. Und wenn auch unsere Schwestern in anderen Ländern sagen: die Frauen sind in den gleichen traditionellen Rollen: Essen kochen und den Kämpfen bringen, sehen wir trotzdem in der Praxis die Wichtigkeit dieser Aufgabe. Die Frau, die den Teller mit dem Essen trägt, ist genauso wichtig, wie der Mann, der gegen das Feuer kämpft. Und wir haben gemerkt, daß nur durch die Gesamtheit der Aufgaben: die Evakuierung organisieren, Erste-Hilfe leisten, das Essen kochen und verteilen, den Hafen verteidigen, das Feuer löschen und dadurch, daß alle sich auf ihre Weise beteiligt haben, es gelang, die Leben zu retten. ... Und eine andere wichtige Sache, die wir gelernt haben, ist, Vertrauen ins Volk zu haben.

Hilfeschrei aus Nicaragua

Der Angriff auf die Öltanks im Hafen Corintos haben Nicaragua einen schweren Schlag versetzt. Abgesehen von den 380 Mio. Schaden, die dadurch entstanden sind, ist es schwierig geworden, die Versorgung Corintos sicherzustellen. Es fehlt vor allem an Lebensmitteln, Milchpulver für die Kinder, Medikamente, Babywäsche, Windeln etc.

Da Sachspenden sammeln und nach Nicaragua schiffen eine langwierige und teure Angelegenheit ist, möchten wir Euch alle um eine schnelle finanzielle Unterstützung bitten.

Das Geld wird zum einen dazu verwendet, um die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und notwendigen Medikamenten zu versorgen, zum anderen möchten wir durch einige Tonnen Reinsubstanz Penicillin oder Aspirin die nicaraguanische Pharmaindustrie in Leon unterstützen, die zwar hervorragend technisch ausgestattet ist, aber nicht arbeiten kann, weil Devisen für die Grundwirkstoffe fehlen.

Dies könnte ein Beitrag sein, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Misere Nicaraguas.

Und deshalb: Konto des FDCL, Postscheckkonto Berlin-West Nr. 176966-104
Stichwort "Nicaragua - Corinto"

GUATEMALA

Eskalation des Terrors

Der Terror in Guatemala nimmt immer entsetzlichere Ausmaße an. Geheime Folterkeller und Massengräber, Verschwindenlassen von Menschen und Bombardierungen von Dörfern und Flüchtlingssiedlungen, das ist die Bilanz der ersten drei Monate der Regierung Mejía Victores. Exilorganisationen, Menschenrechtskommissionen, amnesty international und Solidaritätskomitees rufen auf zu Protesttelegrammen und -erklärungen, um durch internationalen Protest die Regierung unter Druck zu setzen.

Geheime Gefangenenverliese des Militärs

"Solange die Ungerechtigkeit, die Folter und das 'mysteriöse Verschwinden' unser Leben und speziell das unserer Kinder bedrohen, bleibt als einzige Hoffnung die ANKLAGE und die dem Menschen eigene göttliche Gabe, die man SOLIDARITÄT nennt." Mit diesen Worten beginnt eine ganzseitige Anzeige im "El Gráfico" vom 14.9.1983. Die Eltern der am 25.9.1982 "verschwundenen" Studentin Ileana del Rosario Solares Castillo weisen darin nach, daß ihre Tochter in einem geheimen Militärgefängnis - zumindestens zeitweise - gefangen gehalten wurde. Der Beweis: Die Zeugenaussage einer Mitgefangenen von Ileana, die in der gleichen Anzeige in Faksimile abgedruckt ist.

"Ich, Mariá Cruz Rodríguez, 32 Jahre, bin im Gefängnis seit dem 22. 11. 1982 und von den Sondertribunalen zu einer Strafe von 30 Jahren verurteilt worden. Zusammen mit mir wurden noch andere Personen verhaftet, meine 18jährige Schwester Ana Maria sowie Luz Leticia Hernandez Gabriel Calate. Wir alle waren in dem gleichen geheimen Gefängnis. Ich glaube, in der 'Escuela Politecnica' (Polytechnische Hochschule des Militärs, d.A.). Dort hat man uns in 'bartolinas' gesteckt. (das sind kleine Wasserbecken, worin Gefangene tagelang bis zum Hals im Wasser angebunden sind und noch nicht einmal rausgelassen werden, um zur Toilette gehen zu können; es ist eine vom Militär beliebte Foltermethode, d.A.) Nach einigen Tagen habe ich festgestellt, daß Ileana del Rosario Solares Castillo auch dort festgehalten wurde. Ich habe sie direkt von Angesicht zu Angesicht gesehen..."

Seit dem "Verschwinden" von Ileana vor fast genau einen Jahr haben die Eltern wiederholt in Telegrammen und offenen Briefen an die Regierung Ríos Montt ihre Freilassung gefordert und ihre Vermutung geäußert, daß Ileana von Sicherheitskräften verhaftet worden sei. Weder die Regierung Ríos Montt noch die jetzige Regierung Mejía Victores reagierten je auf diese öffentlichen Anschuldigungen. Es fand auch keine Anklageerhebung gegen die Studentin statt.

Die Vereinigung "Demokratische Journalisten Union Guatemalas" (apdg) schätzt, daß es ca. 35 solcher Geheimverliese in den Kellern des Generalquartiers der Armee und der Luftwaffe gibt und sie vermutet, daß sich unter den dort Gefangenen auch einige der 23 Journalisten befinden, die während der Jahre 80/81 spurlos verschwanden.

Leichen mit Folterspuren

Seit der Anzeige in "El Grafico" häufen sich die öffentlichen Stellungnahmen. Der Rektor der Universität San Carlos, Eduardo Meyer, prangerte im Oktober das erneute Verschwinden von 3 Universitätsangehörigen an. Das Erzbischofsamt von Guatemala City protestierte gegen die ständig zunehmenden Menschenrechtsverletzungen: Nicht mehr zu übersehen seien die Leichen Gefolterter, die an den Straßenrändern der Hauptstadt "aufgefunden" würden.

Siag-press berichtet von Menschenschlangen vor Leichenschauhäusern in Guatemala City. Informanten sagten aus, daß in der gerichtsmedizinischen Abteilung des Krankenhauses San Juan de Dios täglich durchschnittlich 10 Leichen mit deutlichen Folterspuren eingeliefert werden.

Offensichtlich haben die paramilitärischen Todesschwadronen ihre "Arbeit" wieder aufgenommen. Die "antikommunistische Geheimarmee" ESA gab bekannt, sie werde "alle Studenten, Arbeiter und Bauern verfolgen, die mit der guerilla zusammenarbeiten".

Protest der OAS-Menschenrechtskommission

Wegen dieses Wiederauflebens der terroristischen Aktivitäten der Todesschwadronen verurteilte bereits die Menschenrechtskommission der "Organisation der Amerikanischen Staaten" OAS, die Regierung Mejia Victores. Nichtsdestotrotz verschwanden im gleichen Zeitraum weitere 1.000 Menschen in der Hauptstadt. Angeblich wurden sie festgenommen im Zusammenhang mit der Suche nach den Entführern der beiden Präsidentenschwestern. Die Schwester von Ex-Präsident Rios Montt und die Schwester des jetzigen Präsidenten waren von Mitgliedern der guerillaorganisation FAR (Bewaffnete Rebellenarmee) entführt worden, um die Veröffentlichung von Manifesten, Lösegeld und Freilassungen von Gefangenen zu erpressen.

Terror gegen Bauern weiter verstärkt

Die größte Bauernorganisation des Landes CUC (Komitee der Bauereinheit) berichtet von zahlreichen Morden an Landarbeitern im der Provinz El Quiché, verübt von Armee und Zivilpatrouillen. In dem Komunique wird außerdem von 17 Massengräbern mit 100 Toten auf einem geheimen Friedhof in Chichicastenango berichtet.

Es häufen sich die Berichte von Militärüberfällen auf Flüchtlingslager an der mexikanisch-guatemalteken Grenze und auf Flüchtlings-siedlungen im Lande selbst. Zahlreiche Menschen, darunter auch Alte und Kinder sind die Opfer der Überfälle.

Drohendes Massaker verhindert?

Am 13.10 erreichte die internationale Öffentlichkeit ein Hilferuf der Exilvertretung des CUC sowie der katholischen Menschenrechtsorganisation "Justicia y Paz". Ähnlich wie vor einem Jahr in San Martin Jilotepeque werden wieder indianische Bauernflüchtlinge von der guatemalteken Armee bedroht. Dem Aufruf zufolge hat die Armee in den zurückliegenden 3 Monaten elf Dörfer und teilweise versteckte Flüchtlings-siedlungen der Kekchi und Pokomchi-Indianer zerstört. Weitere Lager im Bezirk Chisec wurden überfallen und die

Einwohner umgebracht. 300 Kekchi im Bezirk Chamá, Dep. Alta Verapaz sind umzingelt, die Siedlungen wurden bereits mehrfach bombardiert. Die Solidaritätsorganisationen und amnesty rufen zu massenhaften Protesten an die Regierung auf.

Warum diese Zunahme des staatlichen Terrors?

Diese weitere Eskalation des Terrors ist eine Reaktion auf den offenbar geringen Erfolg der Militäroffensive "Firmeza 83", die die guatemalteken Armee gegen die Guerillaorganisationen führt. Die Armee ist nicht in der Lage, trotz Umsiedlungspolitik, Wehrdörfer und Zivilpatrouillen den Widerstand zu zerschlagen. Im Gegenteil. Die Guerillaorganisationen haben nach den Rückschlägen Anfang 83 wieder die Initiative ergriffen. Sie haben sich jetzt auf die unter Rios Montt neu entwickelte Militärstrategie einstellen können. Da die Armee der Feinde in den Bergen nicht habhaft werden kann, bombardiert die Luftwaffe Dörfer und morden die Soldaten Zivilpersonen.

Die guerillaorganisation "Guerillaarmee der Armen" EGP meldete z.B. am 17.10., daß Zivilsiedlungen im Departament El Quiché mit Kampfflugzeugen Typ A-37-B und Helikoptern UH-1H bombardiert worden seien. Die "Bewaffnete Rebellenarmee" FAR meldet am 24.10, daß das Militär den Terror gegen die Zivilbevölkerung des nördlichsten Departaments erheblich verstärkt hat.

Die Eskalation des Terrors in der Stadt und auf dem Lande muß aber auch als Ausdruck der Spannung gewertet werden, die innerhalb der verschiedenen Fraktionen des Militärs und der zivilen Rechten herrscht. Alle wollen ihre Ausgangspositionen bis zu den Wahlen gefestigt haben. Die Militärfraktion um Mejia ist aber offenbar unfähig, Herr der Lage zu werden - so wie er es nach dem Putsch gegen den Vorgänger Rios Montt versprochen hatte. Dieser Mißerfolg heizt die Spannungen weiter an. In einem Kommentar im "The Guardian", New York heißt es u.a.: "Letztlich muß das gegenwärtige Regime in diesem Punkt einen schnellen Fortschritt zeigen, um die Rechte unter ihre Herrschaft zu einen. Deshalb hat das Regime die neuerliche Terrorwelle angefangen und drängt danach, militärische Hilfe von den USA zu erhalten. (...) Ohne diese Hilfe (die sowohl eine symbolische als auch eine praktische Wichtigkeit hat) und ohne einen Sieg über die Linke ist das Regime sehr nahe daran, im gegenwärtigen Zustand der Instabilität zu bleiben, den einige Beobachter schon als "Bolivianization" Guatemalas bezeichnet haben, eine andauernde Machtkrise, die zu immer weiteren Putschen führt."... (IDES Nr.166)

Schon wieder Putschgerüchte

Und neue Militärgerüchte gab es bereits. Am 21.10. erfolgte die überraschende Absetzung des Generalstabschefs Hector M. Lopez Fuentes und anderer ranghoher Offiziere. Lopez Fuentes galt als zweitwichtigster Mann der Regierung.

Sein Austausch wird zwar als reine Routinesache angegeben, aber hartnäckig halten sich die Gerüchte, diese Absetzung hätte politische Hintergründe. Daß es Streitigkeiten zwischen verschiedenen Fraktionen des Militärs gibt, ist seit den Auseinandersetzungen während der Regierungszeit von Rios Montt kein Geheimnis mehr. Allerdings sind die Fraktionen und ihre divergierenden Interessen nur schwer zu identifizieren.

An die Stelle Fuentes' ist nun Oberst Rudolfo Lobos Zamora getreten. Er ist ein Offizier der "allerhärtesten Linie" und engster Vertrau-

ter des Präsidenten, wie es heißt.

Auch Lobos Z. hat Erfahrungen im Völkermord. Humanitäre Hilfsorganisationen beschuldigen ihn, am Völkermord im Nordwesten des Landes mitverantwortlich gewesen zu sein und persönlich mehrerer Massaker an indianischen Bauern in Huehuetenango und El Quiché angeleitet zu haben. Seine Berufung kann also nur der Wille zu einer weiteren Eskalation bedeuten.

Informationstelle Guatemala ruft im Namen der Exilorganisationen auf, Protesttelegramme zu schicken, die sich wenden gegen die Völkermordpolitik an der indianischen Bevölkerung sowie das drohende Massaker an den Kekchi in Chamá, Alta Verapaz.

Anschrift:

Presidente Republica Guatemala
Palacio Nacional
Guatemala

Quelle: siaq-press, enfroprensa Sept., Okt., Guatemala Rundbriefe Nr. 33, 34, Comunicado del CUC, Oct.83, IDES 166, Korrespondent/in.

A U F R U F

Gegen die all-silvesterliche "Nachrüstung" von Otto Normalverbraucher:
BROT UND FRIEDEN STATT (SILVESTER-) RAKETEN

Jährlich werden in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 80 und 100 Millionen DM für Feuerwerkskörper verpulvert – ein Pappenstiel gegen die Kosten des Rüstungswahnsinns. Trotzdem eine Unsitte, die die Verschwendungssucht unserer Überfluß-Konsum-Gesellschaft als Gegenstück von Armut, Hunger und Unterdrückung in den Ländern der Dritten Welt deutlich zu machen verlangt.

Deshalb fordern wir alle auf, die über die Probleme der Menschen in der Dritten Welt informiert sind, ihre Mitmenschen zu beeinflussen, daß sie keine Feuerwerkskörper kaufen und das dadurch gesparte Geld für Hilfsprojekte in der Dritten Welt spenden.

Wir unterstützen die FUNDACION MISSIO, eine Selbsthilfeorganisation von Elendsviertelbewohnern in Santiago de Chile.

Spendenkonto: Postscheckkonto Bln-W 447 11 – 100 der
Katholischen Studentengemeinde Berlin
Stichwort: FUNDACION MISSIO

Flugblätter für diese Aktion geben wir gegen Portokosten ab.

Lateinamerikakreis der Katholischen Studentengemeinde Berlin,
Meinekestr. 12, 1000 Berlin 15

HONDURAS

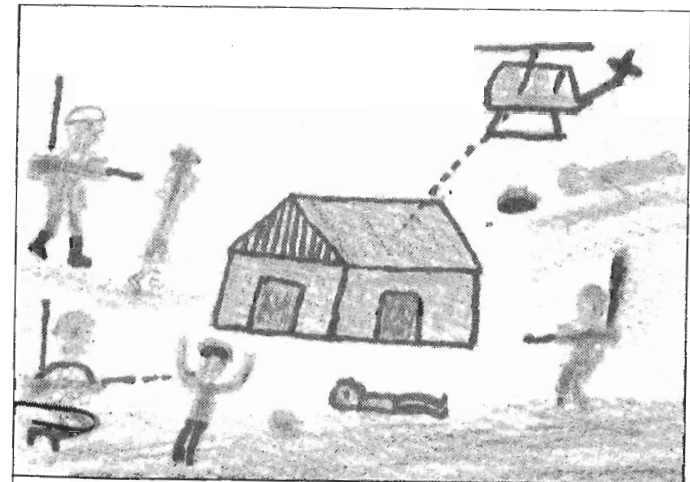
Salvadorenische Flüchtlinge in Honduras

Von den internationalen Mitarbeitern im salvadorenischen Flüchtlingslager Colomancagua in Honduras erhielten wir einen Bericht, der die Koordination und Organisation des Lagers beschreibt und die Probleme der Flüchtlinge darstellt. Mit diesem Artikel wenden sich die internationalen Mitarbeiter als Sprachrohr der Flüchtlinge an die Öffentlichkeit, um gegen eine drohende Umverlegung des Lagers zu protestieren.

Bericht über das Flüchtlingslager Colomancagua

Colomancagua ist ein hondurenisches Dorf mit 1000 Einwohnern und liegt im Dept. Intibuca, 3 km entfernt von der Grenze zum Dept. Morazan (El Salvador). Als erstes fällt im Dorf die Kirche im Kolonialstil auf, die für religiöse Zwecke geschlossen ist. An ihren beiden Türmen sind jedoch die Antennen für das Funkgerät des Militärpostens festgemacht. Ein großes Haus aus Lehmziegeln, das neben der Kirche steht, dient als Posten für das Militär. Dort befinden sich ca. 25 Soldaten. Die Häuser des Dorfes, die größtenteils auch aus Lehm und Ziegeln bestehen, werden von einfachen und armen hondurenischen Bauern bewohnt. In dieses Dorf kam vor drei Jahren Leben, als salvadorenische Flüchtlinge hierherkamen, um Zuflucht zu finden vor den Bombardierungen und Massakern des salvadorenischen Heeres. Hier wohnen auch wir, das Personal der hondurenischen und internationalen Organisationen, die innerhalb des Programms für Flüchtlinge von ACNUR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen) arbeiten.

Vier Kilometer vom Dorf entfernt befinden sich die Flüchtlingslager. Insgesamt hat Colomancagua sechs Lager, jedes hat seinen eigenen Namen: Limones 1, Limones 2, Quebrachito, Callejon, Copinol, Vegas.



Kinderzeichnung aus einem Flüchtlingslager:
Angriff des salvadorenischen Militärs auf ein Dorf

Um in die Lager zu gelangen, muß man durch einen militärischen Kontrollposten; man muß sich ausweisen. Es wird genau kontrolliert, wer rein- und rausgeht. Die mitgeführten Sachen werden untersucht. Die Flüchtlinge selber dürfen übrigen das Lager nicht verlassen und es besteht Schießbefehl.

Die Lager haben eine schöne Umgebung, da sie teilweise von Kiefernwald umgeben sind. Wenn man sich ihnen nähert, hat man den Eindruck, es handele sich um kleine Orte oder Dörfer in den Bergen. Dieser Eindruck wird noch stärker, wenn man in die Lager kommt und die Aktivität und Organisation beobachtet, mit der die verschiedenen Aktivitäten und Aufgaben durchgeführt werden. Jedes dieser sechs Lager hat seine eigene Organisation, auch wenn sie alle zusammen koordiniert werden. Die Organisation innerhalb eines Lagers sieht folgendermaßen aus:

Organisation der Lager

- Das Lager ist unterteilt in KOLONIEN, jede Kolonie hat 5 bis 6 Zelte oder Häuser, die sich mehrere Familien und andere Flüchtlinge teilen. In einem Zelt oder Haus wohnen ca. 20 Personen. Heute gibt es größtenteils keine Segeltuch-Zelte mehr, da neue Häuser gebaut worden sind. Sie bestehen aus einem hölzernen Gründgerüst, das mit groben Stoff überzogen ist. Die Dächer sind aus Zinkblech.
- Es gibt eine MOHLE pro Lager um den Mais zu mahlen, der dann an die Kolonien verteilt wird. So braucht man nicht handbetriebene Mühlen an jede Familie zu verteilen. Der Vorteile sind viele: Einsparung von Arbeit und Zeit, kollektive Arbeit, etc.
- Es gibt gemeinsame KOCHEN,
 - a. Küchen mit großen Platten um die Tortillas aus Mais zu machen.
 - b. Küchen pro Kolonie wo das Essen für die Kolonie-Bewohner zubereitet wird. Die dafür zuständigen Frauen wechseln sich turnusmäßig beim Küchendienst ab.
 - c. Küchen für die Werkstätten. Hier wird das Essen für diejenigen zubereitet, die in den Werkstätten oder in Bereichen wie Erziehung und Gesundheit arbeiten.
 - d. Küchen für die "centros de nutricion" (Zentren zur Aufklärung über gesunde Ernährung). Hier kümmert man sich um die unterernährten Kinder des Lagers, um die Älteren mit Gesundheitsproblemen, schwangere Frauen...
- PRODUKTIONSWERKSTÄTTEN. Es gibt Schusterei, Schneiderei, Näherei, Stickerei, Seilerei (wo man Hängematten und andere nützliche Sachen aus Schnur macht), Schmiedewerkstatt, Werkstatt für Blech, Töpferarbeit, Kunsthandwerk. Diese Werkstätten dienen den verschiedenen Versorgungsbedürfnissen der Flüchtlinge. Einige dieser Einrichtungen versorgen alle Lager Colomnaguanas mit den von ihnen hergestellten Produkten.
- GESUNDHEITSZENTRUM. Täglich kommt ein Arzt zur Beratung und Behandlung der Patienten. Gleichzeitig dient das Zentrum als Apotheke (wobei man sich von allen Vorstellungen lösen muß, die wir von Apotheken haben können, da die Medikamente hier sehr rar sind).
- ERZIEHUNGSZENTRUM. Hier treffen sich die Verantwortlichen für die Erziehung. Hier werden die Weiterbildungskurse für die "maestros populares" (Volkslehrer) gegeben. Weiterhin dienen diese Zentren als Bibliotheken (auch wenn es nur sehr wenig Bücher gibt), so daß öfter Kinder und Erwachsene zum Lesen hierherkommen oder um etwas nachzuschlagen.
- SCHOULEN und KINDERGARTEN, die einen großen Teil der Lagerkinder aufnehmen. Es ist immer noch ein Problem, daß es zu wenig Schulen gibt. Die gleichen Schulen stehen den Erwachsenen für die Alphabetisierungskurse zur Verfügung. Es gibt einige Zentren, die mehreren Lagern zur Verfügung stehen (für je drei Lager), z.B.:
- HOSPITAL-ZENTRUM. Das ist ein Gesundheitszentrum, in dem kompliziertere Fälle behandelt werden und auch Geburten durchgeführt werden.
- GEMEINDEZENTRUM. In diesem Ort werden Besprechungen abgehalten. Hier findet auch Sonntags der Gottesdienst statt, kulturelle Veranstaltungen und andere Aktivitäten.



Koordination der Lager

1. Es gibt pro Lager einen "Coordinador General", der den Ablauf der Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgebieten überwacht.
2. Außerdem gibt es noch pro Kolonie je einen Koordinator, der die verschiedensten Arbeiten in der Kolonie koordiniert und kontrolliert.
3. Es gibt noch Koordinatoren für jedes einzelne Arbeitsfeld. Folgende Arbeitsfelder kommen in Frage:
 - GESUNDHEIT: Hier ist der Koordinator verantwortlich für die medizinische Betreuung in allen Lagern.
 - HYGIENE: Verantwortung für den Bau von Latrinen, Sauberhaltung in den Zelten und Umgebung, Abwässer etc.
 - ERNÄHRUNG: Hier kümmert sich der Koordinator um eine ausgewogene Ernährung, mit den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln. Er überwacht und kontrolliert die "Centros de nutricion": Gewicht der Kinder, Grad der Unterernährung der Patienten. Er ist auch verantwortlich für die Verteilung der Lebensmittel pro Lager und Kolonie.
 - BAU: Bau von Häusern, Vorratskammern, Krankenhäusern, Schulen ...
 - WASSER: Versorgung mit Wasser, Vorratsfässer, Filter etc.
 - ERZIEHUNG: Planung und Entwicklung des Erziehungsprogramms sowohl für Kinder und auch für die Erwachsenen (Alphabetisierung und weiterführende Kurse).
 - SOZIALARBEIT: Hilfe bei den verschiedenen Problemen zwischenmenschlicher Beziehungen, Aufnahme und Versorgung der neuen Flüchtlinge, Organisation kultureller Veranstaltungen.
 - SEELSORGE: Für die religiösen Bedürfnisse sind Laienprediger da. Ihre Aufgabe besteht mehr darin, befreiend und bewußtseinsweiternd zu wirken, als auf Durchführung des Rituals und Sakramente zu achten. Immer handelt es sich darum, die unterschiedlichen religiösen Gefühle zu respektieren.
 - WERKSTÄTTEN: Ihre Funktion ist die Versorgung der Flüchtlinge. Heute ist man schon fast fähig, sich mit dem Wichtigsten selbst zu versorgen. Die nötigen Materialien, um diese Arbeit durchführen zu können, kommen vom Flüchtlingsprogramm von ACNUR.
 - GEMÜSEGARTEN: Man hat einige kleine Grundstücke bekommen, in denen Obst und Gemüse angebaut wird. Jede Woche wird das Obst und vor allem das Gemüse gekauft, das dann an die verschiedenen Lager verteilt wird. Es gibt ein Problem bei der landwirtschaftlichen Arbeit und zwar haben wir nicht genug Leute, die fähig wären, diese Arbeit zu machen. Die Flüchtlinge sind größtenteils alte Leute, Kinder und Frauen. Aus diesem Grund könnte man auch bei Vorhandensein größerer Ländereien keine größeren Erträge erzielen.

In jedem dieser Arbeitsgebiete gibt es also einen Koordinator oder Verantwortlichen, der sich zusammen mit einer Gruppe dafür verantwortlich macht, daß alles funktioniert.

Mitarbeiter der verschiedenen Hilfsorganisationen, wie CARITAS oder MEDECINS SANS FRONTIERS, die für das Flüchtlingsprogramm von ACNUR arbeiten, haben die Aufgabe, bei der Entwicklung der Projekte, die durchgeführt werden, zu beraten und zu helfen. Diese Arbeit wird gemeinsam geplant, wobei die Flüchtlinge voll beteiligt sind durch die verschiedenen Koordinatoren. Es gibt Versammlungen, in denen die verschiedenen Arbeiten geplant, programmiert und ausgewertet werden.

Das Leben in den Lagern ist gekennzeichnet von dieser Organisation, Dynamik, Kreativität und Beteiligung. Man sieht kaum jemanden unbeschäftigt. Die Lagerbewohner, größtenteils Greise, Kinder und Frauen stehen mit dem Geräusch der Mäismöhlen morgens um 1/2 5 Uhr auf. Dann fängt das Leben in den gemeinsamen Küchen an: Die Tortillas werden zubereitet, der Kaffee und die Bohnen. Der Rauch des Feuerherds und der Küche, der Duft nach heißem Kaffee und die ersten Sonnenstrahlen wecken jeden Morgen dieses fleißige Volk. Alle haben irgendwelche Aufgaben auszuführen. Die Kinder wie die Erwachsenen.

Jeden Morgen, wenn wir in das Lager kommen, bietet sich uns oft ein unbeschreibliches Bild des Lebens dieses Volkes. Man sieht Kindergruppen unter den Kiefern mit ihren Heften, Bleistiften und einer Tafel, die ihrem kaum älteren Lehrer beim Unterricht zuhören. Unsere Anwesenheit stört weder, noch lenkt sie ab. Die älteren Kinder wechseln am Nachmittag Schulheft und Bleistift gegen Säge, Hammer oder Nähmaschine ein. Jetzt gehen die Erwachsenen mit ihren Heften und Bleistiften unterm Arm zu den Alphabetisierungskursen und überlassen ihre Arbeitsstätten den "erwachsenen" Mädchen und Jungen.

Das Leben dieses leidgeprüften Volkes, das gut organisiert und voller Hoffnung ist, wird ständig bedroht. Täglich überfliegen die hondurenischen Militärflugzeuge die Lager und die Grenze. Die größte Bedrohung zur Zeit ist das "Gespenst" der Umsiedlung, das von Tag zu Tag weniger Fantastisches an sich hat und immer mehr zur Realität wird.

Die Umsiedlung ist bereits von der US-Botschaft in Tegucigalpa, und dem hondurenischen Militär (und damit auch von der hond. Regierung) beschlossen worden. Die Gründe der Umsiedlung oder besser gesagt ihre Rechtfertigung, sind nicht mehr humanitärer Art, d.h. den Flüchtlingen eine größere Sicherheit zu gewähren, sondern werden als militärische Entscheidung verteidigt.

Die Anstrengung, die Arbeit, die Leiden dieser drei Jahre, um diesen Organisationsgrad und diesen Fortschritt in den Lagern zu erreichen, ist in Gefahr von der Irrationalität der Macht und der Gewalt zerstört zu werden.

Der Fall der Umsiedlung von La Virtud nach Mesa Grande im März 82 ist ja bekannt, wo das hondurenische Militär nicht die Sicherheit der Flüchtlinge garantiert hat, sondern es im Gegenteil zu nachtlischen Durchsuchungen, Verschleppungen und Schießereien kam.

Das Ziel der Umsiedlung von Colomoncagua ist es, die Grenze zu El Salvador von Flüchtlingen wie von internationalen Beobachtern und Mitarbeitern zu "säubern", um ungestraft ihre Vernichtungspläne gegen das salvadorianische Volk auszuführen. Außerdem sollen dann diese Lager als militärische Stützpunkte benutzt werden. Sie sind für ihre Ziele ein wichtiger strategischer Punkt, wegen der Nähe zur Grenze zu Morazan, das unter der Kontrolle des revolutionären salv. Heeres steht.

Deshalb sind die Flüchtlinge bereit, Widerstand zu leisten, und diesen Stützpunkt dem Feind nicht einfach zu überlassen. Ihre Widerstandskraft kann sehr weit gehen und der Feind weiß dies, aber er hat einige Vorteile auf seiner Seite:

1. Diese Lager sind sehr weit weg von jeglicher Verbindung nach außen entfernt
2. Tegucigalpa liegt 100 km entfernt und der Landweg wird vom Militär gut kontrolliert.
3. Das Militär kontrolliert Radio und andere Kommunikationsmittel.
4. Und natürlich besitzt der Feind die Macht und die Waffen.

Die Flüchtlinge haben auf ihrer Seite die Vernunft, die Einheit und die Gerechtigkeit. Außerdem zählen sie auf die Unterstützung der internationalen Solidarität und unsere Anwesenheit als internationale Mitarbeiter.

Jeden Tag, an dem wir die Lager verlassen, um in das Dorf Colomoncagua zurückzukehren, überkommt uns die Frage: "Können wir morgen wieder das Lager betreten?" Dieses Gefühl der Unsicherheit bleibt auch bei den Flüchtlingen, die nach und nach zu ihren Zelten gehen, bis die Nacht hereinbricht. Mit ihr kommt auch die Stille, die manchmal durch das Donnern der Flugzeuge unterbrochen wird. In jedem Augenblick kann der Feind uns, die wir in den verschiedenen internationalen Organisationen arbeiten, isolieren. Dadurch wären die Flüchtlinge völlig der Gnade der Militärs überlassen. Diese Situation könnte dramatische Konsequenzen haben, wie Massaker, Entführung von Personen und Einschüchterungsversuche.

Bitten um internationale Solidarität

Aufgrund dieser uns bedrohenden Tatsachen stellen wir folgende Bitten an die Internationale Solidarität:

1. Die Ansichten der Flüchtlinge, die allesamt die Umsiedlung der Lager ablehnen, zu unterstützen; indem Schreiben an den Sitz von ACNUR (Uno-Hochkommissariat für Flüchtlingsangelegenheiten) in Genf geschickt werden, die Solidarität mit den Flüchtlingen bekunden und zur gleichen Zeit auch die Mitschuld von ACNUR an diesen Vorhaben verurteilen.
2. Schickt Protestbriefe an die Regierung Honduras, gerichtet an den Präsidenten Suazo Cordoba und an das Parlament von Honduras, in denen eine Umsiedlung verurteilt wird, die eine Unterstützung der Aggressionspläne des Imperialismus von hondurenischem Boden aus gegen das Salvadorianische Volk darstellt.
3. Obermittelt diese Forderungen an die verschiedenen Regierungseinrichtungen, politische Organisationen, kulturelle, religiöse und humanitäre Einrichtungen, um die Ablehnung der Umsiedlung zu unterstützen.
4. Schickt Kopien der Beschlüsse und Resolutionen, die von den verschiedenen Solidaritätskomitees und anderen Einrichtungen gefaßt worden sind, an den Sitz von ACNUR in Tegucigalpa, Apdo. Postal 976 HONDURAS.
5. Verbreitet diese Informationen über die Betroffenheit der salvadorianischen Flüchtlinge in Bezug auf die Umsiedlung in allen Euch zur Verfügung stehenden Kommunikationsmitteln.
6. Wenn die Umsiedlung tatsächlich stattfindet, schickt so schnell wie möglich Journalisten und internationale Beobachter, um dies öffentlich zu machen und zu verurteilen.

Wir hoffen, daß der verzweifelte Hilferuf dieses tapferen Volkes Resonanz findet bei denen, die die "Solidarität" als eine Militanz ansehen und auch bei denen, die aus verschiedenen Gründen und Kriterien die gerechte Sache für die das salvadorianische Volk kämpft unterstützen.



KOLUMBIEN

Movimiento 19 de Abril - M 19

Versuch einer kritischen Hinterfragung (Teil II)

Im ersten Teil des Artikels (LN 120) wurden die historischen Entstehungsbedingungen und die Gründungsphase von M-19 dargestellt. Im zweiten Teil beschäftigen wir uns mit der Organisationsstruktur und Finanzierung von M-19 und vor allem mit der Entwicklung der Strategiekonzeption und ihrer praktischen Umsetzung. Dabei werden beispielhaft die beiden berühmt gewordenen Aktionen - der Waffenraub in der Neujahrsnacht 1978/79 und die Besetzung der Dominikanischen Botschaft im Februar 1980 - kritisch unter die Lupe genommen.

Die nationale Situation

M-19 geht im Allgemeinen von einer Beschreibung der Situation institutionalisierter Gewalt aus: unerträgliche Ungerechtigkeit, das materielle Elend, das Fehlen von Sozialleistungen und die Beschneidung demokratischer Rechte werden benannt. In seiner regelmäßigen Broschüre, die sich vor allem an die Volkssektoren wendet, beschränkt sich M-19 auf die Feststellung, nun sei der Zeitpunkt gekommen, mit dem Imperialismus und der Oligarchie ein für alle Mal aufzuräumen. Veröffentlichungen und Reden, die sich an die politisch nicht engagierte Mittelklasse richten, gehen über die Beschreibung der materiellen Verhältnisse hinaus und betonen stärker den Verfall von Werten dieser Gesellschaft, in der Korruption, Opportunismus und Machtgier die Ideale wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ersetzen. Es handelt sich im Allgemeinen um Appelle an diejenigen, die noch Ehrgefühl und Gerechtigkeitssinn haben; sie sollen für die alten Ideale, die das kolumbianische Volk unter Simón Bolívar einigten, kämpfen. In diesen Appellen und Veröffentlichungen wird an Sehnsüchte und Vorstellungen breiter Sektoren der Bevölkerung angeknüpft; ein breites Spektrum von Gründen, warum die Gesellschaft verändert werden muß, wird angeführt. Die Organisation versteht sich in ihrem Kampf als nationalistisch in dem Sinn, daß von den Besonderheiten des Landes und seiner Bevölkerung ausgegangen werden muß, wenn die Befreiung wirklich das Werk der organisierten Bevölkerung sein soll. Es fehlt allerdings eine genauere Analyse der Charakteristika der kolumbianischen Realität, der materiellen und bewußtseinsmäßigen Bedingungen, der Kommunikations-, Organisations und Kampfformen, eine Analyse der Klassenverhältnisse, der Ausbeutungsmechanismen und der Kräfteverhältnisse.

So wird zum Beispiel als Hauptwiderspruch der Gegensatz zwischen nationalem und internationalem Kapital gesehen:

"Die einheimischen Industriellen müssen kämpfen, um nicht von der internationalen Technologie erdrückt zu werden. Wir haben nicht vor, irgendjemand die Fabriken wegzunehmen, denn das kann man nicht so einfach machen. Das macht eine sozialistische Revolution, aber wir organisieren keine sozialistische Revolution. Was wir wollen, ist, daß es den Leuten in diesem Land etwas besser geht." (4)

Der Text fährt dann fort, daß die Einkommenspolitik geändert werden muß, denn die Arbeiter würden auch von der nationalen Industrie ausgebeutet. Die Industriellen dürften den Arbeitern nicht mehr den Wert ihrer Arbeit rauben.

"Das ist dann eine Politik, von der alle profitieren, obwohl sie nicht gerechter ist, denn das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter kann nie gerecht sein. So können wir uns aber zumindest mit den Industriellen einigen, die Entwicklung wollen." (4)

Eine differenziertere Klassenanalyse findet sich nirgends. Meist finden wir die Gegenüberstellung von Volk - Oligarchie, wobei unter Oligarchie der Imperialismus und seine nationalen Repräsentanten verstanden wird. Unter Volk werden - in Anlehnung an die Bezeichnung 'sectores populares' von Camilo Torres - alle jenen Sektoren der Bevölkerung verstanden, die unter dem gegenwärtigen System ausgebeutet und unterdrückt werden.

Bei diesen Einschätzungen hat man als außenstehender Beobachter oft oft den Eindruck, es fehle völlig an irgendeiner klaren Linie.

Jaime Bateman ging sogar soweit, daß er feststellte, es sei eigentlich gar nicht die Art von M-19, Entführungen zu machen, aber wenn es schon sein müsse, dann zögen sie es vor, Geschäftsführer ausländischer Unternehmen zu entführen, denn die nationalen Industriellen würden ja etwas zum Aufbau und zur Entwicklung des Landes beitragen. (1)

Aber die Entmachtung der herrschenden Klasse setzt die Kenntnis der Mechanismen voraus, die es der herrschenden Minderheit möglich machen, die Mehrheit zu unterdrücken und auszubeuten. So fehlt z.B. eine von den ökonomischen Strukturen und Entwicklungstendenzen ausgehende präzise Analyse der Interessenlage und der Handlungsspielräume der sozialen Klassen. Daraus ließen sich Möglichkeiten gesellschaftsverändernden Handelns ableiten.

Stattdessen wird aus der vagen Beschreibung der Realität geschlossen, daß die Bedingungen für die Revolution gegeben sind. Es fehlen nur noch die Waffen. Gewalt und Ausbeutung von oben kann nur mit der gleichen Form von Gewalt von unten beantwortet werden:

"Regierung und Oligarchie haben deutlich gezeigt, daß dem Volk zur Eroberung der Demokratie, der Würde und der Gerechtigkeit nur der Krieg bleibt. Ob Krieg oder Frieden herrscht, ist ihre Entscheidung." (1)

Eine Analyse der Kräfteverhältnisse findet sich erst in einem Papier der Konferenz von Panama im Februar 1983, wo die Streitkräfte zahlenmäßig der Guerrilla gegenübergestellt werden - also ein rein militärischer Vergleich.

Die internationale Situation

Die Analyse der internationalen Kräfteverhältnisse beschränkt sich darauf festzustellen, daß der Imperialismus in der Krise sei und seine Hegemonie in Lateinamerika verloren habe:

"Die internationale Konjunktur für die nationale Befreiung der Länder der Dritten Welt ist günstig. Der Imperialismus hat seine Hege-

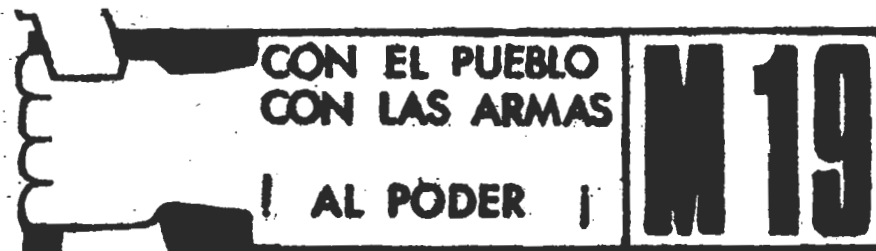
monie in Lateinamerika verloren, aber er versucht, sie zurückzugewinnen. Die Entwicklung in Zentralamerika betrifft uns direkt. Kolumbien, das Tor zu Südamerika, ist strategisch wichtiger als El Salvador. Dem Imperialismus bleiben nur drei Alternativen: der Reformismus, der sich ausgelaugt hat, die militärische Intervention über den Interamerikanischen Pakt oder den Andenpakt oder eine direkte nordamerikanische militärische Intervention. Das bedeutet auch die Ausweitung des Krieges auf andere Länder, denn El Salvador ist zu klein für zwei Heere. Der Konflikt würde sich auf ganz Zentralamerika und die Karibik ausweiten. Und nach Guatemala und Honduras ist Kolumbien das einzige Land, das die Bedingungen für einen militärischen Konflikt aufweist. Deswegen müssen wir die Kämpfe in El Salvador effektiv unterstützen und uns auf eine Konfrontation mit dem Imperialismus vorbereiten. Auch wenn wir das vielleicht nicht wollen, aber die Situation entwickelt sich dahin, wenn wir unser Projekt zum Projekt der Massen machen. Wenn nicht, passiert gar nichts ... 5 Jahre haben wir, um unsere Träume zu realisieren ... Wenn es zu lange dauert, werden wir zu alt, um die Früchte unseres Kampfes zu genießen." (1)



Daß diese Realität verändert werden muß, steht außer Frage. Aber die Rechtfertigung und Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes wird nicht aus der Analyse der Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen hergeleitet, deren Entwicklungstendenzen und Handlungsspielräume nur diesen Weg offenließen, sondern wird ausschließlich historisch belegt: Seit Gaitáns Ermordung wurde jeder Versuch, Rechte zu erkämpfen, militärisch niedergeschlagen, also brauchen wir Waffen. Die Massen müssen für den Volkskrieg gewonnen werden. Nach M-19 entwickelt sich die Massenbewegung in Kolumbien ausgehend vom Ansteigen des Guerrillakampfes, denn hier gäbe es keine Kanäle, durch die sich Demokratie materialisieren könne. Die Bedingungen für den Volkskrieg sind also gegeben:

"Wenn es nicht so wäre, würden sich uns nicht haufenweise Leute anschließen. Es gibt keinen Ort in Kolumbien, wo uns die Leute nicht Sympathie entgegenbringen. All das zeigt, daß in Kolumbien die Bedingungen für die Revolution gegeben sind. Aber wir brauchen Waffen; ein Volk ohne Waffen ist das gleiche, wie Waffen ohne das Volk. Alles beweist, daß dem Volk unser politisches Projekt gefällt: die Kader, die wir in Auseinandersetzungen mit den Streitkräften verlieren, werden schnell ersetzt. Neue Leute mit zwar weniger Erfahrung aber neuen Ideen kommen. Daß wir die Avantgarde sind, müssen wir aber erst noch beweisen. Wir werden zur Avantgarde, wenn es uns gelingt, unseren Krieg zum Krieg der Massen zu machen, wenn wir zu einer Alternative zu den beiden traditionellen Parteien werden, wenn das ganze Volk seine Rolle im Krieg aufnimmt." (1)

Eine derartige Einschätzung läßt das Volk zum Objekt der Revolution werden und zeigt eine frappierende Unkenntnis über Methoden, die Bewußtwerdungs- und Organisationsprozesse der Bevölkerung zu unterstützen und zu begleiten - nicht zu führen.



WAS WILL M-19?

Zum Ziel von M-19 gibt es die unterschiedlichsten und widersprüchlichsten Aussagen. Jedwede Vorstellung, die man sich von der Gruppe machen möchte, läßt sich mit Zitaten belegen. Die Ziele reichen vom Sozialismus über die nationale Befreiung und einen Sozialismus nach österreichischem Vorbild bis hin zu der Forderung, einen Renault 4 für jeden Kolumbianer, wahrhaftige Demokratie, Gesundheit, Wohnung, Erziehung, Sozialversicherung, Land für die Bauern, daß es uns allen besser geht usw.

Es finden sich auch Aussagen von Bateman, wo er feststellt, daß die Sozialistische Internationale das europäische Kapital vertritt und dieses sei herzlich willkommen, denn es respektiere die Menschenrechte mehr als das nordamerikanische.

Die zukünftige Gesellschaft wird nicht im Sinne der Veränderung gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen auf allen Ebenen beschrieben, also auch hinsichtlich der Veränderung zerstörerischer und repressiver Strukturen im familiären und engeren sozialen Umfeld. Die Förderung kollektiver Verhaltensweisen, Befähigung zu demokratischem Verhalten durch die Erfahrung der Basisdemokratie in Kleingruppen, das Erlernen kollektiver Verwaltung kollektiven Eigentums usw. findet sich nicht bei M-19. Die kulturellen Mechanismen der Unterdrückung und Fremdbestimmung, Bewußtseinsformen und Wahrnehmung dieser Gesellschaft werden nicht analysiert. Es wird nur immer wieder lapidar festgestellt, das Volk habe ein sehr kämpferisches Bewußtsein, sei sich seines Elends bewußt und wolle es abschaffen.

ORGANISATIONSSTRUKTUR

Zur Erköpfung der Macht muß ein politisch-militärischer Apparat aufgebaut werden. "Dabei geht es nicht darum, nur einfach politisch und militärisch zu handeln, oder dies gleichzeitig zu tun, sondern in ein- und derselben Strategie das Politische und das Militärische zu integrieren. Wenn das nicht gelingt, handelt es sich um Reformismus oder Militarismus: wenn taktisch Politik gemacht wird, aber die Strategie um das Militärische kreist, dann bleibt es ein Militarismus; und wenn der bewußte Kampf im Dienst einer Reformpolitik geführt wird, dann bleibt es Reformismus." (5)

"Die Guerrilla muß die gleiche Struktur aufweisen wie der Staat, der sie potentiell ist". Diese Definition findet sich in den offiziellen Papieren von M-19 zur Struktur ihrer Organisation; da erwartet man eigentlich eine basisdemokratische Struktur, wo die Entscheidungsfindung nicht zentralisiert ist. Die Organisation aber beruht auf vertikalen Befehls- und Entscheidungsstrukturen: zentrale Leitung und dezentrale Ausführung. Nur so ist - laut M-19 - eine strikte Kontrolle möglich, wobei es aber nicht darum geht, daß die Basis die Führung kontrolliert, sondern umgekehrt. Damit es nicht zur Abhängigkeit von Befehlen von oben kommt, sollen - ausgehend von allgemeinen politisch-militärischen Richtlinien - lokale Pläne und Projekte erarbeitet werden. Diese vertikale Struktur entspricht den Bedingungen des Krieges, wo Entscheidungen schnell und bedingungslos ausgeführt werden müssen. (5)

Die jährlichen nationalen Konferenzen stellen den demokratischen Aspekt der Organisation dar: dort erstellen die Delegierten die politisch-militärischen Richtlinien für einen bestimmten Zeitraum. Diese Organisationsform nennt sich demokratischer Zentralismus, also ein Mittelding zwischen Demokratie und Zentralismus mit dem Schwergewicht auf Zentralismus. Die oberste Autorität stellt die Nationale Konferenz dar, wo sich die nationale Führung und die Delegierten der Sektionen und Regionen treffen. Nach unten staffelt sich die Organisation in verschiedene Dienstgrade mit abnehmender Kompetenz. Das politische, militärische und ideologische Verhalten gilt als Kriterium für den Aufstieg in der Organisation. Die Entscheidung über 'Beförderungen' treffen die jeweils höheren Dienstgrade. (5)

Die Entscheidungen der höheren Offiziere sind obligatorisch für alle, die unter ihrem Befehl stehen, egal, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Nach der Ausführung der Befehle wird unter Anwendung der Kritik und Selbstkritik die Auswertung vorgenommen, wobei die Evaluierung von Aktionen seitens der Führung stattfindet. (5)

Genauestens festgelegt sind die disziplinarischen Maßnahmen bei Verstoß gegen die Regeln der Organisation und die Instanz, die darüber zu entscheiden hat. Selbst militärische Übungen zur Schulung der Disziplin sind festgelegt - bis hin zu einer genauen Vorschrift über die Intonation der verschiedenen Befehle. (5)

Diese leninistische Avantgardestruktur mag zwar eventuell effizient sein, wenn es darum geht, die politische Macht zu erkämpfen, aber sie leistet keinen Beitrag zur Entwicklung einer neuen, gerechten Gesellschaft, in der die Bevölkerung ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen gelernt hat. Es werden bestenfalls politische Machtstrukturen verändert, nicht aber soziale Beziehungen. Mit- und Selbstbestimmung muß gelernt werden, Demokratie fällt nicht nach der Revolution vom Himmel. Der Neue Mensch wird nicht mechanisch entstehen, wenn der Sozialismus erst einmal verordnet ist, sondern Sozialismus kann nur mit dem Neuen Menschen wachsen.

M-19 selbst schrieb in dem bereits zitierten Brief an Maria Eugenia:

"Eine caudillo-(=Führer-)Struktur verhindert eine politische Organisation, die es möglich macht, daß die Armen ihre Geschichte selbst lenken. Die Beziehung Masse - caudillo ist mystisch, beruht auf dem Glauben an ihn und seine Versprechen ... Kein Prophet oder caudillo kann die historische Aufgabe des Volkes, die Revolution, stellvertretend durchführen." (3)

Eine Avantgardestruktur ist sicher nicht völlig gleichzusetzen mit einer caudillo-Struktur, aber sie hat eher die Tendenz sich in diese Richtung, als hin zu einer basisdemokratischen Organisation, zu entwickeln. Jaime Bateman spielte in den letzten Jahren bis zu seinem Tod die Rolle eines caudillo, die umso mystischer war, als er im Untergrund lebte und es eine Vielzahl wahrer Wundergeschichten über ihn gibt.

Die Frage nach der Struktur der Organisation ist auch die Frage danach, ob unter den gegenwärtigen realen Bedingungen ein militärisches Projekt den Weg zu einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft vorbereiten kann. Sie kann sicher den Weg zur 'Diktatur des Proletariats' - sprich seiner selbsternannten Repräsentanten vorbereiten, aber nicht den Weg zur Volksmacht. (Darauf gehen wir in den Schlußfolgerungen noch genauer ein.)

FINANZIERUNG

Laut Jaime Bateman muß eine politisch-militärische Organisation wie jedes kapitalistische Unternehmen geführt werden. D.h., sie haben Aktien in nationalen und internationalen Unternehmen, besitzen eigene Unternehmen wie z.B. PRODUMEDICOS, dessen Geschäftsführer Rafael Arteaga war, der den Waffenraub im Cantón Norte leitete, wo in der Neujahrsnacht 1979 5 000 Waffen aus einem Militärarsenal erbeutet wurden.

"Die Revolution ist teuer. In siebeneinhalb Jahren haben wir fast 100 Mio Pesos ausgegeben (ca. 4 Mio DM), für Waffen, Veröffentlichungen, Häuser, Autos etc. Eine gute Entführung löst uns zu politisch niedrigen Kosten das ökonomische Problem der Revolution. 240 Mio Pesos - 3 Mio US-\$ - fehlen: die bringen gut angelegt 2,5 Mio Pesos monatlich. Damit können wir die Revolution finanzieren." (1,4)

STRATEGIE UND AKTIONEN VON M-19

Ziel der ersten Phase: Schaffung einer breiten Volksbewegung

"Um die Macht zu übernehmen, muß man den Krieg gewinnen. Um den Krieg zu gewinnen, muß man ihn dorthin tragen, wo er den Feind am stärksten trifft." (1)

Sehen wir uns anhand von verschiedenen Dokumenten an, wie die Strategie von M-19 sich im Lauf der Zeit zunehmend dem Militärischen zuwendet. In dem Brief an Maria Eugenia (1973 oder 1974) wird folgendes Konzept vorgestellt:

"Es geht nicht um die Schaffung einer bürokratischen Struktur, sondern darum, eine Alternative des Volkes zu schaffen. Diese Alternative besteht im koordinierten Handeln sozialer Kräfte. Es geht darum, in die Elendsviertel zu gehen, um dort zu lernen und

dort die Realität zu verstehen. Es geht nicht darum, die unmittelbaren Probleme dort zu lösen, sondern sich in das Leben dort einzugliedern, um zur Klärung und rationalen Verarbeitung der Überlebensprobleme im nationalen Kontext beizutragen. Ausgehend von den Gesprächen über die Alltagsprobleme erwächst eine neue Organisation, die sich in dem Maße entwickelt und an Kraft gewinnt, wie die Beteiligten die Ursachen ihrer Überlebensprobleme verstehen. Innerhalb dieser Organisation werden die Probleme so aufgearbeitet, daß der Einzelne erkennt, daß die Lösung nicht von außen kommen kann, sondern daß die einzig mögliche Lösung in der Macht wurzelt, die sie selbst ihrer legitimen Organisation geben... Wir müssen also dazu beitragen, daß der Einzelne die politischen Bedingungen und Ursachen seiner Probleme erkennt und die Beziehung, die zwischen seinen Problemen und denen der ausgebeuteten Sektoren besteht. Das bedeutet, daß man nicht die Leute agitiert, damit sie sich der Revolution anschließen, sondern daß man gesellschaftsveränderndes kollektives Handeln auslöst. Es geht bei dieser Arbeit nicht darum, daß die politischen Organisationen z.B. die Forderungen der Arbeiterbewegung aufgreifen, sondern daß sie dazu beitragen, den politischen Aspekt der Forderungen zu analysieren, also zur politischen Bewußtseinsbildung beitragen. Die politischen Aktivisten müssen lernen, sich in die Volks- und Basisbewegungen einzugliedern, und nicht ständig neue künstliche Parteien zu schaffen. Wenn die ausgebeuteten Massen erkannt haben, daß die Legalität des Systems sich auf die Interessen der Bourgeoisie beschränkt, ist es ihre Aufgabe, ihre eigene Legalität zu definieren und sich zur Durchsetzung ihrer Interessen ein bewaffnetes Volksheer aufzubauen ... Während in der Fokustheorie die Bewegung der Guerrillagruppe das dynamische Element darstellt, so ist bei M-19 die dialektische Beziehung der verschiedenen Bewegungen und Gruppen, die die Einheit bilden, das dynamische Element." (3)

In diesem Dokument von 1973/74 wird die anstehende Aufgabe auch einer Guerrillagruppe als hauptsächlich politisch definiert. Der militärische Aspekt der Durchsetzung eines neuen sozio-ökonomischen Projekts wird sehr marginal behandelt; es geht offensichtlich erst einmal darum, eine politisch stabile Volksorganisation zu schaffen.

Diese Strategie wurde in den nächsten Jahren in folgende Aktionen umgesetzt: ab 1974 tritt M-19 mit Propagandaaktionen an die Öffentlichkeit, verteilt Flugblätter, bemalt Wände, besetzt Versammlungen und Treffen fortschrittlicher Kräfte, um sich bekannt zu machen. Eine kleine Zeitung erscheint regelmäßig, die mit der Post an eine Reihe von Leuten geht, die zwar fortschrittlich sind, aber nichts mit M-19 zu tun haben. Auffallend ist, daß die Organisation offensichtlich bestens informiert ist über ihre unfreiwilligen Abonnenten. Bei jedem Wohnungswechsel kommt das Blatt mit vollem Namen des Adressaten in die neue Wohnung. Diese Unvorsichtigkeit, die vollen Namen auf dem Umschlag, und die auffallende Informiertheit machen viele stutzig.

Im August 1975 findet die erste größere Aktion statt: Die Entführung von Donald Copper, dem Geschäftsführer des Multi Sears, der nach drei Wochen gegen 1 Mio US-\$ freigelassen wird.

Im Februar 1976 wird der Präsident der Gewerkschaftsföderation CTC José Raquel Mercado entführt. Die Gewerkschaften verurteilen die Entführung. M-19 bezichtigt Mercado des Verrats an der Arbeiterklasse und nennt ihn einen Agenten des CIA. M-19 fordert die Todesstrafe durch einen Volksentscheid, der darin besteht, 'Ja' oder 'Nein' auf öffentliche Wände, Geldscheine usw. zu schreiben. M-19 kündigt die Verurteilung zum Tod durch Erschießen an, die aber aufgehoben werden soll, wenn die Regierung die Forderungen der

streikenden Arbeiter von Rio Paila erfüllt. Als die Regierung sich weigert, wird Mercado am 19.4.76 hingerichtet. Laut M-19 lieferte die Bourgeoisie Mercado dem Tode aus und verriet ihn - aber ist M-19 das Exekutivorgan der Bourgeoisie?

Die Linke hat die Hinrichtung als persönlichen Racheakt verurteilt, der politisch keinen Sinn habe. Ob das Volk nun dahinter stand, ist schwer zu beurteilen. M-19 ist der Meinung, daß das Volk die Hinrichtung für richtig hielt. Es gibt andere Indizien, die darauf schließen lassen, daß weder die Gewerkschaftsbewegung noch das Volk damit einverstanden waren. Es bleibt festzustellen, daß es die einzige Hinrichtung bis 1980 blieb. (1980 wird Pastrana, ein engagierter Bauernführer und Mitglied von M-19 im Caquetá hingerichtet, als sich einwandfrei beweisen läßt, daß er für die Militärs arbeitete.)

Im August 1977 wird Ferreira Neiva, der Geschäftsführer des im Arbeitskonflikt stehenden Unternehmens Indupalma entführt und erst freigelassen, als der Streik zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß gekommen ist. Diese Aktion bringt der Gruppe in der Tat viele Sympathien ein, denn sie zeigt, wie eine Guerrillagruppe konkret Volkskämpfe unterstützen kann. Es wird deutlich, daß M-19 ernsthaft beginnt, nach neuen und koordinierten Kampfformen zu suchen. Heute sagt M-19, daß das Problem bei derartigen Aktionen sei, daß eine Guerrillagruppe nicht zum Kampfwerkzeug der Arbeiter werden darf, sondern daß es nur darum ging, deutlich zu machen, daß es auch andere Methoden zur Interessendurchsetzung gibt.

Neben diesen spektakulären Aktionen gab es auch eine Reihe von sogenannten Robin-Hood-Aktionen, wie z.B. Nahrungsmittelverteilung in Elendsvierteln und Gewerkschaften.

Mit der Aufforderung, das Volk solle demnächst die Nahrungsmittelverteilung selbst in die Hand nehmen, wurden z.B. entführte Milchwagen in die Elendsviertel gebracht. Zum Teil hatten diese Aktionen Erfolg in dem Sinn, daß analysiert wurde, weshalb die Armen Hunger leiden und es keine Milch gibt. Zum Teil zogen diese Aktionen aber auch nur eine Welle der Repression nach sich: Leute, die in den Vierteln eine kontinuierliche Basisarbeit machten,

landeten für Jahre im Knast. Ähnlich war es bei Streiks: Ein typischer Fall ist der Streik bei dem Sportschuhhersteller Croydon von 1978. Der Streik dauerte schon drei Monate und wurde von 85% der Belegschaft aktiv unterstützt. M-19 stellte ihnen einen Lastwagen mit Nahrungsmitteln vor die Streikzelte, ohne die Herkunft zu verraten. Die Nahrung wurde verteilt und kurze Zeit später wurden die ersten Gewerkschafter wegen Mitgliedschaft in M-19 verhaftet; als Beweise galten die Nahrungsmittel. Die Gewerkschaft wurde als Anhängsel von M-19 bezeichnet; damit brach der Streik zusammen, die Beteiligung sank rapide ab.

Die Rechtfertigung solcher Aktionen von M-19-Mitgliedern bestand im Allgemeinen darin, daß es nun mal kein Modell für die Revolution gäbe, und daß jeder seine Erfahrungen machen müsse. Offensichtlich fehlt es an Kriterien, Erfolg und Mißerfolg bei Aktionen zu messen.

Über die politische Arbeit von M-19-Leuten in Elendsvierteln und in den Massenorganisationen ist wenig bekannt, und das ist auch richtig so. Es gab und gibt Mitglieder von M-19, die in den Elendsvierteln leben und in den Fabriken arbeiten mit dem Ziel, zur Organisation und Bewußtseinsbildung der Leute beizutragen, ohne ihnen fertige Konzepte aufzudrängen.

Konzept: "Gegensätze vereinheitlichen"

In der 6. Konferenz von 1978 wird die Strategie gesellschaftlicher Veränderung noch deutlicher. Als vorrangig wird die Schaffung der Volksmacht angesehen, die dann entsteht, wenn die Massen ihre Rechte einfordern, wenn ihre Organisation zur politischen Waffe wird. Die politische Macht muß unterstützt und verteidigt werden durch eine militärische Kraft. Gesellschaftliche Veränderung wird als ein langsamer Prozeß gesehen, innerhalb dessen sich die ihrer Rechte bewußt werdenden Volkssektoren organisieren, um diese Rechte einzufordern. Jedes erkämpfte Recht erweitert den politischen Spielraum und damit die Basis für weitere Kämpfe. Die kapitalistische Gesellschaft wird nicht einfach negiert, sondern es geht darum, sich Teile und Aspekte eines Systems anzueignen und zu transformieren. Die Guerrilla hat dabei die Funktion, diese Keimzellen einer neuen Gesellschaft zu verteidigen. Somit sucht M-19 auch nicht die Auseinandersetzung mit den Streitkräften, sondern arbeitet auch mit Militärs und Polizei, da auch diese unterdrückt und ausgebeutet werden. Die gesamte politische, organisatorische, militärische, ideologische, propagandistische und finanzielle Arbeit von M-19 soll sich in der Organisation der Volkssektoren konzentrieren. Alle Formen des Kampfes müssen eingesetzt werden, um sich von imperialistischer und kapitalistischer Ausbeutung zu befreien und dem Feind zu entziehen und Volksmacht zu schaffen.

M-19 stellt weiterhin fest, daß in der bisherigen revolutionären Praxis Gegensätze nicht vereinigt, sondern als Widersprüche definiert werden, wobei dann einer der beiden Pole eliminiert wird: bewaffneter Kampf oder Kampf der Massen, politischer oder militärischer Weg, sozialistische oder demokratische Revolution. Die Linke hat Gegensätze polarisiert, um daraus dann den einzuschlagenden Weg abzuleiten: z.B. hat die kubanische Revolution die revolutionäre dazu verleitet, den bewaffneten Kampf als den einzigen Weg zu sehen und ihm den Kampf der Massen antagonistisch gegenüberzustellen. So wurde der bewaffnete Kampf nie durch den Massenkampf vervollständigt. Oder man stürzte sich ausschließlich auf den Kampf der Massen, ohne ihn durch den bewaffneten Kampf zu vervollständigen. So verkommen sich ergänzende Kampfformen zu sich ausschließenden Alternativen. M-19 ordnet die revolutionäre Strategie im Rahmen der beiden Pole Ideologie und Politik ein: Unter dem

ideologischen Pol werden alle strategischen Aspekte verstanden; der politische Pol umfaßt alles, was zur Formierung und Mobilisierung der Kräfte und Massen gehört. Es gibt keinen Widerspruch zwischen Strategie und Taktik: die Strategie hat nur dann einen Sinn, wenn sie in eine effektive und flexible Taktik umgesetzt wird; eine Avantgarde erfüllt nur dann ihre Funktion, wenn sie wirklich mit den Massen verbunden ist; der bewaffnete Kampf hat nur dann einen Sinn, wenn er zum Instrument des Volkes wird. (5)

So geht es M-19 ernsthaft darum, dem Volk kein Konzept überzustülpen, sondern im marxistischen Sinn soll sich das seiner Fähigkeiten bewußt werdende Volk ein neues Gesellschaftsmodell schaffen. Die Organisation des Volkes wird verstanden als die Koordination der unterschiedlichen Bewegungen und Gruppierungen; dazu gehören die bestehenden politischen und/oder militärischen Organisationen, Gewerkschaften und auch die noch zu schaffenden Komitees und Basisorganisationen.

Wie wurde dieses Konzept umgesetzt? 1978 lief mit großer Wahrscheinlichkeit die politische Arbeit in Elendsvierteln und Gewerkschaften ungestört weiter.

Die militärischen Aktionen beschränkten sich fast ausschließlich auf Entführungen, die in erster Linie politische Ziele verfolgten: Entführung des nicaraguanischen Botschafters, um auf die Situation in Nicaragua hinzuweisen; kurze Besuche und Besetzungen von Schulen, wo M-19-Flaggen gehißt wurden; Überfälle auf Gesundheitsposten, um Medikamente zu erbeuten; Überfälle auf staatliche Einrichtungen zur Vergesellschaftung von Schreib- und Druckmaschinen und anderen Kommunikationsmitteln.

Der Waffenraub in der Neujahrsnacht

In der Nacht vom 31.12.78 auf den 1.1.79 ändert sich schlagartig die politische Situation: Es gelingt M-19, aus einem Militärarsenal im Norden Bogotás mindestens 5 000 Gewehre zu rauben, darunter die Flinte von Camilo Torres. Die spektakuläre und technisch perfekt ausgeführte Aktion ließ vermuten, daß M-19 seine Leute selbst in den höheren Etagen der Streitkräfte und der Regierung sitzen hatte. Die Waffen waren zur Unterstützung der Sandinisten in Nicaragua vorgesehen, wie ein M-19-Kommunique erklärte.

Der Waffenraub wurde von den Militärs als Vorwand für eine brutale Repressionswelle benutzt. In den Monaten zuvor hatten sich viele Massenorganisationen gebildet, die durch lange Streiks, Protest- und Sternmärsche oder durch paros cívicos (Generalstreiks) ihre Rechte einforderten. Laut Aussagen des Justizministers wurden 1979 rund 68 000 Menschen festgenommen, die meisten aus politischen Gründen. Verhöre wurden ersetzt durch Folter.

Nach der Waffenraubaktion waren schwere Fehler gemacht worden: Die Verteilung der Waffen war sehr schlecht organisiert; die Beteiligten kannten ihre Namen und Adressen, versteckten die Waffen bei sich zu Hause; z.T. waren sie schon seit Monaten beobachtet worden. Viele Mitglieder von M-19 fielen in die Hände des Militärs, andere konnten sich nur durch Flucht ins Exil retten. Diese Exilierten wurden beim 7. Nationalen Kongreß aus der Organisation ausgeschlossen. Die lapidare Begründung: es bestehe kein Anlaß, sich im Exil zu verkriechen.

Alle Formen von Volksorganisationen waren von der Repression betroffen; dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß M-19-Mitglieder in den Volksorganisationen verankert waren, bzw. gewerkschaftliche, Elendsviertel- und Studentenorganisationen Kontakte zu M-19 hatten.

Die Veröffentlichungen über Folterungen an politischen Gefangenen nahmen zu, die Regierung stritt alles ab. Es wurden offizielle Kommissionen eingesetzt, die bewiesen, daß gefoltert wurde, aber die Regierung erklärte die Kommissionen kurzerhand für subversiv (so z.B. das Institut für Gerichtsmedizin, Kommissionen des Stadtrats von Bogota und des Parlaments). Präsident Turbay Ayala erklärte auf seiner Europa-Tournee, er sei der einzige politische Gefangene seines Landes, da er schon seit Monaten im Präsidentenpalast einsitze und vor lauter Arbeit nicht mehr rauskäme. Er lud Amnesty International ein, sich die demokratischen Verhältnisse in seinem Land, insbesondere in den Gefängnissen anzusehen. (Zur Repression und den Regierungsdementis vgl. auch LN 67, 68, 69)

Die Monate brutalster Repression, die dem Waffenraub folgten, haben ihre Auswirkungen hinterlassen: wer sich tagtäglich verfolgt sah, jede Nacht damit rechnete, daß sie kämen, wer dann auch noch schwanger war oder Kinder hatte, die oft einfach mitverhaftet und vor den Augen der Eltern gefoltert wurden, kann sich nicht mehr so engagieren wie vorher. Die einzelnen Mitglieder

waren zu dieser Zeit z.T. völlig von der Organisation isoliert, die in keinster Weise versuchte, ihre Mitglieder zu schützen. Diese Zeit permanenter Angst können viele nicht vergessen, die auch heute noch damit rechnen müssen, zu 'verschwinden' oder auf offener Straße von einer paramilitärischen Gruppe abgeknallt zu werden.

Was ist also von dem berühmten Waffenraub geblieben? Die Waffen haben die Militärs zu 80 - 90% (nach Aussagen von M-19) wieder; die besten Mitglieder der Gruppe landeten für Jahre im Gefängnis (unterdessen sind sie durch die Amnestie wieder frei, können aber unter den gegenwärtigen Bedingungen keine politische Arbeit machen; ihr Leben ist durch die paramilitärischen Gruppen gefährdet); die Aktion diente der Regierung als willkommenes Anlaß, Vertreter der Volksorganisationen zu verhaften und Organisationsansätze zu zerstören.

Die Besetzung der dominikanischen Botschaft

Im Februar 1980 besetzt ein Kommando von M-19 die Dominikanische Botschaft und nimmt 16 Botschafter als Geiseln fest, darunter den Päpstlichen Nuntius und den Botschafter der USA. Die Besetzung findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die Militärs gerade erklärt haben, sie hätten M-19 nun endgültig den Garaus gemacht. Die Frauen und der herzkrankte österreichische Botschafter werden freigelassen und verkünden vor der internationalen Presse Lobeshymnen auf die Lebenswürdigkeit und das tiefe Demokratieverständnis der Besetzer. Die anderen Geiseln sollen unter folgenden Bedingungen freigelassen werden: die Regierung soll 300 politische Gefangene freilassen, ein Kommuniqué zur Veröffentlichung an die Welpresse geben und 1 Mio US-\$ zahlen. Zwei Monate lang verhandeln Vertreter der Regierung und die Guerrilleros La Chiqui. Nach zwei Monaten ist nicht ein einziger politischer Gefangener freigelassen; später hieß es, M-19 habe 1 Mio US-\$ erhalten. Die Besetzer erhalten freies Geleit nach Kuba. (vgl. LN 80)

Zwar gab die Besetzung Anlaß zu breiten Kampagnen gegen die Situation der politischen Gefangenen, gegen Folter und Repression, auch die Verbindung Regierung - Mafia wurde weltweit angeprangert, aber die Beendigung der Besetzung in dieser Art wertete die Regierung ungemein auf. Zu jener Zeit waren 14 Botschaften in Lateinamerika besetzt, und keiner Regierung war es gelungen, durch ausdauernde Verhandlungen eine so unblutige Aufhebung der Besetzung herbeizuführen. Was von der Besetzung blieb, war, daß die muchachos nette Jungs sind; die Regierung dagegen konnte ihr durch brutale Repression ramponiertes Image aufbessern. Bei vielen M-19-Sympathisanten blieben Zweifel, weil M-19 das freie Geleit nach Kuba annahm, ohne auf der Freilassung der 300 politischen Gefangenen zu bestehen.

Seit der Botschaftsbesetzung stellte M-19 den Kampf für den Frieden als oberstes Ziel heraus. Es wurden mehrfach Vertreter der Regierung und aller sozialen Kräfte (Industrielle, Gewerkschafter, Kirche, Volksbewegungen, Militärs etc.) zu konzertierten Treffen eingeladen, um gemeinsam zu sehen, wie eine bewaffnete Revolution VERHINDERT werden könne (4). So wurden diese Vertreter z.B. im Rahmen der "Operation Colombia" nach Panama eingeladen, aber niemand erschien. Dies nahm M-19 zum Anlaß zu verkünden, sie sei die einzige Kraft in Kolumbien, die wirklich den Frieden wolle. Und da alle anderen den Krieg wollten, sei M-19 bereit, mit der Waffe in der Hand für den Frieden zu kämpfen.

In dieser Zeit spielte M-19 durch vielfältige Aktionen eine wichtige Rolle im politischen Leben des Landes und fand in vielen Kreisen Sympathie. Die Aktionen und die politischen Vorschläge stießen auf Zustimmung. Es fehlte noch an Verankerung, aber angesichts der Repression wurde der Gruppe allgemein politische Legitimation zuerkannt.



Während der Besetzung der dominikanischen Botschaft Mitglieder des M-19-Kommandos und ein venezolanischer Konsultsbeamter lächeln aus dem Fenster

ANMERKUNGEN:

- 1) Patricia Lara, Siembra vientos y recogerás tempestades, Bogotá, 1982.
- 2) Concepción y estructura de la organización político-militar del M-19. Sexta Conferencia Nacional, März 1978.
- 3) Carta abierta a Maria Eugenia del M-19. Etwa 1973 oder 1974.
- 4) Germán Castro Caicedo, Cómo es el M-19. Interviews des Autors mit Jaime Bateman anlässlich seiner Entführung durch M-19 im Jahr 1980.
- 5) Dokumente der nationalen Konferenzen von M-19 von 1978 und 1979.

Weitere Quellen: Artikel und Interviews aus den Tageszeitungen El Espectador und El Tiempo

Flugblätter, Bulletins etc. von M-19 aus verschiedenen Jahren

Kommunalwahlen in Peru

Der Wahlsieg der oppositionellen Organisationen Izquierda Unida und APRA bei den peruanischen Kommunalwahlen hat in den Medien ein erstaunliches Echo ausgelöst. Als "Beweis für die Lebendigkeit der peruanischen Demokratie" wertet LE MONDE die zumindest numerische Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses im Land, andere sprechen von einem "politischen Erdbeben" (SZ) oder gar von einem "Holo-caust der Rechten" (EL PAIS). Als Maßstab für diese Einschätzungen wurden der Rückgang der Stimmen für die Präsidenten-Partei Accion Popular von 43,6% bei den Parlamentswahlen 1980 auf rund 12%, der Wahlsieg des IU-Kandidaten Barrantes in Lima sowie der Erfolg der APRA in bisher 16 von 22 ausgezählten Departements mit insgesamt etwa 38% der abgegebenen Wählerstimmen genannt. Gleichzeitig wurde die Wahl auch als Absage an die Guerilla gewertet, die zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatte, obwohl die Wahlbeteiligung von ca. 65% als nicht sonderlich hoch gelten kann, wofür aber unisono die Angst der Bevölkerung vor etwaiger Repression seitens 'Sendero Luminoso' verantwortlich gemacht wurde.

Nähere Betrachtungen und ein Gedächtnis, das ein wenig weiterreicht als bis zu den letzten Wahlen, wecken allerdings erhebliche Zweifel an diesen "Wahlanalysen", insbesondere an der Schlußfolgerung, die Präsidentschaftswahlen 1985, bei denen ein Sieg des APRA-Kandidaten Alan Garcia seit Sonntag als wahrscheinlich gilt, könnten einen politischen Wandel in Peru herbeiführen. Vergleicht man einmal die aktuellen Ergebnisse mit denen der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung 1978 (78/83: APRA 35,4/38; IU 29,4/ca.31; Accion Popular -/12; PPC 28/16 %), so stellt man fest, daß sich über einen Zeitraum von fünf Jahren das politische Kräfteverhältnis der drei politischen Hauptströmungen Perus kaum wesentlich geändert hat. Nach wie vor stehen sich Linke, Reformisten und Reaktion nahezu ebenbürtig gegenüber; hinzugekommen ist seit 1980 die bewaffnete Linke, deren Potential nach Abzug der strukturell und angstbedingten Enthaltungen mit 10% sicher nicht zu hoch veranschlagt ist.

Aufschlußreicher als solche Globalanalysen - vor allem in Hinblick auf die künftige politische Entwicklung - sind jedoch die Umstände und Formen, mittels derer diese Ergebnisse erzielt wurden. Auf der allgemein-politischen Ebene läßt sich zunächst feststellen, daß das bürgerlich-parlamentarische System (und nicht die Demokratie, wie der LE MONDE-Korrespondent behauptet) eine - wenn auch geringe - Stabilisierung erfahren hat. Die Ära des 'caudilismo', die in Peru über anderthalb Jahrhunderte die vorherrschende Form bürgerlicher Herrschaft war, neigt sich ihrem Ende zu. Der Einbruch der AP ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie weder über ein politisches Programm noch über eine funktionierende Parteistruktur verfügt. Das Versagen der Belaunde-Regierung auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Mit seinem Abtreten aus dem politischen Geschäft, mit dem spätestens 1985 zu rechnen ist, wird auch die AP ihre Attraktionsfähigkeit auf die Massen verlieren und von der politischen Bühne des Landes verschwinden. Der Zuwachs um 5%, den die PPC, die sich vor allem in den Provinzen schon immer als Volkspartei zu geben verstand, gegenüber den Parlamentswahlen 1980 verzeichnen konnte, zeigt an, daß eine den neuen politischen Spielregeln besser entsprechende Alternative zur AP für die Rechte durchaus vorhanden ist.

Auch die APRA präsentiert sich nach dem Tod ihres charismatischen Führers Haya de la Torre und den darauffolgenden jahrelangen innerparteilichen Flügelkämpfen durchaus als moderne Partei, in der an die Stelle des anachronistischen Führerprinzips, wie es zuletzt Armando Villanueva durchzusetzen versucht hatte,

die bei bürgerlichen Parteien übliche Form der Willensbildung getreten ist. Die Programmatik allerdings, mit der sie jetzt antritt, um Generalsekretär Alan Garcia 1985 auf den Präsidentensessel zu verhelfen, erinnert eher an die erfolglosen Reformversuche Belaundes, Freis oder bestenfalls Goularts in den frühen 60er Jahren. Im Regen der politischen Verantwortung werden sich die desartollichten Reformpapiere, zu denen sich die APRA jetzt mehrheitlich durchgerungen hat, sehr schnell in ihre Bestandteile auflösen. Und die besetzen im wesentlichen aus halbherzigen Hilfsprogrammen für die marode nationale Bourgeoisie, die noch immer am Widerstand von Oligarchie und Multis gescheitert sind.

Andererseits zeigt die unerwartete Niederlage ihres limaer Bürgermeisterkandidaten Alfredo Barnecha, der eher dem rechten als dem linken APRA-Flügel zuzuordnen ist, sowie die Radikalisierung der städtischen APRA-Basis (LN 118/119), daß die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der APRA durchaus nicht von Dauer zu sein brauchen. Ein Teil der APRA-Basis hat - so scheint es - aus Unzufriedenheit über die Nominierung Barnechas seine Stimme der IU gegeben. Eine Linksentwicklung der APRA kann also nicht ausgeschlossen werden. Sie wird allerdings wesentlich davon abhängen, ob die APRA-Linke - angesichts der Verlockung, erstmals ihrer Geschichte an die Macht zu kommen - einer Anbiederung an die Herrschenden, die sicherlich von der Sozialistischen Internationalen begrüßt und finanziert werden wird, widersteht und den Interessen ihrer Basis stärkeres Gewicht verleihen kann.

Ebenfalls wenig Grund zu Euphorie gibt das Wahlergebnis der IU. Was sich gegenüber den selbstverschuldeten 14% von 1980 wie ein sensationeller Erfolg ausnimmt, ist - verglichen mit dem Ergebnis von 1978 - zunächst einmal nur die Konsolidierung einer bereits einmal erreichten Stärke. Geht man davon aus, daß ein Großteil der Wählerstimmen für die IU vor allem in Lima aus dem Bereich der Mittelschichten stammt, ist der Sieg von Barrantes eher als ein Blankoscheck für die Linke aufzufassen, den ihr eine von der bisherigen Politik enttäuschte Bevölkerung ausgestellt hat, denn als eine massenhafte Forderung nach revolutionärer Veränderung, für die die IU eine langfristige Konzeption bisher weitgehend schuldig geblieben ist. Barrantes wird seinen Kritikern beweisen müssen, daß er mehr kann, als nur die Gallionsfigur eines von Zwistigkeiten geschüttelten Parteienkonglomerats abzugeben. Seine Erfolgsaussichten dafür sind jenseits seiner politischen Qualitäten denkbar schlecht. Angesichts der wirtschaftlichen Krise wird ihm als Bürgermeister von Lima kaum Spielraum bleiben, mehr als nur geringfügige Umverteilungen zugunsten der Arbeiterklasse und der 'pueblos juvenes' durchzusetzen.

So ist denn die von ihm am Wahlabend vorgetragene Forderung nach Demission der Belaunde-Regierung und einer Beteiligung der IU an einer Übergangsregierung bis 1985 (gleiches fordert übrigens auch die APRA) nur folgerichtig. Auf diese bloße Aufforderung hin wird das Kabinett allerdings kaum seinen Rücktritt einreichen. Es wird also darauf ankommen, ob es der IU gelingt, ihr wiedergewonnenes Potential für ihre Forderungen zu mobilisieren. Voraussetzung hierfür ist die Beendigung der innerorganisatorischen Streitigkeiten und die Entwicklung einer langfristigen politischen Perspektive. Mit bloßer Beteiligung an der legislativen und exekutiven Macht allein werden die Hoffnungen, die ein Großteil der Bevölkerung auf die IU setzt, nicht zu erfüllen sein, da sich, solange die Bourgeoisie den politischen Entscheidungsprozeß bestimmen kann, an den bestehenden miserablen Verhältnissen nichts ändern wird. Diese Entwicklung einer langfristigen Perspektive muß auch eine über die bisherigen Vorstellungen vom Umgang mit Sendero Luminoso hinausgehende Auseinandersetzung mit der Guerilla beinhalten.

Die Wahlen haben zwar gezeigt, daß Sendero bisher weder in der Lage war, das parlamentarische System in Frage zu stellen, noch in den Städten massenhaft Einfluß zu erlangen; andererseits ist es ihm jedoch gelungen, den regulären Wahlablauf soweit zu beeinträchtigen, daß in 3 Provinzen Ayacucho die Wahlen gänzlich ausfallen mußten und landesweit nur unter erheblicher militärischer Präsenz stattfinden konnten. Gleich wie man die Strategie von Sendero beurteilt: er hat sich zu einem politischen Faktor entwickelt, gegen den in Peru keine linke Politik

Ein Jahr Demokratie

Eine der korruptesten und brutalsten Militärdiktaturen der Geschichte Boliviens mußte am 10. Oktober 1982 die Macht dem Anfang 1980 gewählten Parlament übergeben. Die durch den blutigen Militärputsch des 17. Juli 1980 an die Regierungsgewalt gelangten Militärs mußten somit ihren eigenen Bankrott erklären.

Vorausgegangen war eine massive und breite Volksbewegung gegen die Diktatur, angeführt vom gewerkschaftlichen Dachverband COB unter Einschluß aller fortschrittlichen Kräfte des Landes. Die Machtübergabe war geprägt von einem Gefühl des Sieges und des Triumphes des Volkes über seine Unterdrückung und von der Hoffnung auf eine demokratische Zukunft. Demokratie bedeutet für das Volk seine Teilnahme an der Ausübung der Macht und die Verbesserung seiner ökonomischen Situation.

Der Sieg der Demokratie in Bolivien fand international eine relativ große Beachtung und Anteilnahme. Betont wurde immer wieder die Bedeutung und Wichtigkeit einer Demokratie nach dem europäisch-parlamentarischen Muster. Dabei zeigten sich bald schon die ersten Widersprüche, denn die politische Landschaft Boliviens ist geprägt von dem Schaden, den ihr fast 18 Jahre repressive Militärdiktatur zugefügt hat und eine Vorbereitung auf den Parlamentarismus nicht zuließ. Zudem hat das Parteienbündnis UDP bei den Wahlen von 1980 nur eine relative Mehrheit im Parlament erringen können und war daher lediglich in der Lage, eine Minderheitsregierung zu bilden. Im Parlament hat die politische Rechte die Möglichkeit, bei einem entsprechenden Zusammenwirken die Regierungsarbeit weitgehend zu lähmen. Die Linke hat zusätzlich das Problem ihrer ewigen Zersplitterung.

Eine Regierung wie die gegenwärtige kann die ökonomische Struktur des Landes und die dort vorhandenen Kräfteverhältnisse unter den jetzigen Bedingungen nicht entscheidend verändern, das bedingt auch die Ausrichtung und den Erfolg bzw. Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik.

Der Militärapparat blieb ebenfalls nahezu unangetastet. Die Ernennung "demokratisch gesinnter Militärs" für die Schaltstellen des Militärapparates gibt, soweit geschehen, keinerlei Mittel- und langfristige Sicherheiten - für die gegenwärtige demokratische Regierungsform. Das Militär in Bolivien ist seinem Wesen nach und von seiner Funktion her stets eine nach rechts tendierende Institution gewesen. Seine internen Mechanismen sind einem Einfluß und einer Kontrolle von außen entzogen. Somit bleibt das Militär eine nicht kalkulierbare Größe im nationalen Kräftespiel.

Schon bald nach der Aufnahme der Regierungsarbeit durch das von der UDP gebildete Kabinett traten interne Spannungen, vor allem zwischen MIR und MNRI zutage. Diese Spannungen sind von grundsätzlichen ideologisch-politischen Differenzen und parteitaktischen Vorgehensweisen bedingt und gipfelten im Ausscheiden des MIR aus der Regierungsverantwortung im Januar 1983. Parallel dazu wurden interne Auseinandersetzungen im MNRI sichtbar, welche mehr von persönlichen Konflikten und Machtansprüchen als von ideologischen Diskrepanzen verursacht waren.

Das Wirken der Kommunistischen Partei PCB innerhalb der Regierung wurde mit viel Mißtrauen beobachtet und von der politischen Rechten immer wieder offen angegriffen. Die PCB verstand es bisher, eine relativ kontinuierliche Teilnahme innerhalb der Regierung sicherzustellen und seinen Einfluß aufrechtzuerhalten.

Die in der ersten Regierungsphase teilweise in Angriff genommenen personelle und administrative Neustrukturierung des staatlichen Apparates blieb aufgrund des Vorhandenseins stark miteinander verbundener Interessengruppen und gegenseitigen Beziehungen schon in der Anfangsphase stecken und kann heute als gescheitert betrachtet werden. Somit ist die Regierung auf eine Verwaltung angewiesen, die sie nur teilweise kontrolliert und die aufgrund ihrer statischen internen Struktur sich für die Ausführung einer fortschrittlichen Politik keineswegs eignet. Ein Teil der Arbeitskapazitäten der Ministerien geht außerdem verloren für die Behandlung der zahlreich eingebrachten Interpellationen des Parlamentes.

Die ausgeschiedenen MIR-Minister wurden im neuen Kabinett Anfang Februar durch größtenteils unabhängige Personen mit mehr technokratischem als politischem Hintergrund ersetzt (einige davon wurden als "ausländische Experten bolivianischer Staatsbürgerschaft" bezeichnet).

Diesem zweiten Kabinett gelang es nach einer hoffnungsvollen Zwischenphase dennoch nicht, dem Verfall des Peso und der immerschneller werdenden Inflation effektiv entgegen zu wirken. Durch das Ausscheiden des MIR verengte sich spürbar die politische Basis für die Regierung Siles Zuazo', obwohl zu dieser Zeit die UDP als solche noch nicht in Frage gestellt wurde. Der MNRI versuchte diesen Verlust an Unterstützung vor allem durch die Einigung seiner miteinander zerstrittenen Flügel und die Einbeziehung angesehener Persönlichkeiten in die Partei zu kompensieren. Zur gleichen Zeit betrieb der MNRH von Victor Paz Estenssoro die Neuintegration seiner abgespaltenen Fraktionen. Ex-Diktator Banzer versucht sich kontinuierlich mit seiner rechten ADN als nunmehr "demokratische" Alternative zu empfehlen. Dabei setzt er auf den zunehmenden Unwillen des Volkes, das aufgrund der wirtschaftlichen Konzeptionslosigkeit der Regierung immer mehr gebeutelt wird. Banzer ist sicherlich nicht zu unterschätzen.

Sie sogenannte "demokratische Rechte" im Parlament (hauptsächlich MNRH und ADN) arbeitet zunehmend zusammen und gewinnt nach anfänglich eher passivem Verhalten an Aggressivität. Im Mai 1983 wurden nach einer erneuten Kabinettskrise die Minister für Auswärtiges, Landwirtschaft sowie Handel und Industrie ausgetauscht, was jedoch keine substantielle Veränderung in der Politik der Regierung brachte. Gleichzeitig wurde der populistische Charakter und Arbeitsstil des MNRI, das bedeutet also des größten Teils der Regierung, immer ausgeprägter. Entscheidungen werden weniger nach politischen oder sachlichen Kriterien, sondern nach persönlichen Interessen und Prioritäten getroffen, dadurch wird die Regierung immer unglaubwürdiger und handlungsunfähiger.

Im Juli/August 83 wurde erneut eine Beteiligung des MIR an der Regierung diskutiert, es kam jedoch überraschend zum endgültigen Bruch des MIR mit Siles Zuazo, nachdem man sich nicht über Form und Umfang der Beteiligung des MIR einigen konnte. Von UDP-Mitglied MIR wird seither die weitere Existenz des Bündnisses UDP in Abrede gestellt. Die Regierungsparteien weisen dies hingegen entschieden zurück.

Nach dem endgültigen Ausscheiden des MIR wurde eine eventuelle Beteiligung der COB an der Regierung im Rahmen eines sogenannten Co-Gobierno ins Gespräch gebracht und ausführlich in der Öffentlichkeit diskutiert. Die COB als wichtigste Volksorganisation konnte über Jahre ihren Einfluß permanent ausbauen. Zunehmend stellt sie für breite Teile der Bevölkerung nach den Erfahrungen mit den Parteien in der Regierung die verbleibende politische Alternative dar. Der Regierung Siles Zuazo ging es bei den Verhandlungen um das Co-

Gobierno offenbar wieder darum, ihre enge politische und soziale Basis zu erweitern und die Gewerkschaften als potentiell starke Opposition zu neutralisieren, sowie durch die Beteiligung an der Macht für ihre Politik zu gewinnen. Die COB brachte jedoch sehr deutlich zum Ausdruck, daß es ihr nicht um Ministersessel oder administrative Macht geht, sondern um eine Regierungspolitik im Interesse der Arbeiter. Kommissionen des MNRI und der COB versuchten, die Bedingungen für ein Co-Gobierno jeweils zu formulieren, mit der Gegenseite zu diskutieren und zu einem Kompromiss zu kommen. Zu den wichtigsten Forderungen der COB gehörte die Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds, die Zurückweisung der Zahlung der Auslandsschulden, die Kontrolle der großen privaten Betriebe durch die Arbeiter, die mehrheitliche Mitbestimmung in den produktiven Staatsbetrieben, eine die Kaufkraft der Arbeiter garantierende Lohnpolitik, eine veränderte, die niederen Einkommen begünstigende Besteuerung, ein System zur Preiskontrolle und staatliche Maßnahmen zur Förderung der Vermarktung der von den Bauern produzierten Gütern.

Ein Akzeptieren der von der COB gestellten Bedingungen hätte für den MNRI und die Regierung bedeutet, ihre bisherige Politik grundlegend zu modifizieren, vor allem auf dem ökonomischen Sektor, wie z.B. der Abbruch der Verhandlungen mit dem IWF und Einnehmen einer radikalen Position in der Frage der Rückzahlung der Auslandsschuld. Zugleich wäre die bisherige Machtposition des MNRI und des Präsidenten angetastet worden, was dann durch die Ablehnung der Bedingungen der COB verhindert wurde. Es wurden Gerüchte laut, daß die Bedingungen der COB bewußt so weitgehend formuliert waren, um Siles Zuazo in Zugzwang zu bringen. Es leuchtet jedenfalls ein, daß die COB nicht für eine Politik ihren Namen und ihr Prestige geben wird, auf welche sie kaum Einfluß nehmen kann. Ende April, Anfang Mai 1983 wurde die staatliche Bergwerksgewerkschaft COMIBOL von der Minenarbeitergewerkschaft FSTMB besetzt und es wurden die Forderungen nach mehrheitlicher Arbeitermitbestimmung erhoben. Von der Regierung (auch vom PCB-Bergbauminister, der sich somit in Gegensatz zu seinen PCB-Genossen in der FSTMB stellte) wurde ein solches Modell zunächst abgelehnt. Nach verschiedenen Ultimaten und zähen Verhandlungen wurde ein Kompromiss geschlossen, der de facto die mehrheitliche Arbeitermitbestimmung vorsieht.

Nachdem sich abzeichnenden Scheitern der Verhandlungen zwischen COB und Siles Zuazo im August 1983 und einer wochenlangen Kabinettskrise, welche die Schwäche des Präsidenten einmal mehr dokumentierte, wurde das Projekt des Co-Gobierno auf unbestimmte Zeit verschoben. In dem dann neu zusammengestellten 4. Kabinett von Siles Zuazo wurden folgende Schwerpunkte im Regierungsprogramm gesetzt: Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung, Abbremsen der Inflation, Erhaltung der Kaufkraft der Löhne, sowie Wiederbelebung der industriellen Struktur des Landes.

Die gegenwärtige Situation in Bolivien ist gekennzeichnet von der Frustration breiter Kreise des Volkes. Ihm wurden weder eine Teilnahme an den politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht, noch seine Erwartungen bezüglich der Verbesserung der ökonomischen Situation erfüllt. Die Regierung zeigt sich als nicht handlungsfähig im ökonomischen Bereich. Die Macht wurde auch nicht ansatzweise demokratisiert, sondern liegt in den Händen des Präsidenten und seiner Partei. Das Parlament dient offensichtlich als Forum für den Kleinkrieg der Parteien und um den Abgeordneten ein gutes Einkommen zu sichern. Konstruktive politische Arbeit wird dort kaum geleistet. Somit verlieren sowohl die Politiker als auch die Parteien weiter an Prestige.

Die politische Linke bildet im Gegensatz zur Rechten keine Einheit und ist meist mit sich selbst beschäftigt. Der PS 1 konnte seinen Einfluß an den Universitäten weiter ausbauen, hat jedoch Schwierigkeiten ein konkretes, stimmiges und realistisches Programm anzubieten. Der MIR wird seine innerpartei-

hen Konflikte zu bewältigen haben; der im November stattfindende Kongress wird sicherlich Veränderungen bringen, die Frage ist nur, ob sie mehr inhaltlicher als kosmetischer Art sein werden. Der PCB hat augenscheinlich Mühe, seine Parteitaktik durch die gleichzeitige Präsenz in COB und Regierung nicht in zu starke Widersprüche kommen zu lassen. Die Bauernparteien (MITKA, MRTK) sind zum großen Teil in den syndikalen bäuerlichen Strukturen integriert und bieten politisch nichts Neues.

Die COB und der nationale Dachverband der Bauerngewerkschaften CSUTCB hingegen konnten sich konsolidieren und integrieren zunehmend politische, vormals in Parteistrukturen eingebundene Personen. So haben in der COB die sogenannten "Unabhängigen" an Gewicht und Artikulation gewonnen. Trotz Versuchen die CSUTCB zu spalten ist diese nachwievor die beherrschende Organisation der Bauernbewegung. In der gegenwärtigen repressionsfreien Phase stabilisieren sich sich zunehmend die gewerkschaftlichen Strukturen von der Basis her, also in den kommunalen, provinziellen und departamentalen Ebene. Die Regierung steht der CSUTCB sehr kritisch gegenüber. Auch die Bauern forderten das Co-Gobierno und eine aktive Beteiligung bei der Lösung ihrer spezifischen Probleme. Obwohl die derzeitige Regierung nicht zuletzt durch die Stimmen der Bauern gewählt wurde mußte sie dazu gezwungen werden, ein von der CSUTCB vorgelegtes 12-Punkte-Programm anzunehmen. Die bisher sehr mangelhafte Durchführung von Notstandsprogrammen wird von den Bauern kritisiert. In Zukunft wird die CSUTCB daran teilnehmen, um so eine entsprechende Kontrolle zu gewährleisten. Für die direkte Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion wurde die Corporación Agropecuaria Campesina CORACA von der CSUTCB gegründet. So sollen Aufgaben die eigentlich vom Staat wahrgenommen werden müßten, von den Bauern in Eigenverantwortung selbst organisiert. CORACA wird seine Funktion neben der Vermarktung bei der Kolonisation und einer zukünftig verstärkt zu betreibenden kollektiven Agrarproduktion sowie bei der Modernisierung der Anbaumethoden wahrnehmen. Der Direktor der CORACA ist im Exekutivkomitee der CSUTCB, wodurch eine enge Koordination der Arbeit vorgegeben ist. Die durch die politisch-ökonomische Struktur des Landes bedingte marginale Situation für breite Bevölkerungsschichten wurde 1983 durch Naturkatastrophen noch verschärft.

Im Tiefland um Santa Cruz gab es starke Überschwemmungen, während das Hochland mit den Departamentos Potosí, Oruro und La Paz von einer extremen Trockenheit betroffen ist. Vom Landwirtschaftsministerium, dem Verteidigungsministerium, der Vize-Präsidentschaft und der kirchlichen UNITAS wurden Notstandspläne erarbeitet und durchgeführt. Die offiziellen Notstandsprogramme außer der von UNITAS können als gescheitert angesehen werden. Fehlplanungen und parteipolitische Machenschaften verhinderten eine zielgerichtete Arbeit.

Neben den Bemühungen der COB, globale Interessen der Arbeiter zu vertreten, werden von verschiedenen gewerkschaftlichen Ebenen und Gruppen Streiks und Arbeitsniederlegungen durchgeführt, vor allem um Lohnforderungen durchzusetzen. Diese Aktivitäten bergen die Gefahren des unkoordinierten Vorgehens und könnten dazu führen, die Instrumente der Volksorganisation (Streik) abzunutzen, sowie die Gewerkschaftsbewegung zu entpolitisieren. Mit Beunruhigung wird die wiederwachsende Tätigkeit rechter Gruppen beobachtet. So gibt es wieder Bombenanschläge und Attentate, offensichtlich um das bekannte Klima von Terror und Unsicherheit zu verbreiten. Die Ermordung eines Armeehauptmannes im Chapare zusammen mit Berichten über die Anwesenheit von Guerilleros in einigen Zonen des Landes wird zum Anlaß genommen, den Ruf nach den Militärs schon im Vorhinein zu rechtfertigen. Von Putschgefahr und möglichen Putschisten wird wieder gesprochen. Gleichzeitig manifestiert sich jedoch ein breiter Widerstandswille. Man glaubt jedoch derzeit eher an einen "institutionellen Putsch" im Parlament, als an einen harten militärischen Putsch.

BRASILIEN

Lohnraub per Gesetz

Brasilia, Mittwoch, den 9. 11. 1983, 4.30 Uhr morgens. Soeben hat der brasilianische Kongreß ein Gesetzesdekret angenommen, das allen Brasilianern für die nächsten zwei Jahre die Reallöhne beschneiden wird. Der Widerstand der Oppositionsparteien - mit Ausnahme der PTB - konnte nicht verhindern, daß das Dekret 2065 als Bestandteil der vom Internationalen Währungsfond auferlegten Verpflichtungen in der Lohnpolitik in Kraft trat. Zur gleichen Zeit steigen die Arbeitslosenzahlen, wird das Bruttoinlandsprodukt aller Voraussicht nach dieses Jahr um -5% sinken, und die Inflation treibt auf die 200% - Marke zu.

Die brasilianische Regierung hatte sich, um den drohenden Bankrott und die totale Zahlungsunfähigkeit des Landes abzuwenden, gegenüber der internationalen Bankenwelt in ihrer bereits dritten "Absichtserklärung" innerhalb eines Jahres verpflichtet, neben einer merklichen Reduzierung der Staatsausgaben zum Abbau der öffentlichen Verschuldung und einer gewaltigen Anstrengung zur Erhöhung der Exporte auch in der Lohnpolitik drastische Maßnahmen, sprich Lohnraub über die gesetzmäßig abgesegnete Reduzierung der Reallöhne, vorzunehmen. Wichtigster Orientierungspunkt für die Festsetzung der Lohnerhöhungen ist der Verbraucherpreisindex, um dessen Berechnung es schon im Juni und Juli dieses Jahres erbitterten Streit gegeben hatte. Planungsminister Delfim Netto, in dessen Händen sämtliche Entscheidungen in der brasilianischen Wirtschaftspolitik zusammenlaufen, hatte beschlossen, bestimmte Produkte wie z.B. das Benzin aus dem Warenkorb herauszunehmen und so den Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Zuwachs der allgemeinen Inflationsrate herabzudrücken. Mit diesem Kunstgriff hatte er erreicht, daß die tatsächliche Inflationsrate für die Lohnerhöhungen keine Rolle spielte und selbst ein 100prozentiger Anstieg der Löhne nach einem derart "bereinigten" Index bereits eine reale Reduzierung des Lohnes und der Gehälter bedeutete.

Das verabschiedete Gesetzesdekret Nr. 2065 sieht nun vor, daß Löhne und Gehälter im Schnitt nur um 87% des Index steigen sollen und zwar nach Mindestlöhnen gestaffelt: Wer bis zu 3 Mindestlöhnen verdient, soll eine Erhöhung von 100% des Index erhalten. Aufgrund der "Bereinigung" haben diese 67,2% aller Lohnabhängigen dennoch auf das Jahr umgerechnet einen realen Einkommensrückgang von 11,8% zu erwarten. Schlechter sieht es bei den höheren Einkommensklassen aus. Die mit 16,2% an der Lohnsumme beteiligten Bezieher von 3 bis 5 Mindestlöhnen (etwa Facharbeiter) werden 92% bis 95% des Index erhalten, was einem Verlust von Realeinkommen von bis zu 17,4% entspricht. Das eigentliche "Opfer" werden allerdings die Mittelklassen sein, jene einst vom "Wirtschaftswunder" begünstigten Gruppen, deren ökonomische Exekution nun bevorsteht. Die reichsten der Reichen werden vergleichsweise weniger zu leiden haben, denn ab 20 Mindestlöhnen können die Erhöhungen frei mit den Arbeitgebern ausgehandelt werden.

Die Auswirkungen des Gesetzes-Dekrets 2065:

Anzahl der Mindestlöhne	Lohnerhöhung in % des Verbraucherpreisindex	Anteil an der Gesamtheit der Lohnabhängigen in %	voraussichtlicher realer Lohnverlust in %
bis 3	100	67,2	11,8
4 - 5	92-95	16,2	bis 17,4
6 - 10	77-90	10,8	bis 25,2
11 - 20	58-75	4,22	bis 33,3
mehr	freie Verhandl.	1,47	-

Fünf Lohngesetze in zehn Monaten

Der eigentliche Skandal dieser Rangelerei um die Löhne liegt nicht so sehr in den verwirrenden Zahlenspielen der zurückliegenden Monate, sondern in der Tatsache, daß von offizieller Seite niemals zur Diskussion gestellt wurde, ob den Brasilianern in der gegenwärtigen Situation überhaupt Reallohnseinbußen zugemutet werden können. Man stritt nur noch um die "angemessene Höhe" dieser Einbußen. In den letzten 10 Monaten legte die Exekutive nicht weniger als 5 Gesetzesdekrete vor, von denen erst das letzte, Nr. 2065, im Parlament durchgesetzt werden konnte. Dabei ist zu beachten, daß diese Gesetzesdekrete mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten, also bereits vor ihrer parlamentarischen Beratung. Unter diesen Umständen blieb den Oppositionsparteien also nichts weiter übrig, als auf eine möglichst schnelle Behandlung im Kongreß zu drängen und die Vorlagen mit ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu Fall zu bringen. Dies gelang auch bei zwei Vorläufern des Dekrets Nr. 2065, die teilweise noch viel schärfere Bestimmungen enthielten. Als geradezu historisch wurde von der Opposition die Abstimmung über das Dekret 2024 angesehen, das Lohnerhöhungen von 100% des Verbraucherpreisindex für Bezieher von Einkommen von bis zu 7 Mindestlöhnen vorsah, während diejenigen mit bis zu 15 Mindestlöhnen sich mit 80% und die darüber mit nur 50% des Index zufrieden sein sollten. Alle Versuche der Regierungspartei PDS, die Abstimmung zu verzögern bzw. ganz zu verhindern (in diesem Fall wäre das Dekret aufgrund einer brasilianischen Spezialität im Gesetzgebungsverfahren automatisch, d.h. ohne Abstimmung, in Kraft getreten), schlugen fehl, so daß die vier Oppositionsparteien PMDB, PDT, PTB und PT zusammen mit einigen Dissidenten der PDS die Vorlage kippen konnten.

Die Nachfolgerin des 2024, das berüchtigte Dekret 2045, war in seiner Brutalität kaum zu überbieten. Nach ihm sollten alle Löhne und Gehälter unabhängig von ihrer Höhe nur noch um 80% des Verbraucherpreisindex angehoben werden. Hiergegen liefen nicht nur die parlamentarischen Vertreter der Opposition Sturm, im ganzen Land und allen Bereichen der brasilianischen Gesellschaft erhoben sich Protestschreie. Die Gewerkschaften bereiteten einen Generalstreik für den Tag der Abstimmung vor, überall gab es spontane Demonstrationen des Unmuts, sogar einige Unternehmer begannen, am Sinn des Dekrets zu zweifeln. Immer stärker geriet neben der brasilianischen Regierung auch diejenige Institution in den Mittelpunkt des Protests, welche durch ihre Auflagen die restriktive Lohnpolitik zumindest mitzuverantworten hatte. Das Gefühl, vom IWF erpreßt zu werden, ergriff selbst eine immer größer werdende Anzahl von Abgeordneten, Senatoren und Ländergouverneuren der regierenden PDS, so daß die Exekutive gezwungen war, das Projekt 2045 aufzugeben, wollte sie nicht den offenen Bruch ihrer parlamentarischen Vertretung heraufbeschwören. Dies geschah allerdings nicht ohne Paukenschlag: Zwei Stunden vor der geplanten Abstimmung am 19. Oktober verhängte Präsident Figueiredo für die Hauptstadt Brasilia den Ausnahmezustand. Sämtliche Demonstrationen und Versammlungen politischen Charakters wurden verboten, Zuwiderhandlungen als Vergehen gegen die "nationale Sicherheit" deklariert. Dies traf in erster Linie die zahlreichen Gewerkschaftsdelegationen und sonstigen Abordnungen, die aus dem gesamten Land angereist waren. Sie wurden vom

Parlament ferngehalten, damit dieses in erzwungener "Ruhe" die Vorlage debattieren konnte. Wie erwartet wurde das Dekret Nr. 2045 mit der Mehrheit der Stimmen der Oppositionsparteien und der PDS-Dissidenten abgelehnt. Doch die Freude konnte nicht lange andauern, denn Stunden nach der Abstimmung zog Präsident Figueiredo das bereits vorher fertiggestellte Dekret Nr. 2064 aus der Schublade, das nun nach einigen Veränderungen als Dekret Nr. 2065 den Kongreß passierte.

Um diese Annahme zu sichern, waren der entscheidenden Parlamentssitzung turbulente Diskussionen, Erpressungen und politische Schweinereien vorangegangen. So beschloß die PDS für die Abstimmung Fraktionszwang und bedrohte potentielle Dissidenten mit Parteiausschluß. Zum zweiten kauften die Regierungsparlamentarier wie schon einmal im Frühjahr die Abgeordneten der "Oppositions"partei PTB von Ivete Vargas für ein paar untergeordnete politische Positionen. Nur auf diese Weise konnte sich die Regierung die Mehrheit sichern und das Dekret durchboxen. Die übrigen Oppositionsparteien versuchten vergeblich, die Abstimmung zu verhindern, und zogen aus dem Parlament aus, als klar wurde, daß auf dieser Ebene nichts mehr zu machen war.

Erste Reaktionen: 55 000 Metallarbeiter im Streik

Mit dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Dekrets Nr. 2065 traten am 10. November Zehntausende von Metallarbeitern in den Industrievororten von Sao Paulo in den Streik. Der Beschluß war in einer Versammlung von Gewerkschaftern im Gewerkschaftshaus von Sao Bernardo und Diadema gefaßt worden, welches von den Arbeitern erst hatte besetzt werden müssen, weil die von der Regierung eingesetzte Gewerkschaftsführung - die gewählten Gewerkschaftsvertreter waren vom Arbeitsministerium abgesetzt worden - die Türen verriegelt hatte.

Weitere Versammlungen fanden vor den Werkstoren von Volkswagen do Brasil und Mercedes Benz statt. Nach Angaben des abgesetzten Gewerkschaftsführers und Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Jair Meneghelli, beteiligten sich bis zum Samstag, den 12. November, ca. 55000 Metallarbeiter an dem Ausstand. Ihre grundlegende Forderung ist die nach einem vollen Lohnausgleich für die Preissteigerungen. Zur Unterstützung wurden über den Internationalen Metallarbeiterbund die IG Metall und weitere Mitgliedsgewerkschaften mobilisiert, um den Forderungen der brasilianischen Metaller Nachdruck zu verleihen.



Nach der Abstimmung über das Dekret Nr. 2024 feiern die Oppositions-parlamentarier den vorläufigen Sieg über die Regierungspolitik

CHILE

Wir bleiben hier!

Landbesetzungen in Chile 1983

Die "Tomas", die Landbesetzungen, haben in der Geschichte der armen städtischen Bevölkerung immer eine sehr wichtige Rolle gespielt. 80% der Armenviertel von Santiago sind aus solchen Tomas hervorgegangen. Die Besetzungen waren immer illegal und oft wurden die Besetzer blutig vertrieben. Konnten sie sich durchsetzen, wurden meist langfristige Kaufverträge ausgehandelt, die die Tomas nachträglich legalisierten. Seit 1973 hat es keine Landnahmen mehr gegeben, erst in den letzten 3 Jahren vereinzelte Versuche, die meist scheiterten. Am 22. September 1983 fanden erstmals wieder grosse Landbesetzungen statt, die allem Anschein nach erfolgreich verlaufen.

Die dramatische Wohnungsnot in Santiago ist leicht verständlich, wenn man die Zahlen der jährlich neugebauten Wohnungen pro 1000 Einwohner betrachtet: Unter dem Christdemokraten Frei waren es 4,3, unter Allende 5,3 und unter Pinochet 2,8, wobei die Krisenjahre 82 und 83 nicht mitgerechnet sind. Allein für Santiago wird das Wohnungsdefizit mit 350.000 angegeben, d.h. 1/2 Millionen Menschen sind ohne eigene Wohnung. In den Armenvierteln reicht die Arbeitslosigkeit bis 60%, niemand hat Geld, sich ein Haus zu kaufen, und damit versagt der Markt. 58% der Bauarbeiter sind arbeitslos. Die Zahl der Wohnungslosen steigt wie das Wasser in einem gestauten Fluss. Und doch gibt es leerstehenden Wohnraum: Luxuswohnungen. Eine Toma ist kein Protestakt, sondern eine bittere Notwendigkeit für die Betroffenen. Der folgende Artikel ist zusammengestellt aus 2 Korrespondentenberichten.

Am 22. September 1983 haben ca. 1900 Familien ein brachliegendes Gelände in einem Aussenbezirk von Santiago besetzt. Nachdem sie einige Stunden später von der Polizei vertrieben wurden, flüchteten sie auf ein anderes Gelände. Jedoch wurde noch am gleichen Tag auch der erste Grund von anderen Familien erneut besetzt. Die Massivität beider Besetzungen verhinderte bisher, dass geräumt wurde. Die Kirche hat sich als Vermittlerin eingeschaltet, bisher wurde aber noch keine Lösung gefunden. Der Oberbürgermeister von Santiago will die Leute in andere Regionen des Landes abschieben, während die Besetzer aufs äusserste entschlossen sind, ihre Stellung zu halten.

Besuch im Lager

In dem Lager "Mosegnore Fresno" ist die Zahl der Besetzer auf 7000 Familien angewachsen, 20000 Menschen! Von Ferne sieht es wie ein Campingplatz aus. Beim Näherkommen erkennt man Zelte aus Plastikfolie und Decken, verstärkt durch Holz und Wellblech. Hunderte chilenischer Flaggen wehen von den Giebeln. Am Lagereingang stehen mehrere Männer und Frauen Wache, ausgerüstet mit Knütteln. Nachdem man die Eingangskontrolle hinter sich hat, gelangt man über die "Hauptstrasse" zum "Zentrum". Dabei passiert man Seitenwege, die sehr bezeichnende Namen tragen wie "Verliert nicht die Hoffnung" oder "Illusion einer Wohnung". Es ist ruhig, obwohl jeder die sehr angespannte Atmosphäre spürt. Niemand weiss, was in den nächsten Stunden passieren kann. Die Menschen liegen unter ihren behelfsmässigen Folienkonstruktionen, warten, lesen oder gehen auf und ab. Oft reicht ein Blick

aus um zu verstehen, was in diesen Leuten vorgehen muss, welcher Gewalt sie ausgesetzt sind. Auf meine Frage, ob sie Angst haben, antwortet mir eine junge Frau: "Welche Angst, die zu verhungern oder die vor den Pacos (Bullen) und der CNI?" Die einzige Wasserstelle ist ein Hydrant, der angezapft wurde und etwas ausserhalb des Lagers liegt. Heute an diesem heissen Tag laufen die Wasserträger wie auf einer Ameisenstrasse hin- und her, und der Hydrant ist ständig von einer grossen Gruppe umringt.

Die Regenfälle und ständigen Räumungsdrohungen lassen die Leute in einer angespannten Situation leben. Daher ist eine funktionierende Lagerorganisation unerlässlich. Der Lagerrat tagt regelmäßig. Das Lager wird nach innen und außen ständig bewacht. Unter anderem ist es verboten, im Lager Alkohol zu trinken, um die Situation nicht anzuheizen.

Die zwei besetzten Gebiete, "M. Fresno" und "Silvio Henriquez" sind annähernd gleich strukturiert. Beide Grundstücke sind aufgeteilt in 18 Sektoren, die kreisförmig um das Zentrum liegen. In jedem Sektor wurde ein Vertreter gewählt, der an den allgemeinen Versammlungen teilnimmt. Daneben gibt es ein übersektorales Kommando, das übergreifende Aufgaben übernimmt. Alle Vertreter der einzelnen Sektoren und das Kommando halten tägliche Versammlungen ab, auf denen alle gemeinsamen Aufgaben koordiniert werden.

Gemeinsam organisiert wurde bislang folgendes: Ambulante Krankenversorgung durch ein sog. "Policlínico", welches hauptsächlich durch Medizinstudenten getragen wird; Kindergärten; Zentralstelle für die Verteilung der Lebensmittel an die Gemeinschaftsküchen; eine Zentralstelle für die Verteilung von Baumaterial (wenn vorhanden); ein Verwaltungszelt und die Schutzgruppen, die für die Ruhe im Lager und die Organisation der Verteidigung im Falle einer gewaltsamen Räumung zuständig sind.

Der Oberbürgermeister von Santiago hat eine Verbesserung der Wohnungssituation für 1984/85 versprochen, allerdings nur, wenn es bis dahin gelungen ist, die Wirtschaft zu reaktivieren. Im Klartext heisst dies, daß die Regierung keine Lösung weiß. Zudem darf es für die Regierung keine Lösung geben, die im Sinne der Pobladores liegt. Denn sollten diese beiden Tomas erfolgreich bleiben, werden weitere folgen.



Das Lager mit einem Steinhaufer- für die Verteidigung!

Gespräch mit einem Verantwortlichen des Lagers "Monsenor Fresno"

Wie habt ihr euch für die Landbesetzung organisiert?

Vor ca. 7 Jahren entstand eine Vereinigung von Elendsviertelbewohner (Pobladores) mit dem Ziel, gemeinsam die bürokratischen Hürden zu nehmen, die notwendig sind, um ein Dach über dem Kopf zu erhalten. Als den Leuten jedoch klar wurde, daß sie vergeblich an die Türen der Ministerien und zuständigen Institutionen geklopft hatten, fingen sie an, sich in Komitees zusammenzuschließen, um Landbesetzungen zu organisieren. Solche Komitees existieren heute fast in allen Vierteln.

Gibt es eine Koordination zwischen diesen verschiedenen Komitees?

Ab 1978 entstanden verschiedene Formen der Koordination, sowohl auf nationaler Ebene als auch vor allem in Santiago metropolitana. Alleine in Santiago gibt es verschiedene Koordinationsgruppen. An dieser Landbesetzung war in erster Linie die Coordinadora Metropolitana de Pobladores beteiligt, daneben aber auch die COAPO (Coordinadora de Agrupaciones poblacionales) und andere Gruppen von der Kirche oder von Stadtteilen. All diese Gruppen und Organisationen treffen sich und besprechen die Situation. Dann werden Verantwortliche gewählt und die eigentliche Koordination in Angriff genommen. Diese funktioniert aber leider aus meist ideologischen Streitigkeiten nicht besonders gut. Man muß jedoch sagen, daß die jetzige Landbesetzung dazu beigetragen hat, die Einigkeit zu stärken. So haben alle diese verschiedenen Organisationen und Koordinationsgruppen uns ihre Hilfe angeboten und sind hier im Lager vertreten.

Auf einer dieser Versammlungen habt ihr euch dann über den Ort und den Zeitpunkt der Landbesetzung geeinigt?

Unsere Arbeit findet auf verschiedenen Ebenen statt. Auf der einen Seite gibt es die offiziellen, der Intendatur bekannten Vorsitzenden der Organisation. Auf der anderen Seite die Leute, die die Landbesetzung organisieren und durchführen. Diese müssen natürlich im Verborgenen arbeiten. Nicht einmal wir, die öffentlich bekannten Vorsitzenden kennen die Untergrundsführer, da die Repression groß ist.

Ich habe gehört, daß die Repression unmittelbar nach der Landbesetzung sehr brutal war?

Die Repression in Chile heute existiert natürlich nicht nur bei Landbesetzungen. Und so war sie an diesem Tag so wie sonst auch. Der Unterschied lag darin, daß die Besetzer sich dieses Mal nicht mehr einschüchtern liessen, einfach die Angst verloren, gemeinsam handelten und kämpften. Die Passivität, die nach dem Putsch herrschte, ist heute vorbei. Die Leute haben sich zuerst organisiert, dann sind sie auf die Straße gegangen, haben Demos und Kundgebungen mit 100, später 500, 1000 Leuten gemacht. Am 24. Dez. haben wir im Zentrum von Santiago einen Hungermarsch gemacht und sind prompt heftig von der Polizei unterdrückt worden. Das war das Ende der Passivität der Elendsviertelbewohner und Arbeiter gegenüber der Situation, der Angst gegenüber der Regierung.

Danach nahm die Organisierung der Leute zu, wurden neue Wege des Protestes gesucht, zum Beispiel die Begehung des 1. Mai dieses Jahres. Der Widerstand formierte sich. Heute lassen wir uns nicht mehr einfach schlagen, sondern schlagen zurück. Mit Steinen, mit Prügeln, mit der bloßen Faust, mit dem wenigen, was wir zur Verfügung haben. Es herrscht einfach ein neuer Geist innerhalb der Bevölkerung. Bei der jetzigen Landbesetzung haben wir 3 Stunden lang tapfer Widerstand gegenüber der Polizei geleistet. Wir haben uns auf der einen Seite zurückgezogen und haben dann das Gelände erneut besetzt. Wir wissen, daß wir das nur durch die Einheit der Besetzer und ihre Entschlossenheit, sich ihr Recht auf ein Dach zu erkämpfen, erreicht haben.

Wie ist das Lager organisiert?

Das Lager ist in Gemeinden, Viertel und Bloecke aufgeteilt. Jeder Block hat mehrere Verantwortliche. Es gibt 12 Arbeitskommissionen, eine zentrale Leitung und Delegierte aus den Gemeinden, Vierteln und Blöcken.

Gibt es auch Vollversammlungen der gesamten Bevölkerung?

Das war uns bisher noch nicht möglich. Wir haben jedoch vor, auf Gemeinde-, Viertel-, und Blockebene solche Versammlungen durchzuführen. Soweit der organisatorische Aspekt. Über inhaltliche Sachen kann ich aus Sicherheitsgründen nicht mehr sagen. Darüber weiß nicht einmal ich (er lacht) genau Bescheid, obwohl ich zu den Hauptverantwortlichen hier gehöre.

Was für eine Situation erwartet ihr für den nächsten Protesttag? Habt ihr ein Verteidigungskonzept?

Hinsichtlich dieses Punktes haben wir noch keine eindeutige Linie festgelegt. Natürlich werden wir für diesen Tag unsere Sicherheitsmaßnahmen im Lager treffen. Natürlich wird es auch Protest geben, aber hier protestieren wir ja eigentlich jeden Tag. Womöglich werden wir sogar auf die Straße gehen, um Arbeit, Brot und ein Dach über dem Kopf zu fordern.

Welchen Repressionen seid ihr als Vorsitzende und Verantwortliche ausgesetzt?

Die Wohnungen vieler wurden durchsucht, etliche wurden relegiert (Verbannung innerhalb des Landes Anm.d.O.). Ich bin Vorsitzender seit 1978. Viele von uns sind den Behörden namentlich bekannt, weil wir offiziell anerkannt werden wollten. Es gab nun Verantwortliche, die an dieser Grundbesetzung nicht direkt mitgemacht haben, sondern auf verschiedene Art und Weise sie von außen unterstützt haben, indem sie zum Beispiel Lebensmittel und Kleidung für die Besetzer in ihren Vierteln gesammelt haben. Und da sie sich außerhalb des Lagers bewegten, war es einfach, sie festzunehmen. Meine Wohnung wurde auch drei Mal durchsucht, obwohl die Polizei ganz genau weiß, daß ich mich hier im Lager aufhalte. Anderen Verantwortlichen ist es genauso gegangen. Diese Aktionen haben einfach den Zweck, unsere Familien einzuschüchtern und zu bedrohen.

Welches sind die größten Probleme im Lager?

Am Schlimmsten macht sich das Fehlen von Lebensmitteln bemerkbar, obwohl die Hilfe, die uns erreicht, beträchtlich ist. Aber die Mehrheit der Leute sind arbeitslos. Denn diejenigen,

die arbeiten, sind im PEM oder POJH beschäftigt, was nichts anderes als verkleidete Arbeitslosigkeit ist. Was wir also am dringendsten brauchen, sind Nahrungsmittel, Kleidung und Medikamente. Dann hatten wir kürzlich so starke Regenfälle, daß der Schlamm hier im Lager bis zu den Knöcheln reichte. Trotzdem haben die Besetzer durchgehalten, was deutlich ihre Entschlossenheit zeigt. Außerdem haben wir Probleme mit Spitzeln, die von der CNI hier ins Lager eingeschleust wurden. Die führen einen regelrechten psychologischen Krieg gegen uns. Sie verbreiten Panik mit anstehenden Räumungen, behaupten, daß Besetzer festgenommen werden oder ihre Arbeit verlieren. Auf all das kennen wir nur eine Antwort: Wir bleiben hier solange, bis die Regierung auf unsere Bedingungen eingegangen ist. Unsere Forderungen sind: Wir wollen eine Lösung für unsere Wohnprobleme, und zwar vorzugsweise im Raum Santiago. Der Intendant bietet uns jedoch Unterbringung in verschiedenen Provinzen an, verspricht Häuser und Arbeit. Aber ich kenne all die Orte im Norden, dort liegt die Arbeitslosigkeit noch höher als in Santiago, es gibt nicht einmal genügend Wasser, geschweige denn Arbeit oder Wohnmöglichkeiten. Selbst die Häuser der Bergarbeiter dort, die einen relativ guten Lohn bekommen, sind aus Wellblech. Also ist das, was die uns anbieten, überhaupt keine Lösung. Wir haben hier eine Wandzeitung im Lager, darin steht, daß die Leute, die unter solchen falschen Versprechungen in den Norden gelockt wurden, bereits verzweifelt darum bitten, wieder nach Santiago zurückgebracht zu werden. Was die Regierung mit all dem eigentlich bezweckte, ist die Relegation ganzer Bevölkerungsteile, weil es ihnen jetzt nicht mehr genügt, nur die Anführer loszuwerden.



"Für die Zukunft unserer Kinder kämpfen wir bis zum Sieg!"

Autoindustrie: Die Krise und ihre Opfer

Seit Beginn der Wirtschaftskrise Mexikos steckt auch die von transnationalen Konzernen beherrschte Autoindustrie in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Einzelne Unternehmen haben bis zu 40 % ihrer Arbeiter entlassen. Wichtigste Puffergruppe bildeten die Arbeiter mit Zeitverträgen. Die betriebszentrierten Gewerkschaften sind wegen ihrer strukturellen Zersplitterung nicht in der Lage, ihre Politik auf die veränderte wirtschaftliche Situation einzustellen oder gar miteinander abzustimmen.

Am frühen Abend, wenn die Gewerkschaftssekretäre aus dem Betrieb zurückgekommen sind, herrscht im Haus der mexikanischen VW-Gewerkschaft in Puebla ein reges Kommen und Gehen. Junge Männer reichen sich die Türklinke und fragen, oft mit persönlichen Empfehlungen ausgestattet, nach Arbeit bei VW. Die Gewerkschaft hat nämlich, tarifvertraglich verbrieft wie in anderen mexikanischen Betrieben auch, das Recht, Arbeiter zur Einstellung vorzuschlagen. Der Betrieb kann zwar Bewerber zurückweisen, die von der Gewerkschaft empfohlen werden, muß aber - getreu dem Prinzip des closed shop - auf den Kreis der Vorgeschlagenen zurückgreifen. Natürlich nur, wenn Arbeitsplätze zu besetzen sind. Die Gewerkschaft dient somit auch der Arbeitsvermittlung.

Seit gut einem Jahr haben neue Bewerber keine Chancen, auch wenn sie noch so gute familiäre oder freundschaftliche Beziehungen zu Funktionären der Betriebsgewerkschaft haben. Gegenwärtig werden allenfalls in beschränktem Umfang entlassene Arbeiter wieder eingestellt; die Gewerkschaft hat mit der Unternehmensleitung vereinbart, daß die Rechte auf Wiedereinstellung sich nach der früheren Beschäftigungsdauer richten. Insgesamt gut ein Viertel der Arbeiter sind in den letzten eineinhalb Jahren vom Unternehmen auf die Straße gesetzt worden.

Das Ende des langen Booms

Wie bei Volkswagen, so auch in den übrigen Unternehmen der Branche: die Automobilindustrie Mexikos steckt, nach einigen Jahrzehnten raschen Wachstums, heute in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Das jährliche Wachstum der Produktion lag in den 60er Jahren bei durchschnittlich 13 % und erreichte in den 70er Jahren trotz des ersten größeren Einbruchs von 1976/77 immerhin noch einen Durchschnitt von gut 12 %. Im Boomjahr 1981 wurden in den Betrieben der sieben wichtigen Unternehmen, ganz überwiegend transnationale Töchtergesellschaften, fast 600.000 Fahrzeuge hergestellt, gut ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Und auch die Gewinne der Unternehmen waren in den letzten Jahren enorm in die Höhe geschossen. Staatliche Importbarrieren schirmten die in Mexiko angesiedelten Filialen der transnationalen Konzerne - vor allem VW, Ford, General

Motors, Chrysler und Nissan - vor unliebsamer Konkurrenz ab und erlaubten eine Aufteilung des Marktes in verschiedene Segmente, in denen eine nur eingeschränkte Konkurrenz herrscht. Die Unternehmen konnten unter dem Schirm der Protektionspolitik an vergleichsweise unrationellen Produktionsmethoden festhalten und die Preise auf ein Niveau heben, das weit über dem der industrialisierten Länder lag. Sogar der Käfer, in Mexiko produziert und in die Bundesrepublik exportiert, war hierzulande bis zur Abwertung stets einige tausend Mark billiger zu haben als im Herstellungsland Mexiko. In den Jahren nach 1977, als der Petroleumboom die interne Nachfrage geradezu explodieren ließ, konnte die Automobilindustrie kaum genug produzieren. Dies hatte gesamtwirtschaftlich hohe Kosten. Zwar hat die Industrie inzwischen, um den Auflagen der staatlichen Industriepolitik nachzukommen, einen hohen Grad der nationalen Integration erreicht: In der PKW-Herstellung liegt der Anteil inländischer Fertigung bei rund 60 % des Werts und bei der LKW- und Busproduktion um 80 %.¹⁾ Aber nach wie vor, und vor allem in der Zeit des Nachfragebooms, war die Industrie auf direkte oder indirekte, über Zulieferindustrien abgewinkelte Importe angewiesen. Demgegenüber hinkten die Exporte weit hinterher: Während sich die Importe zwischen 1977 und 1981 vervierfacht haben (von 0,6 auf 2,5 Milliarden Dollar), sind die Exporte nur um etwa 50 % (von 0,25 auf 0,37 Milliarden Dollar) gestiegen. In den letzten beiden Jahren vor der

Wichtigste Konföderationen von Gewerkschaften in Mexiko sind traditionell:

CTM	Confederación de Trabajadores de Mexico (geschätzte Mitgliedschaft 1969 1,4 Mio)
CROC	Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos de la Republica Mexicana (1969 ca. 400.000 Mitglieder)
FSTSE	Federación de Sindicatos de Trabajadores al Servicio del Estado (ca. 350.000)
COR	Confederación Obrera Revolucionaria (ca. 150.000)
CROM	Confederación Regional Obrera Mexicana (ca. 50.000)
CGT	Confederación General de Trabajadores (ca. 20.000)
(vgl. Rott, S. 255 ff.)	

Diese Konföderationen, die sehr verschiedene, meist auf betrieblicher Basis organisierte Gewerkschaften zusammenschließen, gehören zusammen mit einigen nationalen Gewerkschaften, wie etwa der Pemex-Gewerkschaft, aber auch der linken Gewerkschaft der Nuklearindustrie, zum Congreso de Trabajo, einer Art obersten Dachverbands mit engen Verbindungen zur Staatspartei PRI.

In den 70er Jahren hat ein militanter Rechtsanwalt, Ortega Arenas, eine Konföderation unabhängiger Gewerkschaften, die Union Obrera Independiente (UOI) aufgebaut, die gerade im modernen Wachstumssektor einige Betriebs- und Unternehmensgewerkschaften gewinnen konnte und sich scharf gegenüber der PRI und dem PRI-nahen Congreso de Trabajo abgrenzt. Die UOI dürfte aber nie über 100.000 Mitglieder gehabt haben und ist gegenwärtig starken Korrosionsprozessen ausgesetzt.

Krise hat die Automobilindustrie rund die Hälfte des enorm wachsenden Außenhandelsdefizits verursacht. Da die Importe größtenteils von anderen Betrieben der Muttergesellschaften kommen, dürfte hier auch eine enorme Wertübertragung durch überteuerte Importe geflossen sein.

Die Wirtschaftskrise, die 1982 ihren ersten Ausdruck in den enormen Abwertungen fand, hat die Automobilindustrie ganz besonders hart getroffen. Importe von Rohstoffen und Zulieferteilen wurden durch die verschiedenen Abwertungen - der Peso wurde insgesamt um etwa das Sechsfache gegenüber dem Dollar abgewertet - drastisch verteuert und die Kostensteigerungen auf die Preise abgewälzt: Autos waren für den Käufer im Mai 1983 im Durchschnitt rund viermal so teuer wie im Jahre 1981. Da die Preise von Kraftfahrzeugen weit stärker angehoben wurden als die der übrigen Waren, andererseits die Löhne hoffnungslos hinter den Preisen hinterherhinken, ist die Kaufkraft der Beschäftigten der Bevölkerung drastisch zurückgegangen. Ein durchschnittlich verdienender Arbeiter von VW - und er gehört immerhin einer der im Vergleich zu anderen Branchen hochentlohnenden Gruppen an - mußte 1981 rund 49 Wochen arbeiten, um einen Käfer (und sonst allerdings nichts) zu kaufen; in der ersten Jahreshälfte 1983 hätte er aber bereits den Verdienst von 70 Wochen aufwenden müssen. Der Markt für Automobile ist im letzten Jahr fast zusammengebrochen: Die Verkäufe der Industrie schrumpften im ersten Halbjahr 1983 auf etwa die Hälfte des Vorjahrs.

Arbeitsplatzabbau seit 1981

Die Automobilkonzerne haben entsprechend die Produktion gedrosselt und große Teile ihrer Belegschaften in die Arbeitslosigkeit entlassen - in eine Situation, in der die Arbeiter auf die Unterstützung der Großfamilie angewiesen sind, da es keine Arbeitslosenversicherung gibt und auch die wenigen und schlecht bezahlten Gelegenheitsjobs bei allgemeiner Unterbeschäftigung knapp sind. Die Zahl der Beschäftigten in einigen Konzernen veränderte sich zwischen Ende 1981 und Mitte 1983 wie folgt:

Beschäftigung in einigen Automobilkonzernen Mexikos

	Dezember 1981		Juni 1983	
	Arbeiter	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
Volkswagen	11 799	3 199	8 540	2 900
Ford	6 949	1 982	3 870	1 630
General Motors	6 292	2 303	5 810	1 390
Nissan	2 619	1 507	2 482	1 528
Chrysler	ca. 9.000		ca. 5.000	

(Quelle: AMIA)

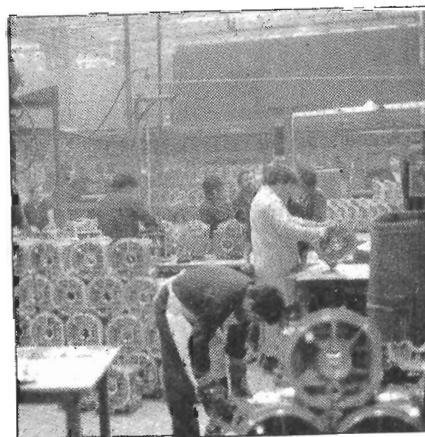
Insbesondere Ford und Volkswagen beschäftigen nun zwischen 30 und 40 % weniger Arbeiter als vor der Krise. Bei den übrigen Unternehmen scheint der Arbeitsplatzabbau nur auf den ersten Blick geringer; er ist es aber nicht, wenn man die Veränderungen der Produktionsstruktur der letzten Jahre berücksichtigt. Nissan und General Motors haben in den letzten beiden Jahren neue Motorenwerke aufgebaut, die für den Export produzieren; die großen Verluste in den traditionellen Werken, die für den Binnenmarkt produzieren, sind durch den Aufbau der neuen Werke vermindert worden.

Diese Zahlen mögen im Vergleich zu Beschäftigungsveränderungen in der deutschen oder gar US-amerikanischen Autoindustrie gering erscheinen: In einem Land wie Mexiko, in dem nur Minderheiten bisher in der Industrie arbeiten und die Industrie zudem bislang noch durch kleinbetriebliche, wenig kapitalintensive und eher stagnierende Unternehmen geprägt ist, spielt aber die Autoindustrie als Schlüsselindustrie und Wachstumsbranche eine große Rolle für den Industrialisierungsprozess. Die Branche ist nicht nur einer der größten Beschäftigter, sondern strahlt auch weitreichende Beschäftigungswirkungen in andere Branchen aus. Im Jahre 1981 arbeiteten 80.000 Beschäftigte bei den großen Automobilunternehmen; mindestens ebenso viele waren in der Zulieferindustrie beschäftigt. Die Töchterunternehmen von Volkswagen, Ford, General Motors und Chrysler befinden sich unter den nach Umsatz und Beschäftigung zwanzig größten Unternehmen des Landes. Und auch als Lohnführer spielt die Industrie eine wichtige Rolle. In einem Automobilbetrieb zu arbeiten, heißt erheblich mehr zu verdienen und wesentlich größere soziale Sicherungen beanspruchen zu können als die Arbeiter in den traditionellen Industrien, etwa Textil- oder Bauindustrie.²⁾ Die Krise in der Autoindustrie hat daher erhebliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen.

Zeitarbeiter als Beschäftigungspuffer

Vom Arbeitsplatzverlust waren verschiedene Beschäftigtengruppen sehr unterschiedlich betroffen. Vor allem die Zahl der Arbeiter hat sich in der Krise drastisch verringert. Unter den Arbeitern mußte insbesondere eine Gruppe als Puffergruppe erhalten: die Arbeiter mit Zeitverträgen. Die Beschäftigung dieser Gruppe unterläuft die arbeitsrechtlichen und tariflichen Restriktionen, welche flexiblen Arbeitseinsatz und billige und schnelle Anpassung der Beschäftigung von Stammarbeitern an die Produktion einschränken. Befristet eingestellte Arbeiter können ohne große Kosten schnell wieder abgestoßen werden. Sie sind nämlich vom gesetzlichen Kündigungsschutz ausgenommen, der ja Entlassungen von Stammarbeitern sehr teuer macht: Das übrige sehr weitreichende mexikanische Arbeitsrecht verlangt vom Arbeitgeber im Falle von kollektiven Entlassungen eine Entschädigung von mindestens drei Monatslöhnen und zusätzliche Zahlungen. Solche Entlassungen können zudem vom Arbeitsgericht behindert werden.

Alte und neue Motorenfertigung bei VW



Auch die Tarifverträge nehmen befristet beschäftigte Arbeiter häufig von Schutzregelungen aus: Während die *trabajadores* der *planta*, die permanent Beschäftigten, in den meisten Betrieben Anrechte auf Arbeitsplätze und Lohngruppen nach Dauer der Beschäftigung erwerben, können befristet eingestellte Arbeiter nach freiem Belieben eingesetzt und entlohnt werden.

Die vergleichsweise starken Sicherungen von Arbeitseinsatz und Beschäftigung der Stammarbeiter werden durch die besondere Unsicherheit und Verfügbarkeit der befristet Beschäftigten erkauft. Zeitverträge laufen von einigen Tagen bis zu höchstens elf Monaten und geben dem Betrieb somit eine enorme Flexibilität gegenüber Absatzschwankungen. Häufig schließt ein Vertrag an den anderen an. Stammarbeiter werden aus den vormalig befristet Beschäftigten ausgewählt. Bei Ford und Volkswagen waren gewöhnlich mehrere Verträge und eine Beschäftigungszeit von insgesamt eineinhalb Jahren erforderlich, um als Stammarbeiter übernommen zu werden. Auch wenn die Gewerkschaft das Recht hat, neu Einstellende vorzuschlagen, also eine starke Vorselektion vornehmen kann, haben die Unternehmen alle Möglichkeiten, die Trauben für den privilegierten Status des Stammarbeiters hochzusetzen, weil die befristet beschäftigten Arbeiter in den meisten Unternehmen keinen Anspruch auf die Übernahme in die Stammarbeiterschaft haben. Mit den *trabajadores eventuales* haben sich die Unternehmen besonders flexible Arbeitskräfte reserven geschaffen, die ohne Federlesens und ohne Entschädigungen - spätestens mit dem Auslaufen des Vertrags - entlassen und bei Bedarf auch schnell wieder zurückgerufen werden können; denn den Arbeitern erscheinen selbst die befristeten Tätigkeiten in der Autoindustrie lohnender und zukunftsträglicher als zugängliche andere Arbeiten.

Die Größe der Gruppe der befristet beschäftigten Arbeiter ist enorm. Bei VW stieg die Zahl der Zeitarbeiter von Null im Krisenjahr 1976 auf 4.408 im Jahre 1981 bei zuletzt insgesamt 7.371 Stammarbeitern; bei Ford kamen 1981 auf 4.528 Stammarbeiter insgesamt 2.440 Zeitarbeiter. Die *Eventuales* verloren als erste ihren Arbeitsplatz, sei es durch Entlassung, sei es mit dem Auslaufen des Vertrages. Praktisch alle Zeitarbeiter sind im letzten Jahr aus der Automobilindustrie ausgeschieden. Sie machten ihre Arbeitsplätze frei für Stammarbeiter. In den meisten Betrieben wurden mehrere Schichten zusammengelegt und die Produktion im Einschichtbetrieb fortgesetzt; auch viele Stammarbeiter mußten für ihre Kollegen mit höherer Beschäftigungsdauer die qualifizierteren Arbeitsplätze räumen und sich mit Arbeitsplätzen begnügen, welche bisher vorwiegend von *Eventuales* besetzt worden waren.

Entlassungen von Stammarbeitern und Entschädigungen

Die *Eventuales* waren aber als Puffergruppe nicht groß genug. Volkswagen, Ford und General Motors - nur für diese Unternehmen liegen Informationen vor - haben auch in mehr oder weniger großem Umfang Stammarbeiter entlassen. Bei VW etwa schloß die Gewerkschaft eine Betriebsvereinbarung ab, eine Art Sozialplan, die Stammarbeitern bei - zumindest formell - freiwilligem Ausscheiden eine Abfindung in Höhe von vier Monatslöhnen (statt drei gesetzlich vorgeschriebenen), 20 Tageslöhnen pro Beschäftigungsjahr und eine Senioritätsprämie von 12.000 Pesos pro Beschäftigungsjahr anbot. An die 900 Stammarbeiter verließen mit Abfindungen das Unternehmen; sie haben anders als die *Eventuales*, welche ohne Abfindungen ihren Arbeitsplatz verloren, keine Ansprüche mehr auf Wiederbeschäftigung bei künftiger Produktionsausweitung. Bei Ford, wo insgesamt über 3.000 Arbeiter die alten Werke verließen, wurden ähnliche Abfindungen wie bei VW, allerdings ohne Senioritätsprämie, den ausscheidenden Arbeiter be-

zahlte. Die Selektion richtete sich hier freilich vor allem nach Seniorität. Seit z. B. das Werk Cuahautitlan vom Dreischicht- auf den Einschichtbetrieb wechselte, stieg die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit durch die Entlassung jüngerer Stammarbeiter von 8,3 auf etwa 14 Jahre - dies innerhalb eines Jahres. Darüber hinaus nutzte das Management die Situation, um Arbeiter, die es an Disziplin, Leistungstüchtigkeit oder politischem Wohlverhalten hatten mangeln lassen, zu entlassen. Bei General Motors schließlich wurden Stammarbeiter mit niedriger Betriebszugehörigkeit, politisch und disziplinarisch Mißliebige ausgewählt; hier wurden auch ältere Arbeiter vorzeitig pensioniert.

Gemeinsam ist der Entlassungspolitik, daß die Unternehmen in der Regel Sozialpläne mit den Gewerkschaften vereinbaren; häufig war das Exekutivkomitee der jeweiligen Betriebsgewerkschaft informell oder gar formell auch an der Auswahl der zu Entlassenen beteiligt.

Zersplitterung und Ohnmacht der Gewerkschaften

Die strukturelle Zersplitterung der Gewerkschaften hat bislang verhindert, daß es auch nur zur (gewerkschafts-)öffentlichen Diskussion der Reichweite traditioneller Gewerkschaftspolitik gekommen wäre, geschweige denn zu gemeinsamen strategischen Ansätzen. Es ist ja ein Merkmal des mexikanischen Gewerkschaftssystems, daß Gewerkschaften sich ganz überwiegend auf der Basis des Betriebs oder des Unternehmens organisieren und auch nur für diesen Bereich kollektive Vereinbarungen abschließen. Nationale Gewerkschaften, die für verschiedene Unternehmen und Betriebe verhandeln, bilden dagegen die Ausnahme. Zu der Betriebszentrierung tritt die Konkurrenz der Konföderationen. Die meisten Gewerkschaften sind einem der Dachverbände angeschlossen, die sich selbst dann noch bekriegen, wenn sie gemeinsam dem regierungstreuen *Congreso de Trabajo* angehören. Aber auch die interne Struktur der Dachverbände, vor allem das Prinzip der regionalen, nicht branchenspezifischen Organisation, verhindert eine Abstimmung von Betriebsgewerkschaften einer Branche, selbst wenn sie einer gemeinsamen Konföderation, etwa der CTM, angeschlossen sind. Im Automobilsektor sind die Gewerkschaften so vereinzelt, daß auch nur ein Informationsaustausch zwischen ihnen undenkbar ist. So hat Volkswagen eine Betriebsgewerkschaft, die ursprünglich dem Dachverband CGT angehörte und bis 1972 der CTM; 1981 trat sie nach harten internen Konflikten aus der Dachorganisation der regierungsunabhängigen Gewerkschaften UOI aus und ist jetzt keinem Dachverband mehr angeschlossen. Die Betriebsgewerkschaften von Nissan und DINA gehören der UOI an. Bei Ford gibt es eine Unternehmensgewerkschaft, welche Mitglied der CTM ist, und für das gesamte Unternehmen Tarifverträge aushandelt (wenn auch für das neue Motorenwerk in Chihuahua zu Bedingungen, welche denen der Niedriglohnbetriebe im Grenzgebiet ähnlich sind). Am kompliziertesten schließlich die Verhältnisse bei General Motors: Hier handelt das Unternehmen für seine drei Hauptbetriebe inzwischen vier Tarifverträge mit drei verschiedenen Betriebsgewerkschaften aus. Trotz eines 106-tägigen Streiks im Hauptwerk Mexiko D.F., mit dem die traditionell konfliktive, der regierungstreuen CROC-Pöderation angeschlossene Betriebsgewerkschaft 1980 das Organisations- und Tarifrecht für den neuen Betrieb im Norden erkämpfen wollte, hat das Unternehmen schließlich mit der lokalen CTM-Organisation von Satallo Verträge noch vor Aufnahme der Produktion und Rekrutierung von Arbeitern ausgehandelt, die in jeder Hinsicht weit unter dem Niveau des Tarifvertrags für die Arbeiter in Mexiko D.F. liegen.

Die Gewerkschaften sind unter diesen Umständen strukturell unfähig, über den Tellerrand des Betriebs oder bestenfalls des Unternehmens

hinaus gewerkschaftliche Politik zu machen. Sie nehmen stattdessen Zuflucht zu allgemein politischen Pakten, Aktionsbündnissen und Orientierungen, die aber kaum auf die betriebliche Politik zurückwirken.

Welches sind die absehbaren Perspektiven? Die wirtschaftliche Situation der Automobilindustrie wird sich auf absehbare Zeit nicht verbessern, solange Schuldendienst, Austeritätspolitik und außenwirtschaftliche Stagnation kaum eine Erholung des Binnenmarktes zulassen. Eine Ausweitung der Produktion des Automobilsektors wird es allenfalls in den exportorientierten Teilen geben, die allerdings stark von der Entwicklung der Absatzsituation in den USA abhängig ist. Da diese Teile, vor allem die Motorenwerke, kapitalintensiv sind und das höchste Technologieniveau haben, wird sich eine Ausweitung des Exports allerdings kaum im Beschäftigungszuwachs auswirken. Zudem wird der Ausbau der modernen Motorenfertigung vor allem in den nördlichen Regionen Produktion und Beschäftigung aus den traditionellen Werken des Ballungsgebietes von Stadt und Staat Mexiko abziehen, also Rationalisierung mit Produktionsauslagerungen in Billiglohnregionen verbinden. Die Gewerkschaften werden wegen ihrer strukturellen Zersplitterung kaum in der Lage sein, Gegenstrategien zu entwickeln – im Gegenteil, die Unternehmen können die Gewerkschaften gegenseitig ausspielen.

Anmerkungen

- 1) Die vorgegebenen Quoten einheimischer Produktionsanteile variieren nach Fahrzeugtyp, liegen etwa bei Bussen und LKW höher als bei PKW. Zudem haben die staatlichen Dekrete jährliche Steigerungen der nationalen Integration festgelegt. Für 1981 etwa fordert das Dekret von 1977 eine Integration von 75 % für PKW und 90 % für LKW, die freilich durch höhere Exporte kompensiert werden können.
- 2) Die Löhne und Sozialleistungen der Beschäftigten in der Automobilindustrie im Staate Puebla z. B. betrugen im Durchschnitt 83.573 Pesos im Jahre 1975. Beschäftigte in eisenverarbeitenden Industrien erhielten 72.740; Arbeiter in der Textilindustrie 46.200 und Beschäftigte in den meist Kleinbetrieben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 13.400 Pesos. Vgl. Manual de Estadísticas Básicas del Estado de Puebla, Bd. I, hg. vom SPP und Gobierno del Estado de Puebla, 1982.

Literaturhinweise

- R. Jenkins, Dependent Industrialization in Latin America, The Automotive Industry in Argentina, Chile, and Mexico. New York/Washington/London 1977.
- K. Middlebrook, The political Economy of Organized Labor 1940-1978. Diss. Harvard 1982.
- R. Rott, Die mexikanische Gewerkschaftsbewegung. Kronberg 1975.
- I. Roxborough, Unions and Politics in Mexico; the Automotive Industry. Erscheint in: Cambridge University Press 1984.

Politische Gefangene: selektive Amnestie

Am 2. Oktober jährte sich zum fünfzehnten Mal die "Nacht von Tlatelolco", jenes blutige Massaker im Vorfeld der Olympiade "Mexiko 68", das schätzungsweise 400 Menschenleben forderte. Als Antwort auf den institutionalisierten Terror gingen viele Bauern, Arbeiter, Studenten und Akademiker in den Untergrund und eröffneten den bewaffneten Kampf gegen das System. Bis Mitte der 70er Jahre konnte die Guerrilla geschlagen werden, viele Kämpfer fanden den Tod und Hunderte wanderten in die Gefängnisse oder verschwanden spurlos. Unter der Regierung Lopez Portillo kamen Arbeiter und Gewerkschafter hinzu, die sich gegen die staatliche Austeritätspolitik mit Streiks und Betriebsbesetzungen wehrten, wie z.B. die Festnahme von 40 oppositionellen Gewerkschaftern der Kupfermine "La Caridad" im Juni 1978.

Angesichts dieser Entwicklung gründeten die Angehörigen der Gefangenen und Verschwundenen 1977 das "Komitee für die Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten und Verschwundenen". Das Komitee konnte im Juli 1978 dem Präsidenten Lopez Portillo über 1 Million Unterschriften vorlegen, die eine Amnestie für 600 politische Gefangene, 367 Verschwundene und 56 Exilierte forderten. Diese Forderungen wurden durch Demonstrationen und Hungerstreiks unterstützt (vgl. LN 64).

Am 2. September 1978 verkündete Lopez Portillo das Gesetz über die Amnestie von Gefangenen und "Flüchtigen", das sich als reine Augenwischerei herausstellen sollte: Es galt nur für Bundesbehörden, nicht für die Landesbehörden; viele Gefangene wurden zu "einfachen" Kriminellen abgestempelt; das Schicksal der Verschwundenen blieb ungewiß und kein Exilierter kam zurück. Etwa 50 Gefangene wurden in den Monaten nach dem Erlass des Gesetzes freigelassen, die Amnestie brachte jedoch gar keine Klärung über das Schicksal der Verschwundenen. Aufgrund dessen und der zunehmenden Verhärtung des politischen Klimas schlossen sich im Dezember 1979 über 50 politische, soziale und Massenorganisationen zur "Nationalen Front gegen die Repression" (FNCR) zusammen.

Bis 1982 wurde das Amnestiegesetz kaum angewendet: Nach wie vor saßen über 40 Gefangene aus dem bewaffneten Kampf und Hunderte aus sonstigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen, darunter viele Bauern. Im August 1982 organisierte der FNCR und das Angehörigenkomitee zahlreiche Kundgebungen, bei denen sich Mütter der Gefangenen an die Gitter des Innenministeriums ketteten, um symbolisch auf die Lage ihrer Kinder hinzuweisen.

Derart unter Druck gesetzt verkündete Lopez Portillo in seinem letzten Rechenschaftsbericht am 1.9.1982 eine erneute Amnestie, durch die 37 als "besonders gefährlich" eingeschätzte Gefangene freigelassen werden sollten. Zu den über 500 Verschwundenen äußerte sich Lopez Portillo nicht. Erst auf beharrliches Drängen der Mütter versprach er, die Fälle zu "prüfen". Dabei ist es geblieben. Bis Oktober 1982 wurden 20 der 37 Gefangenen freigelassen, und viele von ihnen nur, nachdem vor Ort massiv Druck ausgeübt wurde. Die Freilassung der übrigen 17 wurde behindert, so beispielsweise die von Miguel Torres und Elias Orozco, die in der Haftanstalt Topo Chico in Monterrey seit 10 Jahren einsitzen. Dort widersetzt sich eindeutig die mächtige Monterrey(Wirtschafts-)gruppe der Anwendung des Amnestiegesetzes. Hunderte von Bauern und Gewerkschaftern wurden gar nicht erst amnestiert.

Freiheit für Elias Orozco und Miguel Torres!

Der Agraringenieur Elias Orozco Salazar wurde am 6. Oktober 1973 festgenommen, der Arzt Miguel Torres Enríques am 5. Dezember 1974.

Beide nahmen aktiv an der Studentenbewegung teil. Später bewirkte der o.a. staatliche Terror ihre Eingliederung in den bewaffneten Kampf bei der "Kommunistischen Liga 23. September". Ihre spektakulärste Aktion und jetziger Hauptanklagepunkt ist der Entführungsversuch des Industriellen Eugenio Garza Sada am 17.9.1973, um 52 politische Gefangene freizupressen und um die Veröffentlichung ihres politischen Programms zu bewirken. Hierbei starben außer Garza Sada und seinen beiden Leibwächtern auch zwei Entführer.

Hohe Kopfgelder wurden auf die Flüchtigen ausgesetzt, Polizeipräsident Durazo verkündete "... einen Krieg bis zur Vernichtung" und daß die Polizei sie "wie Hunde hetzen" würde. Elias Orozco Salazar wurde kurz nach dem Überfall, Miguel Angel Torres ein Jahr später gefangen genommen und in die Haftanstalt Topo Chico überführt.

Bei der Verkündung der ersten Amnestie 1978 erkannte Lopez Portillo den politischen Charakter des zu dem Zeitpunkt bereits zerschlagenen bewaffneten Kampfes an. Orozco und Salazar wurden nicht freigelassen, sondern nur die Häftlinge von Topo Chico, die willkürlich gefangen genommen worden waren, bzw. gegen die keine dezidierte Anklage erhoben werden konnte. Nach 7 Jahren(!) Untersuchungshaft wurde – auch nur durch Kampagnen der FNCR und nach einem Besuch von Vertretern der Internationalen Menschenrechtsföderation mit Sitz in Paris – 1981 dann ein erstes Urteil gefällt: 54 Jahre für Torres und 27 1/2 Jahre für Orozco. Unter Verweis auf die Amnestie wurde Widerspruch eingelegt. Das revidierte Urteil lautete darauf: 25 Jahre (die gesetzliche Höchststrafe) für jeden, eine Anwendung der Amnestie komme aber wegen der "hohen Gefährlichkeit" der Inhaftierten nicht in Betracht. Diese Einschätzung basiert auf einem Gutachten, in dem die "Gefährlichkeit" deshalb konstatiert wurde, da die beiden sich unbeugsam zeigten und sogar noch "weiter den Marxismus studierten".

1982 standen dann Torres und Orozco sogar auf der amtlichen Liste der Amnestierten. Doch für den Gouverneur von Nuevo León stand fest, daß "das Amnestiegesetz für Nuevo León keine Gültigkeit hat. Hier existieren keine politischen Häftlinge, im Strafvollzug sind nur normale Kriminelle."

Da sich daran auch unter Miguel de la Madrid nichts grundsätzlich geändert hat, bittet die FNCR, an folgende Adressen Briefe zu schicken, in denen die sofortige Freilassung von Dr. Miguel Angel Torres und Ing. Elias Orozco gefordert wird. Gleichzeitig sollte nach dem Verbleib der derzeit 513 Verschwundenen gefragt und die Freilassung aller (z.Z. 100) politischen Gefangenen verlangt werden.

– Lic. Miguel de la Madrid
Presidente de la República
Palacio Nacional
Mexico, D.F.
Mexico

– Lic. Alfonso Martínez Domínguez
Gobernador del Estado de Nuevo León
Monterrey, N.L.
Mexico

Es wird außerdem darum gebeten, eine Kopie des Briefes zu schicken an:

– Frente Nacional Contra la Represión
Medellín 366 altos, Col. Roma,
06700 Mexico, D.F.
Mexico

Die internationale Verschuldung

We pay manana

Mexikos Weg in die Pleite steht im Mittelpunkt des zweiten Artikels dieser Reihe. Die Fülle von Nachrichten, Artikeln, Analysen, Prognosen und Annahmen zu diesem Problem und über dieses Land schaffen eher einen Mythos, als daß sie aufklärend und erklärend wirken. Die Sensationslüsternheit der Medien läßt nur mehr wenig Raum für verständliche Analysen.

Am Beispiel Mexikos wird hier unter anderem deutlich, daß es, um ein solches Ausmaß der Verschuldung zu erreichen, keineswegs verrückter Politiker oder Bankiers bedarf, hierfür reicht allein schon der gesunde Menschenverstand aus. Mexiko drängt sich als Beispiel geradezu auf.

Als Land mit einer über 150 jährigen Verschuldungstradition hat es sicher ein anderes Verhältnis zu den Schulden als die inflationsneurotischen Deutschen. Nach einer Revolution 1910 die in der institutionalisierten Revolutionären Partei fortlebt, auf deren Fahnen eine linke Politik proklamiert wird, während die Praxis rechts stattfindet, läßt sich Mexiko nicht ohne weiteres mit anderen lateinamerikanischen Staaten auf die Reihe bringen.

"So nah bei Amerika und so fern von Gott", wie die Mexikaner sagen. Als eines der Schwellenländer steht Mexiko mit einem Fuß im Club der Industrieländer. Trotz all seiner Reichtümer ist es Mexiko nicht gelungen in den Club der Reichen zu gelangen, aber es gelang ihm, diesen zu verunsichern. Da es sich bei der Verschuldungskrise, wie schon im ersten Artikel betont wurde, keineswegs nur um ein technisches Problem handelt, kommt man nicht mehr umhin, hier tiefergehende Fragen zu stellen. Denn nur wenn das Symptom erkannt und behoben wird, läßt sich auch die Krankheit überwinden. Angesichts der verheerenden Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung in den betroffenen Ländern müssen Entwicklungsmodelle noch gründlicher hinterfragt werden.

Als die Banken zu zittern begannen

So ändern sich die Zeiten. Bis vor wenigen Jahren war Mexiko der Liebling der internationalen Banken. Damals, so erklärte der heutige Finanzminister Jesus Silva Herzog, konnten sich unsere Delegationen auf den internationalen Konferenzen gar nicht oft genug teilen, um allen Einladungen nachzukommen. Damals war Mexiko umschwärmt und wurde hofiert. Heute bleiben die Mexikaner unter sich und müssen ihr Essen selbst bezahlen. Die eigentliche Wende kam am 13 August 1982. Als Mexiko damals seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, begannen die Banken weltweit zu zittern, denn Mexiko war mehr als nur der Anfang einer Krise in deren Verlauf bis Weihnachten

mehr als 12 Länder ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten und damit mehr als 300 Mrd. US \$ an Krediten von über tausend Banken in Frage stellten. Vielen schien die Katastrophe unausweichlich und Pessimisten sahen in Mexiko bereits das gesellschaftliche System zerbrechen und 75 Millionen Menschen vor der Haustüre Nordamerikas revoltieren. Bis zu jenem 1. August hofften Politiker und Bankiers daß die Krise mit den dafür zur Verfügung stehenden Institutionen und Mitteln zu managen sei. Die Zahlungsunfähigkeit Mexikos aber schien plötzlich alles über den Haufen zu werfen.

Wie war es möglich, daß der viertgrößte Erdöl- und Erdgasproduzent der Welt zum größten Schuldner der Welt werden konnte? Dieser Frage soll auf den nächsten Seiten etwas gründlicher nachgegangen werden. Die Verschuldung hat letztlich endlich eine Vielzahl von Dimensionen, von denen hier nur einige näher betrachtet werden. Angefangen von historischen, strukturellen, konjunkturellen, internen, externen, öffentlichen, privaten, kurzfristigen, langfristigen, bilateralen, multilateralen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen bis zu den mehr im Bereich der Spekulation liegenden. Meist lassen sich die einzelnen Bereiche nicht voneinander trennen und fließen ineinander. Fatal wird es jedoch, wenn wie in der traditionellen Ökonomie üblich, einzelne Aspekte herausgegriffen werden und Ursachen- und Wirkungszusammenhänge geschaffen werden, die letztlich ein falsches Bild von der tatsächlichen Wirklichkeit widergeben.

Um den Zusammenhängen etwas mehr Raum zu geben, beginnt der Artikel mit einem geschichtlichen Teil, dem dann die Entwicklungsschwerpunkte der 40 iger, 50 iger, 60 iger und 70 iger Jahre folgen. Am Ende steht der Kollaps der 80 iger Jahre.

Wie sich die Vergangenheit wiederholt

Das finanzielle Defizit Mexikos läßt sich bis in die Zeit des sich anbahnenden Unabhängigkeitskampfes zurückverfolgen. Die finanziellen Forderungen des spanischen Königreichs, die internen Auseinandersetzungen und der Krieg gegen die Vereinigten Staaten ließen oder zwangen Mexiko bereits 1824 die ersten Anleihen bei dem englischen Unternehmen B.A. Golschmidt und Company mit einem Wert von 3,2 Millionen Pfund zu nehmen.

Allein zwischen 1888 und 1911 stieg die mexikanische Auslandsverschuldung, in Pesos gemessen um über 800 % an. Die meisten Anleihen wurden für militärische Zwecke und den Staatsapparat verwendet. Darüber heißt es z.B. in der "Geschichte der Frankfurter Zeitung": "Nach dem glänzenden Erfolg mit dem Mexiko seine erste Anleihe (6 prozentig) von 1888 nach Deutschland gebracht hatte, wuchs das Interesse des deutschen Kapitals an den mexikanischen Finanzen derart, daß es nur die Eröffnung eines offiziellen Marktes für schon vorhandenen Besitz war, als im Februar 1891 auch die 3 Prozent Mexikaner an der Frankfurter Börse eingeführt wurden. Und die Beteiligung daran nahm allmählich zu, obwohl die Frankfurter Zeitung betont hatte, daß hier ... zu dem Risiko der Qualität des Schuldners noch die Gefahr der Silberspekulation trete, und daß erst noch die Zukunft erweisen müsse, ob Mexiko schon hinreichend mit Arbeitskraft und Kapital der Vereinigten Staaten durchtränkt sei, um Revoltegeister der südamerikanischen Art nicht mehr aufkommen zu lassen. Im Mai 1895 aber mußte Mexiko, geschädigt durch zwei Missernten und durch den anhaltenden Preisrückgang des Silbers, für Beschaffung von neuen Geldern vorsorgen."

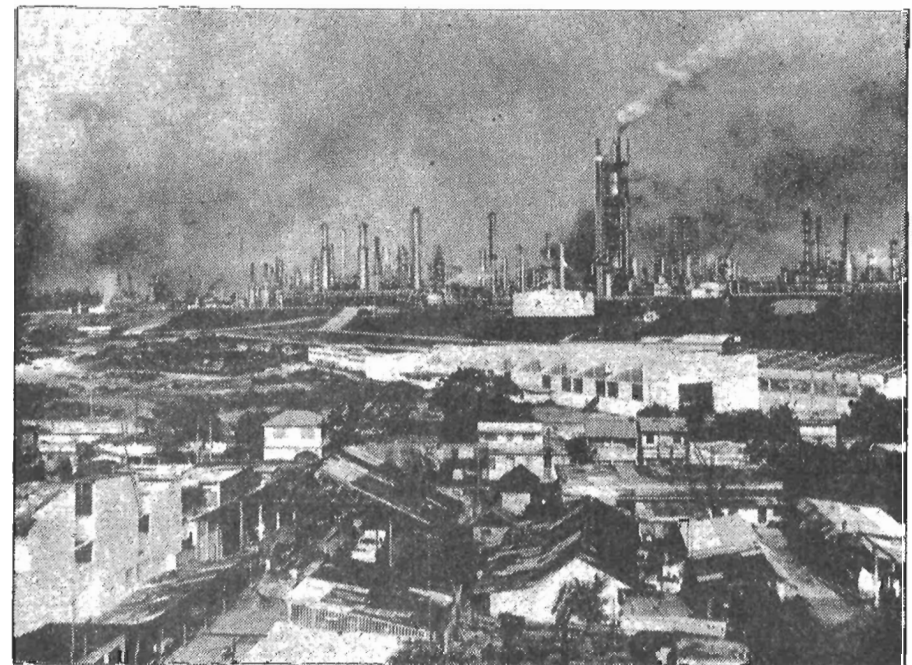
Die wenigen Gelder, die sich Mexiko dann bis Mitte der 30 iger Jahre lief, dienten vorwiegend der Erhaltung der Schuldendienstfähigkeit. Interessant ist jedoch, daß sich Lateinamerika von 1924 - 1929 in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten die für die damaligen Verhältnisse sehr beachtliche Summe von 2,1 Mrd. US \$ auslieh. Auf die heutigen Verhältnisse umgerechnet wären das eine Summe von 31 Mrd. US \$.

Diese Verschuldung stand in überhaupt keiner Beziehung mehr zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten der lateinamerikanischen Staaten. Der Grund dafür, daß die Obligationen weiter abgesetzt wurden, lag vorwiegend darin, daß bei den Anlegern Nachfrage nach diesen hochverzinslichen Emissionen vorhanden war und die Banken diesen Bedarf, der beachtlichen Gewinne wegen gern befriedigten. Nach dem Zusammenbruch des Anleihebooms und dem Erwachen der Obligationenkäufer, erklärte der Bankier Thomas W. Lamont vom mächtigen Bankhaus J.P. Morgan: "Meiner Meinung nach verhält es sich bei einem Bankier wie bei einem Lebensmittelverkäufer, er liefert das, was der Kunde wünscht". So verkauften diese Lebensmittelhändler von später wenig zahlungsfähigen Schuldnern wie Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, Mexiko, Peru, Rumänien und anderen Ländern Anleihen, die 1933 25 Mrd. US \$ erreichten. Wieder im Verhältnis zur US-Geldmenge zu Beginn der 30 iger Jahre auf heutige Verhältnisse umgerechnet, entspricht dieser Betrag etwa 500 bis 600 Mrd. US \$ und lag damit ungefähr in der Dimension der derzeitigen Verschuldung der 3. Welt von gut 750 Mrd. US \$ heute.

Während damals viele Kleinanleger ihr Geld verloren, da sie selbst die Anleihen zeichneten, liegt das Risiko heute zunächst bei der Bank. Dennoch die Mechanismen sind die gleichen geblieben und wer Kapital zur Spekulation hat, für den ist Mexiko trotz aller negativen Vorzeichen noch immer ein attraktiver Markt.

Die Wirtschaftspolitik und das Vermächtnis der Revolution

Das Vermächtnis der Revolution forderte die mexikanische Kontrolle über Mexikos Wirtschaft. Und das Regime unter Präsident Lazaro Cardenas (1934 - 40) betrieb die nationale wirtschaftliche Entwicklung durch die Nationalisierung der Erdölindustrie, der Eisenbahnen, der Schaffung einer bundesstaatlichen



Elektrizitätskommission und einer Reihe von Entwicklungsbanken, von denen die Nacional Financiera die wichtigste wurde, voran.

Die durch den zweiten Weltkrieg entstandene Isolierung der Handelspartner zwang den mexikanischen Staat selbst eine aktive Rolle in der Industrialisierung zu übernehmen. Zwischen 1940 und 1946 kamen etwa 60 % aller Investitionen aus dem öffentlichen Bereich. Die meisten davon flossen in die Infrastruktur und in die tragenden Industriebereiche wie Stahl-, Öl- und chemische Industrie (Kunststoffe).

Diese Politik war zudem gekoppelt mit hohen Zöllen für importierte Konsumgüter. Das Ziel dieser Politik war die Stärkung der heimischen Produktion für den Konsumbedarf, eine Politik die verhältnismäßig erfolgreich war. So sank das Verhältnis des Imports aller konsumierten Güter aus dem Herstellungsbereich von 52 % im Jahre 1929 auf 31 % im Jahre 1950.

Nichtsdessen ungeachtet aber mußte dieses importsubstituierende Wachstum mit hohen Kosten erkauft werden. Es gab zu wenige mexikanische Kapitalisten und die Steuerzahler sind zu arm um die große Menge investiven Kapitals, das für das industrielle Wachstum erforderlich war, bereit zu stellen. Ausländische Investoren waren einerseits durch den Krieg gebunden, andererseits waren sie durch die Nationalisierungen der 30 iger Jahre vorgewarnt. Der Regierung blieb somit nichts anderes übrig, als das notwendige Investivkapital mit der Notenpresse selbst herzustellen. Eine kontinuierlich ansteigende Inflation war die Folge, so daß der Peso schließlich nach mehreren Abwertungen nur mehr ein Viertel seines vorherigen Wertes besaß.

Mitte der fünfziger Jahre schließlich war die Grenze des sogenannten inflationären Wachstums erreicht.

Diese Politik der stringenten Importsubstitution war keineswegs im Sinne, der sich von den Folgen des Kriegs erholten, am Export interessierten Staaten wie z.B. den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Ziel der unter amerikanischer Dominanz installierten Nachkriegsordnung war es, den freien Welthandel zu gewährleisten, so wie ihn sich die Amerikaner vorstellten, eine Stabilisierung der Währungspolitik zu gewährleisten, die es den Amerikanern erlaubte weiterhin Zahlungsbilanzdefizite zu fahren und schließlich sollten Mittel für den Wiederaufbau der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder bereitgestellt werden, wobei diese im Sinne proamerikanischer Vorstellungen einzusetzen waren. Die drei Institutionen die zu diesem Zweck geschaffen wurden, sind das GATT, der IMF und die Weltbank (IBRD).

Diese Phase einer vorrangig intern ausgerichteten ökonomischen Entwicklung war zumindest, was das Wachstum angeht ein Erfolg für die, die daran beteiligt waren. Wesentliche Elemente dieser Politik waren,

- eine Industrialisierung durch Importsubstitution von Konsumgütern,
- der Ausbau der Landwirtschaft, insbesondere des kommerziellen Sektors, um mit dessen Exportüberschüssen teilweise das industrielle Projekt finanzieren zu können,
- ein Wirtschaftsnationalismus, der mit protektionistischen Maßnahmen der jungen Industrie Zeit zur Entwicklung geben sollte
- und eine sozio-politische Allianz unter dem Hegemonialanspruch des Staates.

Anfangs wurden die sozialen Spannungen die mit dem hohen Tempo der Veränderungen einer Agrargesellschaft in eine moderne Industriegesellschaft auftraten durch ein korporatistisch ausgelegtes System verhältnismäßig erfolgreich bewältigt. Betrachtet man einmal die Höhe der Auslandsschulden in dieser Zeit, so stellt man fest, daß diese mit 650 Millionen US \$ verhältnismäßig niedrig waren.

Erst in den folgenden Jahrzehnten, in denen zusehends die Modernisierungs-politik Einzug hielt, da damit nicht zuletzt auch viel Geld zu verdienen war, wurden die Keime für die riesige Auslandsverschuldung von heute gelegt.

Die Modernisierungspolitik der 50iger und 60iger Jahre

Das Modernisierungskonzept, das auf seine Fahnen den "Wirtschaftlichen Liberalismus" geschrieben hat fügt sich in die ökonomische Philosophie der westlichen Industrieländer ein. Ziel ist das "sich selbst tragende wirtschaftliche Wachstum". Wie das konkret aussehen soll beschreibt W.W. Rosstow: "Es ist möglich die wirtschaftliche Lage einer jeden Gesellschaft mit einer der fünf Wachstumsstadien zu charakterisieren: Der traditionellen Gesellschaft, der Anlaufperiode, in der die Voraussetzungen für den Beginn des Wachstums gelegt werden, der Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs, der Entwicklung zum Reifestadium und schließlich dem Zeitalter des Massenkonsums".

Das wirtschaftliche Wachstum hat in diesem Modell, das in den 60 iger Jahren immer mehr an Boden gewann, Priorität gegenüber allen Ansprüchen sozialer Gerechtigkeit, denn zuerst muß etwas produziert werden, damit nachher auch etwas verteilt werden konnte. Der Handel dient hierbei als eine Art Wachstumsmaschine.

Gerade dieser Punkt, der im Sinne der starken Exportnationen war, bildete einen der Verschuldungsstränge.

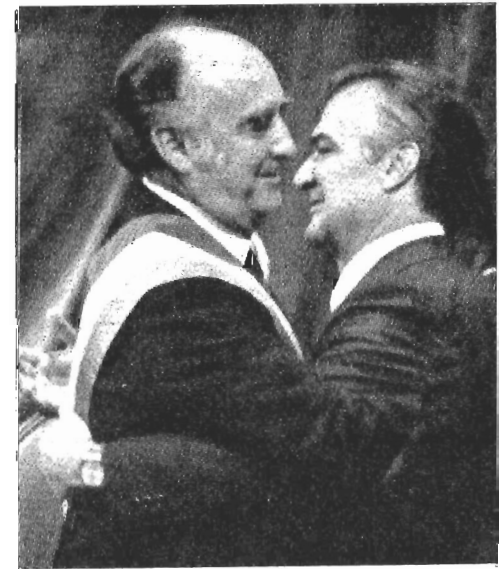
Die ungleichen "Terms of Trade - Verhältnisse" benachteiligten die Rohstoffexportierenden Länder. Diese konnten weder einen angemessenen Preis für ihre Exporte erhalten, noch konnten sie bei den Preisen für ihre Importe mitbestimmen. Die Grundgedanken der mexikanischen Modernisierungsstrategie sahen wie folgt aus:

- rasches wirtschaftliches Wachstum kann nur durch Industrialisierung und technischen Fortschritt erreicht werden
- arbeitsintensive Technologien sind, falls verfügbar, verglichen mit kapitalintensiven Technologien weniger effizient und eine größere Zahl von Be-

Mit einer Umarmung übergab Lopez Portillo am 1. Dezember 1982 sein Amt an Miguel de la Madrid

Am Ende seiner Regierungszeit gab Portillo zu: "Meine Politik hat es einer kleinen Gruppe ermöglicht, unglaubliche Reichtümer anzuhäufen und sie vor unseren Augen und mit unserer Billigung unversteuert außer Landes zu schaffen."

Zu dieser Gruppe gehörten auch Portillo und sein Clan.



beschäftigten mindert die tatsächliche Produktion, da durch die größere Zahl von Beschäftigten die Produktion nicht entsprechend gesteigert wird und somit für den Betrieb höhere Kosten entstehen

- kapitalintensivere Technologien ermöglichen höhere Sparquoten und Investitionen. Sie ermöglichen einen schnelleren technischen Fortschritt, insbesondere wenn sie in der verarbeitenden Industrie eingesetzt werden; gegenwärtige Arbeitslosigkeit muß deshalb als Opfer für eine ausreichende Beschäftigung in Zukunft in Kauf genommen werden.

Vorrang haben hier eindeutig der Kapitaleinsatz und die Freisetzung von Arbeitskräften. Erst Anfang der 70 iger Jahre, als die Kapitalmärkte überquellen beschleunigte sich die Talfahrt der Modernisierungspolitik.

Das zeigt unter anderem auch die Höhe der Auslandsschuld, die 1969 bei 2,5 Mrd. US \$ lag.

Zusammenfassend kann man zum Zeitraum von 1940 -1970 sagen, daß in den 60 iger Jahren die Grenzen der Importsubstitutionspolitik vorschnell akzeptiert wurden, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie von den Industrieländern immer bekämpft wurde. Dies wird besonders deutlich, wenn man die sogenannten Grenzen der Importsubstitutionspolitik einmal näher betrachtet;

1. Saturierung des Binnenmarktes : Diese kann durch eine gewisse Flexibilität und Durchlässigkeit der Importsubstitutionspolitik überwunden werden.
2. Neue Investitionen erfordern weit mehr Kapital: Dahinter steckt letztlich die Philosophie derer, die ihren Profit über die Kapitalakkumulation machen. Die Entwicklung eines Staates sollte an den Interessen seiner Bevölkerung und nicht an denen des Kapitals interessiert sein.
3. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nehmen zu: Diese Argumente reichen so nicht aus, um die Politik der Importsubstitution fallen zu lassen.

Für eine Regierung, die wie die mexikanische den Anspruch hat, die Wirtschaft zu steuern, Schwerpunkte bei den Investitionen zu setzen, die nötige Infrastruktur zu schaffen, aktiv als Unternehmer in den Bereichen auftreten, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unterstützt werden müssen und vom privaten Sektor vernachlässigt werden, wäre es eigentlich naheliegend gewesen an einer modifizierten Importsubstitutionspolitik festzuhalten.

Privatwirtschaftliche Interessen, die expansiven Transnationalen Konzerne, das billige Kapital und nicht zuletzt der internationale Druck der Exportnationen zwangen Mexiko, die Importrestriktionen abzubauen.

Damit setzte sich in Mexiko immer stärker eine exportorientierte Politik, die exakt den Prämissen des Modernisierungsansatzes entsprach und dem Weltmarkt entgegenkam, durch.

Mexiko begab sich damit zunehmend in Abhängigkeiten, auf die es selbst wenig Einfluß nehmen konnte.

Eine zunehmende Urbanisierung als Folge der marktorientierten Industrialisierung verschärfte die regionalen Unterschiede und erhöhte das Stadt-Land Gefälle. Die Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Bereichs zwang Mexiko Anfang der 70 iger Jahre riesige Importe im Agrarsektor vorzunehmen. Die abnehmende Bedeutung des Primärsektors als Quelle des Einkommens und der Beschäftigung spiegelt die Dynamik der industriellen Entwicklung wieder.

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird wuchs der Anteil des industriellen Sektors stetig. Den größten Zuwachs jedoch erfuhr der tertiäre Sektor. In der Agrarentwicklung führte von 1950 -1965 der Wertzuwachs in der Landwirtschaft zu einer bescheidenen durchschnittlichen realen Wachstumsrate von 3,7 %. Auf diese Weise gelang Mexiko Mitte der 60 iger Jahre die völlige Selbstversorgung bezüglich Nahrungsmittel und Rohstoffe. Es erfolgte sogar eine Ausweitung der Agrarexporte. Durch die stärkere Gewichtung der " Verschuldeten Industrialisierung " fiel der Agrarbereich wieder stark zurück und Mexiko mußte sogar wieder Nahrungsmittel importieren. Die innergesellschaftlichen Spannungen wuchsen immer stärker an. Bei den Studentenunruhen vor den Olympischen Spielen kam es schließlich zu dem vom späteren Präsidenten Luis Eccheverria befohlenen Massaker von Tlatelolco, bei dem über 200 Menschen getötet wurden.

Die Präsidentschaft von Luis Eccheverria

Eine Reihe von Problemen hatte sich in den 30 Jahren der Industrialisierung angestaut, ein chronisches Zahlungsbilanzproblem, ein schlecht organisierter einheimischer Markt, eine ineffiziente einheimische Industrie und eine Abhängigkeit vom Auslandskapital.

Eccheverria setzte sehr bald auf eine massive Expansion der Regierung im Bereich der Wirtschaft. Ein Engagement das jedoch mit Auslandsschulden finanziert wurde. Rückblickend hieß es aus dem mexikanischen Ministerium für Finanzen und öffentliche Kredite im Juli 1977: " Die Politik der öffentlichen Verschuldung, welche von der mexikanischen Regierung verfolgt wurde stütze sich auf die Ausweitung der Produktivität und hatte als weiteres Ziel die Anhebung der Lebensqualität.

Wie in vielen anderen Ländern waren auch in Mexiko die internen Ersparnisse zu gering, um die erforderlichen Investitionen zu tätigen. Dafür aber bot sich der internationale Finanzmarkt mit günstigen Krediten an.

Die Inflation des Dollars Anfang der 70 iger Jahre und der Rückfluß der Gewinne aus den Ölförderstaaten hatten den Banken einen Liquiditätsüberschuß beschert, den diese wiederum möglichst schnell und gewinnbringend einzusetzen versuchten. Die Konkurrenz unter den Banken, der Überfluß an Kapital und die teilweise hohen Inflationsraten minderten die Zinslasten erheblich.

Während die Regierung im ersten Jahr ihr Programm für eine größere Wirtschaftsstabilität durchzusetzen versuchte, wurde sie jedoch, bedingt durch die sich verschlechternden sozio - ökonomischen Bedingungen gezwungen die Priorität sehr schnell wieder zugunsten von Wachstum und Finanzkapital zu verändern.

Die Folge war eine weitere Vernachlässigung der Landwirtschaft und anderer für die Bevölkerung wichtiger Bereiche. Die öffentlichen Ausgaben stiegen drastisch an und der Aufschwung in der Industrie vollzog sich mit einer enormen Zuwachsrate von 9,3 % im Jahre 1972.

Die Landwirtschaft dagegen konnte ihre Produktion nicht einmal soweit steigern, daß sie mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hielt. So stieg bis Ende 1975 die öffentliche Verschuldung von 7 Mrd. US \$ auf 20,3 Mrd. US \$. Gegen Ende der Amtszeit der Regierung Eccheverrias begannen sich die internationalen Banken um die Kreditwürdigkeit Mexikos Sorgen zu machen.

Deutlich erkennbar wird hier, wie einer Expansion auf dem Kapitalmarkt ein rapider Anstieg der Verschuldung gegenübersteht. Beide Phänomene korrespondieren in der Weise, daß es sich einerseits um verhältnismäßig leicht erworbenes Kapital auf beiden Seiten handelte und daß beide Seiten glaubten es möglichst effizient einsetzen zu können.

Mangelnde Sorgfalt und Korruption wiederum erhöhten die Ineffizienz des eingesetzten Kapitals

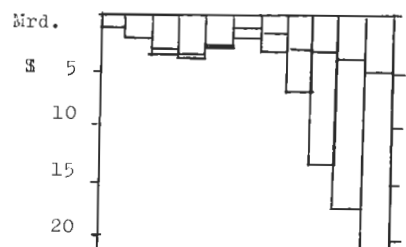
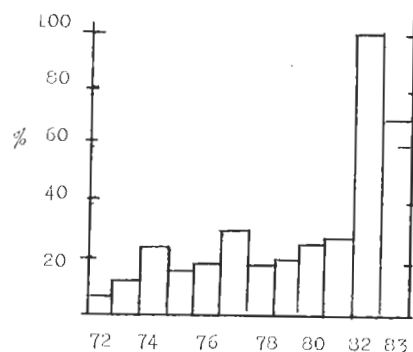
Der Traum dauerte 6 Jahre

Die Sorgen der Banken verflögen mit dem Amtsantritt von Lopez Portillo sehr schnell. Das düstere Bild das sich gegen Ende der Regierungszeit von Eccheverria bot, wandelte sich sehr schnell.

Das Öl, der Stoff aus dem in Mexiko die Träume waren, stellte einen unermesslichen Reichtum dar, demgegenüber die Verschuldung als tragbar erschien. Zu Beginn der Amtsperiode von Lopez Portillo wurde viel vom Fortschritt gesprochen. Das war die Hoffnung auf einen festen Arbeitsplatz, auf steigende Löhne, auf den Umzug in ein gesundes Viertel, weg von den Müllkippen und über schmutzigen Abwasserkanälen, raus aus dem Slumviertel ohne Trinkwasser und feste Straßen.

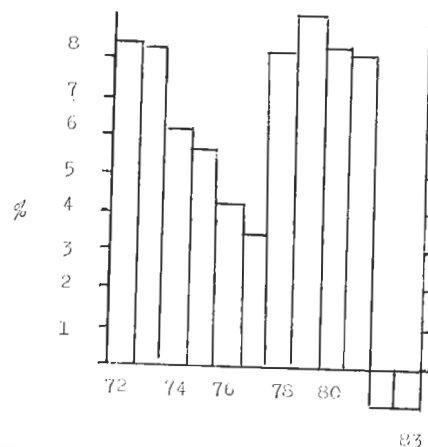
Diese Hoffnung wurde durch den Ölreichtum genährt der zwischen 1977 und 82 gigantische Baustellen, neue Industrien und vier Millionen Arbeitsplätze

Jährliche Inflationsraten



Handelsbilanzdefizite mit und ohne Erdöl

Jährliches Wachstum des BSP in Mexiko

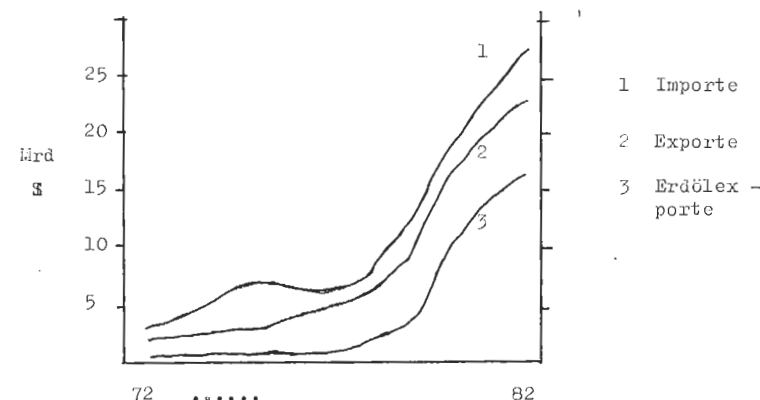


schuf. Erdöl war in Mexiko mehr als nur ein Rohstoff, mehr als nur ein Exportprodukt. Erdöl ist in Mexiko auch ein Mythos. Es gab kein Gespräch und keine Diskussion über die Zukunft des Landes, die nicht beim Erdöl endete. 6 Jahre später war der Traum schon wieder vorbei. Die Auslastung der Fabriken sank auf weniger als 40 %, mehr als eine Million Arbeitnehmer wurden wieder entlassen und jene Hälfte der Arbeitsfähigen Bevölkerung, die nie einen festen Job besaß, hat keine Aussicht mehr jemals einen zu bekommen. Gegen Ende der Regierungszeit stieg die Verschuldung auf 80 Mrd \$.

Betrachtet man die nebenstehenden Grafiken einmal etwas genauer, dann zeigt sich, daß ab 1976 in Mexiko eine Wende stattfand, die nicht nur interner sondern auch sehr stark externer Natur war.

Die Bedeutung dieses externen Einflusses wird im folgenden etwas näher ausgeführt. Hervorzuheben ist hier vor allem der Druck der USA. 1976 lancierte der amerikanische Geheimdienst CIA die "Information", daß Mexiko nicht - wie bislang angenommen - über 10 Milliarden, sondern über 250 Milliarden Barrel an Ölreserven verfüge - also sogar Saudi-Arabien übertreffe und auf der Liste der Erdölbesitzenden Länder gleich nach der Sowjetunion stehe. Das "Office of Economic Research" ein dem CIA - Direktor unterstehendes Wirtschaftsinstitut veröffentlichte den bis dahin geheimen Report. Mit dieser Enthüllung, die rechtzeitig vor dem mexikanischen Präsidentenwechsel des Jahres 1976 publiziert wurde, sollte in Mexiko eine Erdöl-euphorie ausgelöst und die neue Regierung zu einer großzügigeren Politik mit den ungehobenen Schätzen verleitet werden. Grund: Die USA wollten ihre Energieversorgung aus dem entfernten und krisengeschüttelten Nahen Osten ins benachbarte und leichter zu überwachende Mexiko verlegen.

Schon 1972 hatte der US - Botschafter Robert H. McBride zusammen mit der amerikanischen Handelskammer in Mexiko daran gearbeitet eine Gruppe mittelgroßer mexikanischer Unternehmer zu einer politischen Lobby zusammenzuschweißen. Diese "Gruppe von Mon-



Handelsbilanz Mexiko

terrey", benannt nach der nordmexikanischen Industriestadt, verlangte von Lopez Portillo eine massive Erhöhung der Ölexporte, um mit den Dollareinnahmen ein rasche Industrialisierung des Landes finanzieren zu können. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, zogen die Industriellen kurzfristig 2,2 Mrd \$ aus Mexiko in die USA ab und speisten dieses Fluchtkapital erst nach Abschluß einer Allianz für die Produktion wieder in den nationalen Wirtschaftskreislauf ein. In dieser Allianz mit dem Kapital verpflichtete sich die Regierung, den Unternehmern durch billige Kredite, Unterdrückung von Lohnkämpfen und Steigerung der Energiekapazitäten, zum schnellen Aufbau von Wirtschaftsimperien zu verhelfen.

Mit der Hebung der nationalen Erdölschätze beauftragte Präsident Portillo einen Mann, der der CIA aufs engste verbunden war: Jorge Diaz Serrano war bis Mitte der sechziger Jahre zusammen mit dem späteren CIA - Direktor George Bush, heut Vizepräsident der USA, Anteilseigner einer in Texas registrierten Erdöl - Bohrfirma. Sie wurde mit Aufträgen zur Erschließung neuer Felder eingedeckt und Serrano Direktor der staatlichen "Petroleos Mexicanos".

Dem mexikanischen Staat flossen in den folgenden 6 Jahren, in denen der Erdölexport von Null auf anderthalb Millionen stieg (Barrel), rund 40 Mrd \$ zu - ein Wirtschaftswachstum von jährlich 7 - 9 %. Diese Petrolisierung mit der heute mehr als 70 % aller Exporteinnahmen verdient werden, ließ das gesamte Wirtschaftsgefüge aus dem Leim gehen. Firmen importierten immer mehr Rohstoffe und Maschinen. Weil die Regierung den Wert des Peso gegenüber dem Dollar künstlich hochhielt, wurden sogar solche Produkte importiert, die auch in Mexiko hergestellt werden konnten. Die Betriebe verschuldeten sich im Ausland. Giganten wie die Gruppe Alfa aus Monterrey, die Stahl, Glas, Beton und Bier herstellt nahm zwei Drittel ihrer Anleihen in Dollar auf. Mit der Abwertung des Peso brachen schließlich viele Firmen zusammen.

Die USA sind der wichtigste Handelspartner Mexikos, das bei steigender Tendenz im Jahre 1980 65,4 % seiner Importe aus den USA bezog. Dagegen beziehen die USA aus Mexiko fast ausschließlich Öl: 80% der mexikanischen Exporte in die USA sind Erdöl.

In diesen Jahren stieg auch der Anteil der Einnahmen durch den Erdölverkauf, der für die Nahrungsmittelimporte ausgegeben wurde auf durchschnittlich 35%. 1980 konsumierte die mexikanische Bevölkerung 24 bis 25 Millionen Tonnen

" granos basicos " (Mais ,Weizen und Bohnen). Davon wurden 1980 10 Mil - lionen importiert. Der Getreidebedarf der Viehwirtschaft ist enorm. Von 35 Millionen Stück Vieh werden 17 Millionen mit Getreide gefüttert. Der Fleischkonsum im Lande selbst ist dagegen gering. Nur fünf Prozent der Bevölkerung konsumiert Fleisch regelmäßig. Fast 20 % essen nie Fleisch.

Die Katastrophe und mögliche Lehren daraus

Im August 1982 wurde die Katastrophe für alle Welt sichtbar. 24 Millionen Dollar waren zur Rückzahlung fällig. Mexiko schien zahlungsunfähig zu sein. Was das für Mexiko bedeutete, wie dieser Liquiditätsmangel überwunden wurde und welche Qualität allein mit dem Begriff Verschuldung verbunden ist, wird in der nächsten Nr. aufgezeigt werden. Hinter der Verschuldung steckt mehr als nur das Öl. Stellt man Mexiko in einen größeren Kontext, dann zeigt sich, daß die Verschuldung extern bedingt wurde, aber intern bezahlt werden muß. So jedenfalls wollen es die westlichen Länder und die Banken. Die Informationen und Erfahrungen der letzten Monate erlauben es, ein ziemlich klares Bild von dem Geschäft mit der Verschuldung zu zeichnen. Zu dem Ausdruck der " Terms of Trade " müßte man einen weiteren, nämlich den der " Terms of money " hinzufügen. Mehr darüber und eine zusammenfassende Analyse in Bezug auf Mexikos Verschuldungspolitik in der nächsten Nr.

Indicators for the Structural Change in the Mexican Economy between 1950 and 1977

	1950		1960		1970		1977 ^a	
	million pesos ^b	per cent	million pesos ^b	per cent	million pesos ^b	per cent	million pesos ^b	per cent
Gross domestic product	86,973	100.0	150,511	100.0	298,000	100.0	411,000	100.0
Agriculture	15,442	17.8	22,970	15.9	34,535	11.8	37,401	9.1
Mining ^c	4,206	4.8	7,395	4.9	14,154	4.8	24,248	5.9
Industry	19,281	22.1	36,538	24.3	88,000	29.7	126,989	30.9
Services ^d	48,084	55.3	82,808	54.9	159,911	53.9	222,351	54.1
	1,000 persons	per cent	1,000 persons	per cent	1,000 persons	per cent	1,000 persons	per cent
Economically active population	6,272	100.0	11,274	100.0	13,343	100.0	17,700	100.0
Agriculture	4,824	58.3	6,097	54.1	5,004	37.5	5,956	33.8
Mining ^c	97	1.2	141	1.2	185	1.4	313	1.8
Industry	1,222	14.8	2,003	17.8	2,898	21.7	4,136	23.4
Services ^d	2,128	25.7	3,033	26.9	5,255	39.4	7,295	41.2

^a Preliminary. - ^b In constant (1960) prices. - ^c Includes petroleum and coal. - ^d Includes public services.

SOLIDARITÄT

Spendenaufwurf für ein Kinomobil für El Salvador

Liebe Companeros,
Zuerst möchte ich Euch einen herzlichen Gruß des Instituto Cinematográfico de El Salvador Revolucionario / ICSR übermitteln.

Vor 2 Jahren wurde unser Filminstitut gegründet, um ein neues salvadorianisches Kino zu entwickeln, künstlerischer Ausdruck des Kampfes selber. Wir haben bis heute zwei Dokumentarfilme fertiggestellt: "El Salvador, das Volk wird siegen!" und "Der Weg zur Freiheit". Beide sind das Ergebnis von großen Anstrengungen in der Produktion und Realisation. Die Filme wurden mit äußerst begrenzten Mitteln unter sehr schwierigen Bedingungen gedreht, eben unter den Bedingungen des Krieges.

In diesem Zusammenhang hat das Filmschaffen einen politischen und anprangernden Charakter erlangt, wird damit zu einer weiteren Front des Kampfes, wo auch die Kultur einen entschiedenen Widerstand leistet. Die kulturellen Werte unseres Volkes werden so mit unserer Arbeit wieder zurückgewonnen.

Wir suchen mit unserem Filmschaffen eine Art kultureller Selbstbehauptung, eine eigene Form, um über das Geschehen zu berichten, als Teil eines ganzen Volkes das für seine Befreiung kämpft. Unser erster Dokumentarfilm - er hält die kämpferische Geschichte El Salvadors bis in unsere Tage in Bildern fest - läuft in 24 Ländern, wurde in 12 Sprachen übersetzt und hat zahlreiche internationale Preise gewonnen. Der zweite Film, "Der Weg der Freiheit", führt in die von der Befreiungsfront FMLN kontrollierten Gebiete - er zeigt das Leben der Guerilla, die Arbeit der verschiedenen Massenorganisationen, den Aufbau der Poder Popular (Volksmacht) und die Beteiligung der Frau in allen Bereichen des revolutionären Kampfes in El Salvador.

Alles alles filmisch festzuhalten, ist eine der Aufgaben des ICSR; darüber hinaus befassen wir uns mit einer besonders wichtigen Arbeit: mehrere teams des KINOMOBIL werden vorbereitet und ausgerüstet, um in den kontrollierten Gebieten Filme auf Super 8 zu zeigen. Unter beispiellosem Erfolg begannen wir im vergangenen Jahr mit dem Cinemovil Popular. Wir begegneten dem aufmerksamsten Publikum, das man sich vorstellen kann: Tausende von companeros, die niemals zuvor Bilder auf einer Leinwand gesehen hatten, Bilder, die aus einem Kasten mit zwei Rollen kommen. Bilder, die das Volk selbst zeigen und mit denen sie sich identifizieren.

Im Augenblick ist diese Arbeit ins Stocken gekommen, weil die Projektoren verschlissen sind: Über ein Jahr lang wurden sie auf Maultieren transportiert über Flüsse, der prallen Sonne ausgesetzt, sowie Wind und Regen ... auf dem Weg von einem Dorf zum nächsten, wo die Filme meist mehrmals vorgeführt werden mußten, weil die Leute es so wollten. Unsere teams wurden dringend aufgefordert, doch bald wiederzukommen mit diesen "magischen Kasten". Auch die Filmkopien haben so gelitten, daß streckenweise nichts mehr zu erkennen, geschweige denn zu hören ist.

Deshalb betrachtet es das Filminstitut z.Z. als vorrangig, die Ausrüstung zu erneuern und zu erweitern: sowohl für das Kinomobil als auch für die Dreharbeiten und Produktion der Filme. Denn die Dreharbeiten unterliegen ganz besonderen Schwierigkeiten. Das team bewegt sich überall da, wo Kämpfe stattfinden, sei es

in den Bergen oder den Städten. Dabei muß die Ausrüstung vor Feuchtigkeit, Staub und nicht zuletzt gegenrischen Kugeln geschützt werden. Trotz aller Vor-sicht überdauert eine Ausrüstung keine 4 Monate! Eine haben wir vor 6 Monaten bei einem Bombenangriff verloren.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Verbreiterung unserer Arbeit vorrangig. Dafür brauchen wir die finanziellen Mittel und die Ausrüstung, um dementsprechend weiterarbeiten zu können.

Weitere und detailliertere Informationen bei
CON Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Eine Druckerei für El Salvador

Was haben wir mit El Salvador zu tun ?

Vom Recht auf Selbstbestimmung und menschenwürdiges Leben sind wir in der BRD letzten Endes noch genauso weit entfernt wie die Salvadoreaner, obwohl sich die Bilder nicht gerade gleichen: Hier Sozialstaat, wenn auch im Abbau begriffen, dort Kampf ums nackte Überleben, gegen Hunger, Analphabetismus, Krankheit und Todesschwadron, hier die verschärfte Freß- und Sauferei, dort die leeren Bäuche, dort die Kaffeeproduzenten, deren Arbeiter sich selbst keinen leisten können, hier die Kaffeetrinker, aber auch die Multis, die uns alle zusammen in die Pfanne hauen bei ihrem Streben nach Profit und Macht, dort aber auch die Hoffnung auf Veränderung, während "no future" von hier kommt. Es gibt natürlich auch ein paar Ähnlichkeiten: Hier wie dort machen sich die USA mit ihrem Militäraapparat breit, mit Pershing und Cruise Missile oder mit Napalm und Hubschraubern, mit Truppen oder Militärberatern, und hier wie dort kämpfen Menschen dagegen, in der Friedensbewegung, gegen die Starbahn West oder aber in der Guerilla in El Salvador. In El Salvador haben sich Ausbeutung und Repression durch die faschistoide Oligarchie und die reaktionären Militärs soweit zugespitzt, daß ein beträchtlicher Teil des Volkes zu den Waffen gegriffen hat. Dadurch hat die Guerilla, zusammengeslossen in der FMLN, eine solche militärische Stärke erreicht, daß trotz enormer wirtschaftlicher und militärischer Hilfe der USA der Sieg der Guerilla nicht zu verhindern sein wird, es sei denn, die USA würden direkt intervenieren.

In den befreiten Gebieten, in Morazan, Chalatenango, Usulután, San Vicente, hat die Guerilla schon begonnen, neue soziale Strukturen aufzubauen wie Produktionskollektive in Landwirtschaft und Handwerk, Schulen und Gesundheitsversorgung, eine zivile Selbstverwaltung.

Die salvadorianischen Genossen haben aus den Erfahrungen des Vietnamkrieges und der nicaraguanischen Revolution gelernt, daß internationale Solidarität lebenswichtig ist. Um der Desinformationspolitik der Militärstrategen und des CIA entgegenzutreten und damit auf internationaler Ebene und in den USA selbst Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die eine direkte US-Intervention erschwert, hat die FMLN ein Informationsnetz aufgebaut, das auch die Solidaritätsbewegungen mit Nachrichten und Material versorgt. In diesem Zusammenhang ist als ein technisches Hilfsmittel der Aufbau einer Druckerei in Angriff genommen worden. Dort soll wegen des Mangels an technisch-politischem Personal auch ausgebildet werden. Wir, Tom und Ringo, Off-Set-Drucker und Werkzeugmacher, kommen aus dem Nicaragua-Solidaritätskomitee Westberlin und haben in den letzten zwei Jahren in dem Druckereiprojekt des Komitees in der Landarbeitergewerkschaft (ATC) in Nicaragua gearbeitet und ausgebildet. Wir werden ca. zwei Jahre in dem Druckereiprojekt der Salvadoreaner, im Informationssystem von Radio Venceremos, arbeiten und können deshalb über die Entwicklung des Projekts regelmäßig berichten.

Die Druckerei besteht bereits, einige der wichtigsten Produktionsmittel fehlen noch. Um diese Maschinen hier in der BRD zu kaufen und für die laufenden Kosten der Druckerei im ersten Jahr benötigen wir eure finanzielle Unterstützung.

Projektbeschreibung

1. ALLGEMEINES

Radio Venceremos ist das offizielle Organ der FMLN in El Salvador und sendet täglich seit dem 10. Januar 1981 aus Morazán, dem Gebiet, das von der FMLN kontrolliert wird. Das Sistema Radio Venceremos (SRV) umfaßt verschiedene Medien der FMLN, die die Arbeit von RV unterstützt, seine Nachrichten international verbreiten, und mit ihm zusammen eine komplexe technische und organisatorische Infrastruktur von Kommunikation, Produktion und Vertrieb sowohl in El Salvador als auch im Ausland unterhalten.

Zum SRV gehören

- Radio Venceremos mit Sendern in Morazán (KW) und am Vulkan Guazapa (UKW) und mit seiner Redaktion und seinem Produktionszentrum in Morazán
- Korrespondenten von RV in verschiedenen mittelamerikanischen Ländern, in Mexico, Frankreich und der BRD
- Der Bereich Kino und Fernsehen von SRV mit Film- und Video-Teams in Morazan und San Salvador und Verlag und Vertrieb im Ausland
- Das Comando Internacional de Información (COMIN), das über Telex und den Informationsdienst von RV an die internationalen Presseagenturen übermittelt, die internationale Zeitschrift "Señal de Libertad", die internationale Illustrierte "El Salvador", die Zeitung für die salvadoreanischen Flüchtlinge "Retaguardia Combativa" und andere Publikationen herausgibt
- Ein Fotolabor, das dem COMIN angeschlossen ist, verbreitet Bildmaterial, das die Fototeams von RV an den Kampffronten und in der Hauptstadt aufnehmen, organisiert Ausstellungen und stellt Ton-Dia-Schaus her.
- Die Siebdruckwerkstatt des COMIN produziert und vertreibt Plakate, Kalender u.a.

Als organischer Bestandteil dieses Mediensystems von Information und Propaganda im Dienste der salvadoreanischen Revolution bauen wir zur Zeit eine Off-Set-Druckerei auf, mit zwei Druckmaschinen, Satz, Repro und Buchbinderei, zur Herstellung der erwähnten Zeitschriften aber auch anderer Zeitungen, Bücher, Plakate usw.

Die Druckerei wird für SRV arbeiten sowie für die Mitgliedsorganisationen der FMLN/FDR und für Massenorganisationen und politische Gruppen anderer mittelamerikanischer Länder.

2. ZIELE DES PROJEKTS

Die Notwendigkeit der Druckerei ergab sich aus der Zunahme der schriftlichen und grafischen Information und Propaganda, Konsequenz der Entwicklung des Krieges in El Salvador, seiner Bedeutung für die Zukunft Mittelamerikas und der Karibik und der immer mehr wachsenden internationalen Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas.

Wir mußten eine wirksame, wirtschaftliche und flexible Form finden, Materialien herzustellen, die der Nachfrage nach Information gerecht werden, und als Arbeitsunterlagen für die Veröffentlichungen der Solidaritätskomitees in der ganzen Welt dienen können. Zunächst war es ausreichend, sich auf kommerzielle Druckereien und die Zusammenarbeit mit Organisationen zu stützen, die solidarisch ihre technischen Möglichkeiten zur Verfügung stellten. Aber bereits Anfang 1982 wurde die Notwendigkeit klar, eine eigene Druckerei aufzubauen. Bis heute haben wir mit der solidarischen Hilfe von vielen Freunden schon einige der wichtigsten Maschinen besorgen können.

Wenn die Druckerei erst einmal arbeitet, wollen wir folgende Ziele erreichen:

- Die ökonomische und technische Begrenzung in der Produktion von Büchern, Zeitschriften und Plakaten zu überwinden,
- den Aktionsradius unserer Öffentlichkeitsarbeit zu erweitern,
- die Kosten zu senken,
- ein größeres Publikum zu erreichen, sowohl bei den Flüchtlingen (500 000 Salvadoreaner in Mexico, USA, Honduras, Costa Rica, Nicaragua und Panama) als in den Massen- und Solidaritätsorganisationen in Mittelamerika, Mexico und anderen Ländern,
- eine größere Beweglichkeit und Regelmäßigkeit unserer Veröffentlichungen zu erreichen durch eine Druckerei, die ausschließlich für die demokratische und revolutionäre Bewegung El Salvadors arbeitet.

Aber die Bedeutung einer eigenen Druckerei erschöpft sich nicht mit den oben erwähnten Punkten. In allen Arbeitsbereichen des SRV verfolgen wir nicht nur kurzfristige Ziele. Wir sind eine politische Bewegung, die nach Jahren des Kampfes und Krieges einen realen Machtfaktor in El Salvador darstellt. Ohne die Beteiligung der FDR und der FMLN läßt sich kein einziger Aspekt der schweren Krise lösen, die unser Land heimsucht. Die demokratische und revolutionäre Bewegung El Salvadors ist bereit und kämpft dafür, diese Verantwortung zu übernehmen. Eine der ersten Aufgaben wird der Aufbau von Informationsstrukturen sein, die in der Lage sind, das Informationsmonopol der Oligarchie und der nordamerikanischen Unternehmen zu brechen.

Das SRV bereitet sich auf diese Aufgabe vor, mit allen seinen Arbeitsbereichen in den befreiten Gebieten, mit seinen Untergrundorganisationen in den Städten und seinem Unterstützungsapparat im Ausland. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung von eigenen technischen Produktionseinheiten, u.a. im grafischen Bereich, von größter Bedeutung. Eines der grundlegenden Ziele dieses Projekts ist es, mit der Entwicklung einer soliden Struktur im Technischen, Materiellen und Menschlichen zu beginnen. Deshalb sollen mehrere Genossen in Layout, Montage, Reprografie und Offsetdruck ausgebildet werden und ein technisch und politisch kompetentes Arbeitskollektiv gebildet werden.

3. STAND DES PROJEKTS

a) Technische Ausstattung

Im Augenblick verfügen wir über folgende Maschinen: 1 Offset-Druckmaschine Heidelberg KORA, Druckformat ca. DIN A 2, 1 Offset-Druckmaschine Multilith, ca. DIN A 3, 1 Reprokamera, 1 Handabzugspresse, 1 Lieferwagen.

b) Räumlichkeiten

Wir haben eine große Werkstatt gemietet. Elektro- und Sanitärinstallationen werden erneuert. Es werden gerade Dunkelkammer, Satz- und Montageräume ausgebaut und Arbeitstische gezimmert. Die Werkstatt hat ein Büro und wird auch die Siebdruckwerkstatt aufnehmen.

c) Das Kollektiv

Es existiert bereits ein Arbeitskollektiv, das aus den folgenden neun Personen besteht: ein Drucker mit langjähriger Berufserfahrung incl. Betriebsführung, ein Genosse mit Erfahrung in Layout und Siebdruck, ein deutscher Offsetdrucker, ein deutscher Mechaniker, ein Genosse mit Erfahrung in Reprofotografie, vier Genossen, die ausgebildet werden sollen. Das Kollektiv wird sich je nach Entwicklung und Notwendigkeiten erweitern und von den anderen Kollektiven des COMIN, Fotografie, Layout und Siebdruck, unterstützt. Bei Bedarf sollen ein oder zwei Personen für Buchhaltung und Verkauf integriert werden. Das Druckkollektiv ist organischer Bestandteil des SRV, d.h. es handelt sich um eine politische Struktur der FMLN. Seine Angehörigen sind Militante oder Basismitglieder der FMLN und erhalten keinen Lohn, sondern die Organisation sorgt für ihren Unterhalt.

Die Druckerei wird kollektiv geleitet, das Kollektiv bestimmt unter der Aufsicht eines Teils des Führungskollektivs des SRV und anderer politischer Instanzen der Organisation über Arbeits- und Ausbildungspläne, Inverstitutionen und Ver-

waltung. Die Ausbildung ist durch die Mitarbeit von drei technisch qualifizierten Genossen garantiert, die genügend Erfahrung in der Produktion, der Maschineneinstandhaltung und der Ausbildung haben. Die beiden Internationalisten haben schon zwei Jahre lang in einem ähnlichen Ausbildungsprojekt im grafischen Bereich gearbeitet.

4. NOTWENDIGKEITEN

a) Maschinen

Um die Grundausrüstung der Druckerei zu vervollständigen, müssen noch einige Maschinen gekauft werden, für einen Betrag von 25 800 US-\$. Es handelt sich um gebrauchte Maschinen, um die Kosten niedrig zu halten.

b) Monatlicher Bedarf

Realistischerweise gehen wir davon aus, daß die Druckerei als politisches und als Ausbildungsprojekt sich zumindest im ersten Jahr nicht tragen können. Deshalb schließt das Projekt einen monatlichen Zuschuß ein, der das erste Jahr des Druckereibetriebs ab Juli 1983 absichern soll.

Ein Teil des monatlichen Finanzbedarfs wird bereits durch einen minimalen Etat des SRV für die Druckerei sichergestellt. Die Posten jedoch, die mit Devisen bezahlt werden müssen, also Materialien, die im Ausland eingekauft werden, und die Lebenshaltungskosten für die zwei Internationalisten sind im Projekt inbegriffen.

Wir bitten um Spenden auf das folgende Konto:

Heinz Vilsmeier, PschA Berlin West 42 89 49 - 109, Stichwort "Druckerei"

Für Nicaragua: Für Nicaragua Internationale Arbeitsbrigaden Internationale Arbeitsbrigaden

Berlin (taz). Die nicaraguanische Regierung hat die Bevölkerung Europas aufgefordert, Internationale Arbeitsbrigaden zum Schutz der Revolution gegen eine militärische Aggression aufzustellen. Eine entsprechende Nachricht traf am Donnerstagvormittag bei der Koordinationsstelle der Nicaragua-Solidarität, dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal ein. Die Alternative Liste Berlin und die Grün-Alternative Liste Hamburg haben zur Bildung Internationaler Arbeitsbrigaden in Nicaragua aufgerufen und werden einen entsprechenden Antrag auch auf dem Grünen-Parteitag am 18.20. November in Duisburg einbringen.

Im nicaraguanischen Aufruf wird zur Bildung von zwei Arten von Friedensbrigaden aufgerufen: Es sollen Erntebbrigaden gebildet werden, die in Gruppen von etwa 30 Leuten für etwa zwei Monate in Nicaragua bleiben würden. Für Unterkunft und Ernährung würde gesorgt werden. In Nicaragua hat die Ernte der wichtigsten Devisenprodukte, Kaffee und Baumwolle, bereits begonnen. Zum anderen benötigt Nicaragua Technikerbrigaden, die in Gruppen zu jeweils 20 Leuten für mindestens drei Monate in Land bleiben sollten. Für ihre Finanzierung kann Nicaragua nicht

TAZ vom 18.10.83

aufkommen. In der Nachricht heißt es weiter, die ersten Brigaden sollten nach Möglichkeit bereits ab Anfang Dezember in Nicaragua sein.

Wie das Informationsbüro Nicaragua mitteilt, werden die Brigaden voraussichtlich an der nördlichen Grenzregion zu Honduras stationiert werden. Sie werden vor allem die politische Funktion haben, auf unbewaffnete Weise die Revolution gegen einen Angriff von außen zu schützen, der in Nicaragua innerhalb der nächsten Wochen erwartet wird. Daher solle sich jeder, der sich an den Brigaden beteiligen will, den Ernst der Situation klarmachen. Das Grenzgebiet zu Honduras gilt als das Hauptaufmarschgebiet für die rund 10.000 CIA-finanzierten Söldner und ehemaligen Mitglieder der zerschlagenen Nationalgarde des Diktators Somoza.

Der Delegiertenrat der Alternativen Liste Berlin hat am Donnerstag ohne Gegenstimme den Beschluß verabschiedet, in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Nicaragua, der Botschaft Nicaraguas und dem Nicaragua-Komitee Berlin die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu tragen und hat bereits drei Personen hierfür benannt.

Seit kurzem liegt von der nicaraguanischen Regierung die Anforderung zur sofortigen Entsendung von Gesundheitsbrigaden vor. Jede dieser Brigaden soll aus einem Chirurgen, einem Anästhesisten, einem Allgemeinmediziner, einem Geburtshelfer und zwei Personen Pflegepersonal bestehen. Bei der koordinierenden Stelle, dem „Gesundheitsladen Berlin“, haben sich bislang 15 Ärzte und 40 Pfleger und Krankenschwestern gemeldet. Eine erste Brigade wird um den 10.12. abreisen können. Am 26./27.11. wird in Berlin zum ersten Mal öffentlich das Bundestreffen der Nicaragua-Solidarität stattfinden. Gleichzeitig ist dort eine Tagung der Medizinergruppen geplant.

Wie die Alternative Liste Berlin mitteilt, haben sich bereits über tausend Menschen zu den Internationalen Arbeitsbrigaden gemeldet - vorwiegend aus den USA, Kanada, Schweden und den Niederlanden. Ein bisher ungeklärtes Problem ist nach Auskunft der Informationsstelle Wuppertal vor allem die finanzielle Absicherung der Brigaden.

Zwar müsse jeder für die Reisekosten selber aufkommen, aber es bedürfe weiterer Mittel, Vorbereitung und Koordination durchführen zu können.

Kontaktstellen sind bisher:

Informationsbüro Nicaragua, Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal; Tel.: 0202/76 05 27 (ab Montag 10 Uhr); Konto (gemeinnützig): 97 67 38, Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00. (Verwendungszweck angeben!)

Kontakt in Berlin: über Forschungs- und Dokumentationszentrum Lateinamerika (FDCL) im Mehringhof, Gleisenstraße 2, 1000 Berlin 61; Tel.: 030/6 93 40 29 (vorläufig)

Gesundheitsladen Berlin (für die Gesundheitsbrigaden): dieselbe Adresse; Tel.: 693 20 90 (Mo.-Fr. 17-20 Uhr); Konto Gesundheitsladen, Sonderkonto Nicaragua (gemeinnützig): PschA Berlin-West 385 13 — 105; BLZ 100 100 10.

Rezension: Im Herzen der Bestie

von Thorsten Maas und Hanns - Ulrich Barde

Aktionshandbuch gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte, 160 Seiten,

Zu beziehen über: - Thorsten Maas, Schildstr.1, 2800 Bremen

- Hanns-Ulrich Barde, Weberstr.13, 28 Bremen

Rüstungs- und Atomgeschäfte gehören in der BRD zu den best gehüteten Geheimnissen. Alle Bundesregierungen haben sich bisher geweigert, gegenüber der Bevölkerung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, genaue Angaben über Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte zu veröffentlichen.

Wie nun die berühmten "Männer und Frauen auf der Straße" - oder noch besser im Hafen - sich dennoch Informationen über das bundesdeutsche Geschäft mit dem Tod anderer Leute in meist fernen Ländern beschaffen können, steht in einem neuen Buch. Sein Titel

"Im Herzen der Bestie" ist abgeleitet aus einem Zitat Che Guevaras, der 1964 vor US-amerikanischen Studenten erklärte, sie lebten inmitten der Bestie...

Die Autoren des "Aktionshandbuchs gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte" sind Mitglieder der Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika in der Anti-Apartheid-Bewegung. So schwierig wie der Name dieser Gruppe ist ihr Buch - den Autoren sei Dank - nicht zu lesen.

Trotz des todernsten Hintergrunds ist es aufgelockert mit manchen witzigen Karrikaturen, zahlreichen Fotos vom "Tatort Hafen" und Dokumenten - von der Einstellungsverfügung einer Strafanzeige wegen "Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz" bis hin zu einer Vernehmungsprotokoll der Zollfahndung in Bremen.

Fremdwörter und Fachbegriffe werden bewußt aufgegriffen und erläutert. Die oft kompliziert erscheinende Gesetzeslage wird juristisch treffend - aber allgemeinverständlich an praktischen Beispielen erklärt.

Die Autoren berichten aus der Praxis. Seit einigen Jahren recherchieren sie in ihrer Region in Sachen Rüstungs- und Atomexporte. Auf ihr Konto gehen u.a. die Aufdeckung der Exporte von Minenkampfböten für Südafrika ebenso wie die massenhafte Ausfuhr von Panzertransportern samt Auflagern in den kriegführenden Irak.

Detailliert wird in diesem Handbuch beschrieben, wie "ganz normale Menschen" mit offenen Augen bei Spaziergängen in Übersee- oder Binnenhäfen oder auch Bahnhöfen, sowie durch aufmerksames Studium allgemeinzugänglicher Militärzeitschriften, konkrete Einzelheiten über geplante bzw. schon stattfindende Exporte von Waffen- Rüstungs- und Nuklearen Lieferungen herausfinden kann. Ebenso eingehend schildert das Handbuch den Umgang mit diesen Informationen, ihre Verwertung und mögliche Ergänzung durch Gespräche mit Firmenvertretern, Arbeitern, Politikern und Journalisten, sowie möglicherweise auch Staatsanwälten. Strafanzeigen wegen des Verdachts des ungenehmigten bzw. verbotenen Exports führen zwar selten zu einem Verfahren, bringen aber oft weitere Erkenntnisse. Damit auch die Mitmenschen etwas vom vertraulichen Geschäft mit der Rüstung erfahren, wurden Straßentheater eingeübt, Dia-Reihen erarbeitet und Presseerklärungen verfaßt. Auf die Berichterstattung in der alternativen Stadtzeitung legten die Bremer dabei ebenso großen Wert wie aufs Regionalfernsehen oder den "Spiegel". Noch Wochen später nahmen Fernsehkommentatoren auf die Bremer Presseerklärungen Bezug.

Neben konkreten Handreichungen zur Pressearbeit und zum Umgang mit Politikern enthält das Buch einen umfangreichen Literaturteil (über Rüstungszeitschriften), private und öffentliche Bibliotheken und Archive zum Rüstungs- und Atomgeschäft sowie zum Uranhandel, eine Auflistung der wichtigsten Rüstungsbetriebe sowie ein, nach Postleitzahlen geordnetes, Adressenverzeichnis von Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit den angesprochenen Themen befassen.

Auf 160 Seiten ist alles erfaßt was jemand wissen muß, der etwas gegen das Geschäft mit dem Tod unternehmen will.

Es ist ein preiswertes Aktionshandbuch, dessen Preis sich für Aktionsgruppen bei einer Abnahme von mindestens 10 Exemplaren noch um ein Drittel verringert.

Leserbriefe

Liebe Freunde,

Euer Editorial der Novembernummer "Zum Verhältnis von Friedens- und Solidaritätsbewegung" ist Satz für Satz richtig (bis auf eine Ausnahme, auf die ich noch komme), aber insgesamt falsch. Ihr setzt das altvertraute linke Gedankengut gegen die unverstandene Symbolik der neuen Bewegungen. Argumentativ verlieren die Bewegungen dabei in jedem Fall. Zum Verständnis des tiefgreifenden Bewußtseinswandels, den die neuen Bewegungen ausdrücken, trägt Euer Denkansatz wenig bei.

Gewaltfreie Aktionen haben in Lateinamerika eine wichtige Funktion. An ihrem Anfang steht das Nachdenken über die Niederlage Che Guevaras, der über einen Guerillafokus die kontinentale Revolution auslösen wollte. Der Sturz der Diktatur Banzers in Bolivien begann mit einem Hungerstreik einiger Bergarbeiterfrauen. Das gewaltfreie Handeln der Angehörigen verschwundener politischer Gefangener in Argentinien (Mütter vom Maiplatz) und in Chile tragen zum Abbröckeln der dortigen Militärdiktaturen bei. Esquivel, der prominenteste Vertreter des gewaltfreien lateinamerikanischen Menschenrechtsbewegung, hat die politische Bedeutung dieses Handelns in die Worte gefaßt, daß es die Negation des bestehenden Herrschaftsmodells sei. In der Tat greift durch politischen Druck gestütztes gewaltfreies Handeln in einer Militärdiktatur die Herrschenden an ihrem empfindlichsten Punkt an, dort nämlich, wo offenbar wird, daß sie über keine Legitimation als die Waffen verfügen. Wenn wie im Falle der atomaren Drohung Gewaltsamkeit so maßlos wird, daß sie die Zukunft der Menschheit gefährdet, dann ist auch in entwickelten Ländern die Blockade eines Stationierungsortes das angemessene Symbol des Widerstands. Es ist die Negation eines Gewaltsystems im Weltmaßstab.

Ihr schreibt, Gewaltfreiheit sei einer Methode der politischen Auseinandersetzung, nicht ihr Ziel an sich. Es ist aber eine ethische Entscheidung und keine Frage der Methodenwahl, ob ich bereit bin, jemanden zu verletzen oder zu töten oder nicht. Ich muß diese Entscheidung vor der Aktion treffen, nicht in der Aktion. Auch die Frage, ob ich den bewaffneten Kampf unterstütze oder nicht ist nach ethischen Kriterien zu entscheiden. Sittliche Entscheidungen einem taktischen politischen Kalkül unterzuordnen hieße, die moralische Beliebigkeit der daraus sich ergebenden Politik in Kauf zu nehmen. Nehme ich diese Beliebigkeit in Kauf, dann gibt es keine Schranken gegen wahlweise Stalinismus oder Faschismus. Verantwortliches, historisch bewußtes Handeln muß sich mit ganzer Klarheit für oder gegen die Gewalt entscheiden. Wer sich gegen die Gewalt entscheidet, kann den bewaffneten Kampf nur insoweit unterstützen, als seine Methode ein Minimum an Gewaltanwendung ist (z.B. durch Einbettung des bewaffneten Kampfes in den politischen Massenkampf) und sein Ziel eine gewaltarme Gesellschaft nach der Revolution ist.

Korrekturen zum Leserbrief zur El Salvador-Soli in der letzten LN

Liebe Freunde,

vor lauter Eile habe ich im ersten Absatz meines Leserbriefes vergessen zwei Worte einzusetzen, was den Sinn der Sätze völlig umgekehrt hat.

"... die politische Diskussion in Gang zu setzen (die uns bei Nicaragua ziemlich fehlte). Es ist uns kaum gelungen." "... Wir sind aus der Tagespolitik selten herausgekommen."

Liebe Freunde,

den Peru-Artikel "Herbst der 'Demokraten'" in LN 118/119 möchte ich zum Anlaß für eine etwas grundsätzlichere Anmerkung nehmen. Zu einigen Einzelheiten:

- S. 95: der Chef des politisch-militärischen Kommandos der Region Ayacucho, Gen. Noel, hat nicht "ein Verbot der Oppositionszeitungen ... verfügt", was er auch gar nicht kann, da diese Zeitungen in Lima gemacht werden. Was er kann und auch tut, ist, die Berichterstattung durch Bedrohung und sogar Verhaftung der Korrespondenten dieser Zeitungen nach Kräften zu behindern. Er hat gelegentlich die Auslieferung der Zeitungen am Flughafen aufgehalten, das ist aber etwas anderes als ein generelles Verbot.
- S. 95: wie Euch aus dem Solidaritätsaufruf für das "diario" (LN120) inzwischen selbst klargeworden sein mußte, gibt es keinen staatlichen Papierhersteller mehr, der sich weigern könnte, das "diario" zu beliefern. Alle Zeitungen müssen Papier importieren, das "diario" ist nur wegen seiner prekären ökonomischen Lage von dieser Situation besonders hart betroffen.
- S. 98: die APRA hatte zwar zunächst zugesagt, Vertreter in die Delegation des Wirtschaftsministers zu den Verhandlungen mit dem "Club de Paris" zu schicken. Als aber die ebenfalls eingeladene IU ihre Mitwirkung mit der Begründung verweigerte, es handele sich dabei lediglich um ein Manöver, um die Opposition für ein Abkommen mitverantwortlich zu machen, auf dessen Zustandekommen sie im Grunde gar keinen Einfluß habe, machte sich die APRA dieses Argument zu eigen und zog ihre Zusage eilig zurück.
- S. 100: Der Schritt zum Zusammenschluß mehrerer Parteien in einer "Mariateguistischen" Partei hat noch keineswegs stattgefunden. Im Juli wurden erste Gespräche geführt, die erst im September fortgesetzt wurden, bisher noch immer ohne konkretes Ergebnis.

Soweit zu den sachlichen Unrichtigkeiten, die bereits bei flüchtigem Lesen ins Auge fallen.

Noch eine Anmerkung zu den "Paramilitärs", die dem Artikel zufolge "eine genauere Einschätzung der blutigen Auseinandersetzungen im Hochland ermöglichen":

Ich will überhaupt nicht in Zweifel ziehen, daß die Mörderbanden verschiedener Großgrundbesitzer, die es schon immer gab, sich die gegenwärtige Situation zu Nutze machen; und das auch seitens der Streitkräfte der gezielte Versuch unternommen wird, über die Wehrdienstabsolventen, die in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, Einfluß auf Teile der Hochlandbevölkerung zu gewinnen. Solche Beziehungen haben offenbar bei der Ermordung der Journalisten in Uchuraccay eine wesentliche Rolle gespielt, nicht zuletzt deshalb wird jeder Hinweis darauf in dem Bericht der Untersuchungskommission der Regierung und in den Artikeln, die der Schriftsteller Mario Vargas Llosa für teures Geld in der ganzen Welt verkauft hat, sorgfältig verschwiegen. Es ist aber festzuhalten, daß noch nirgends Waffen an Dorfbewohner ausgegeben worden sind - einfach aus der Befürchtung, daß sie früher oder später bei Sendero landen würden. Mit Hacken und Spaten ausgerüstete Leute als "Todesschwadronen" zu bezeichnen, ist denn doch höchst mißverständlich. Das Vorgehen der Polizei- und Militäreinheiten in allen Teilen des Landes ist gräßlich genug; es ist wirklich nicht nötig, da noch etwas hinzuzuerfinden.

Schließlich wäre noch zu fragen, welchen Informationsgehalt die Charakterisierung des Präsidenten Belaunde als "Repräsentant des demokratischen Scheins, in Wirklichkeit längst zur Gallionsfigur einer im Hintergrund agierenden Kamarilla von Finanzstrategen und Bürgerkriegsgenerälen verkommen" hat - da obendrein sowohl die in- und ausländischen Bankiers, als auch die Generäle ihre Interessen ganz offen verfolgen, von Hintergrund also kein Rede sein kann. Es würde mich auch interessieren, weshalb ein Vertreter des repressiven Alva-Orlandini-Flügels der Regierungspartei wie der Innenminister Percovich, der immerhin für die Polizei zuständig ist, als "vergleichsweise gemäßigt" bezeichnet wird, weshalb die Debatte innerhalb der IU über das Abwandern von Teilen ihrer Basis als "Spekulationen" denunziert wird, und warum der Eindruck erweckt wird, innerhalb von IU habe vor kurzem ein Stimmungswandel im Hinblick auf Sendero stattgefunden, da doch die Forderung von Ricardo Letts (UDP), politische Verhandlungen mit Sendero aufzunehmen, seit über einem Jahr kontrovers diskutiert wird.

Ich will dem Artikel nicht unterstellen, er wolle dem Leser eine politische Ten-

denz unterjubeln. Im Gegenteil - es fällt mir schwer, eine durchgängige politische Tendenz überhaupt zu erkennen. Was aber im höchsten Grade ärgerlich ist, ist der leichtfertige Umgang mit Fakten und die großzügige Vermischung von Tatsachen und Behauptungen.

Das grundsätzliche Problem, das eine solche Berichterstattung aufwirft, ist das folgende: da sich LN-Leser nicht in allen Ländern Lateinamerikas gleichgut auskennen werden, ist für jeden einzelnen schwer zu beurteilen, ob von der Qualität der Artikel zu einem Land (und ich bin ja nicht die erste, die die Peru-Information in den LN kritisiert) auf den Rest der LN geschlossen werden muß. (natürlich grundsätzlich nicht! d. Süsser) Woher kann ich wissen, ob die Artikel über andere Länder wirklich sorgfältiger geschrieben sind? Es kann doch nicht so schwer sein, mal ein paar andere Autoren zu Peru zu gewinnen oder Eure eigene Informationsbasis zu diesem Land ein bisschen zu verbreitern.

Mit freundlichen Grüßen
Eure Eleonore

Termine

Frauenreise Kuba

6.3.84 - 20.3.84 15 Tage Halbpension 2.300,-DM

Informations - und Studienreise zu verschiedenen Einrichtungen der Frauenföderation

Anmeldung sofort: Freundschaftsgesellschaft Westberlin - Kuba
Postfach 3345, 1000 Berlin 30

Fortsetzung von Seite 39

durchzusetzen ist. Die Chancen für eine Verständigung mit Sendero stehen nach dem relativem Erfolg der legalistischen Linken, die in Ayacucho mit der Padin-Kandidatin Elenora Zamora Concha immerhin 25% der Wahlberechtigten (das sind rund 46% aller abgegebenen Stimmen) hinter sich bringen konnten, nicht ungünstig. Das setzt allerdings voraus, daß die IU deutlich machen kann, daß die von ihr gewünschte Regierungsbeteiligung lediglich taktischer Natur ist und sie der deutlich sichtbar gewordenen Ablehnung der bisherigen Politik eine Stoßrichtung zu geben vermag, die sich nicht mehr mit reformistischen Korrekturen an einem bankrotten System abspesen läßt, sondern einen grundsätzlichen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Tagesordnung setzt.

Ob das Militär einer solchen Entwicklung tatenlos zusehen wird, ist zweifelhaft, ein Putsch als Reaktion auf einschneidende politische und soziale Veränderungen, auch wenn sie auf parlamentarischem Weg durchgesetzt werden, mehr als wahrscheinlich: die Frage nach anderen als den legalistischen Mitteln bei der Verwirklichung einer sozialistischen Alternative also durchaus angebracht und berechtigt.

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin 33, November 1983

Königsweg 7, 2300 Kiel 1

GRENADA: US-Invasion/Chronik des Überfalls/Die große Revolution auf einer kleinen Insel/Die letzten Tage von Maurice Bishop/ Ein Bild der Verzweiflung/Erste Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie /Internationale Reaktionen/ NICARAGUA: Angriff auf den Lebensnerv der Wirtschaft/Contra-Flugzeug abgeschossen/Man kann niemanden zwingen, die Revolution zu verteidigen/Zur Wehrpflicht - ein Diskussionsbeitrag/ EL SALVADOR: Heute Grenada - morgen El Salvador?/ HONDURAS: Auf dem Wege zur US-Kaserne /Ein Journalist sammelt für die Contra/ SOLIDARITÄTSARBEIT: Aktionen zu Grenada-Invasion

Mittelamerika-Magazin EXTRA, Oktober 1983

Königsweg 7, 2300 Kiel 1

US-Invasion in Grenada / Chronik des Überfalls / Internationale Reaktionen / Die große Revolution auf einer kleinen Insel / "Anfall von Hysterie": April 83: Grenada warnt vor geplanter Invasion / Die letzten Tage von Maurice Bishop: Analyse des Putsches / Der Putsch in Grenada: Erklärung der KP Cubas / Von Mythos eines Flughafens

ila - Info Nr. 70, Oktober 1983

Römerstr. 88, 5300 Bonn

Schwerpunktthema: Europäischer Frieden und Dritte Welt:

Die fliegenden Feldherrenhögel: AWACS - Symbol für eine neue interventionistische Außenpolitik der USA / Aufruf zur Blockade des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit / Im permanenten Kriegszustand - Überlegungen zur BMZ-Blockade / Ich bin glücklich, in der Opposition zu sein - Interview mit Nobelpreisträger Prof. G. Wald

Berichte und Hintergründe: UN-Beauftragter: "Die Flüchtlingspolitik wird weiter nördlich von Honduras entschieden" / Mal schauen, ob Gott sein Hände ausstreckt - ein 63jähriger Bauer berichtet über seine Flucht nach Honduras / "Denn wir sterben und nicht die Amerikaner" - Interview mit Efraim Diaz Arrivillaga, honduranischer Kongressabgeordneter / Alles andere ist billige Literatur - Pressekonferenz mit Nicaraguas Außenminister Borge in Bonn / Die Einigungsbewegung im peruanischen Agrarsektor / Staatlicher Mord in Peru.

Ländernachrichten: El Salvador, Panama.

Solidaritätsbewegung: "Er hatte die Möglichkeit zu helfen" - Deutscher Rechtsanwalt erhebt Klage gegen Minister Genscher wegen unterlassener Hilfeleistung bei Deutschen in Argentinien / Internationalisten protestieren gegen US-Aggression gegen Nicaragua / Uruguay: Furchtbare Haftbedingungen für staatliche Geiseln / Notizen aus der Bewegung / Leserbrief / Buchbesprechungen / Zeitschriftenschau

ila - Info Nr. 71, November/Dezember 1983

Römerstr. 88, 5300 Bonn

Schwerpunktthema: Die US-Invasion in Grenada: Die Freiheit, die sie meinen! / Die Zerstörung einer Hoffnung / Auch die zweite Revolution ist tot.

Berichte und Hintergrund: Nicaragua - Stein des Anstoßes: Die Erziehungsprobleme des BMZ / Genschers AA tut einfach nichts. Besuch bei Inés Murillo im honduranischen Gefängnis Tamara / Zwischen liberalen Rechten und dem Diktat der "nationalen Sicherheit" / Wenn Hunger politisch ist, dann gibt es überall Politik. Wohin geht die politische Entwicklung Chiles? / Argentinien nach den Wahlen: Die Stunde der Sozialdemokraten.

Solidaritätsbewegung: ... bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei: Die Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 21. 10. 1983; Die Verwaltung des politischen Mangels / Ein "sinnlicherer" Zugang zu fremden Gesellschaften: der Literaturkreis im Dritte Welt Markt Siegburg stellt sich vor / "Under Fire" - unbedingt mitmachen: Aktionswochen für das freie Nicaragua/ Notizen aus der Bewegung / Zeitschriftenschau.

Blätter des iz3w Nr. 113, November 1983

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Pharyngitis als Entwicklungshelfer

Nachrichten und Berichte: Grenada: US-Invasion/Hintergründe des Putsches vom 19. Okt. + Die Eroberung der Weltmeere und des Polargebietes: Das Ende des Nord-Süd-Dialogs + Blockade der Kaffeeirma Rothfus in Hamburg + DEDler contra BMZ + Djibouti

PHARYNGITIS ALS ENTWICKLUNGSHelfER? + Überflüssige und gefährliche Arzneimittel: Wider besseres Wissen: Die Geschäfte mit den Durchfall in der Dritten Welt + Die Dreimonatsspritze + Neue Hoffnung für Millionen von Menschen dank Bayer und Merck? + Basismedikamente zu Sonderkonditionen + Pharyngitis: Boykott eigenständiger Entwicklung: Lehrstück Brasilien + Bangladesh: wenn sich die Armen wehren... + Arzneimittel: Hilfe und Selbsthilfe: Alternative Medikamentenproduktion + Damit die Hilfe nicht zur Katastrophe wird + Kurden in der Türkei: Interview + Atombombenversuche der USA in Südpazifik +

links lesen

Tom Nusbaumer:
Wie ich in Deutsch-
land über Vietnam
redete

Heinz Gärtner:
NATO zwischen
Überlegenheits-
gefühl und Ohn-
machtsphantasien

Interview mit
Phil Berrigan

Zeichen setzen -
Frankfurter Arbeiten
des Sprayers
von Zürich

Willi Hau:
Alternativzeitungen

Winni Geipert:
Ich und das
Parlament

Rossana Rossanda:
Marx und die
tausend Revolten

Paul Parin:
Heimatvertrieben 83

Monatlich 36 Seiten, Einzelheft DM 3,-,
Jahresabo DM 38,- incl. Versandkosten.
Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 591,
6050 Offenbach 4.
Probeexemplare kostenlos.

Stiille Nacht ...

*Sie naht wieder, die konsumfördernde
Weihnachtszeit.
Und mit ihr das alte Problem:*

*WAS SCHENKE ICH MEINEN LIEBEN FREUNDEN;
VERWANDTEN, MAMA UND PAPA, SCHWESTER UND
BRUDER, KIND UND KEGEL?*

*Wir kennen dieses Problem auch. Und auch
wir sind der Meinung, daß eine persön-
liche Gabe besonders geeignet ist, die
die Lieben regelmäßig erfreut und auch
noch zu ihrer Bildung beiträgt, elf Mal
im Jahr und für nur DM 45,-.*

*Wir haben uns des Problems angenommen
und eine Lösung gefunden, die auch un-
seren Bedürfnissen gerecht wird:*

ein Geschenkabonnement der

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Wie funktioniert's?

Anders als beim normalen Abo gilt beim
Geschenkabon: Vorauskasse.

Das Geschenkabon endet auch automatisch
nach einem Jahr. Ihr braucht also nur
den Bestellzettel auf der nächsten Seite
auszuschneiden, auszufüllen, zusammen
mit einem Verrechnungsscheck über
DM 45,- in einen Umschlag zu stecken
und an uns abzuschicken.

Der/Die von Euch Beschenkte bekommt dann
von uns als zusätzliches Geschenk dieses
Dezemberheft und im ganzen Jahr 1984
regelmäßig die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Oh du fröhlicheeee ...

RADIO FARABUNDO MARTI del FMLN

Analyse der wirtschaftlichen politischen und militärischen Entwicklung in El Salvador

Eine Analyse, die die wichtigsten Entwick-
lungen in und um El Salvador monatlich
überschaubar zusammenfaßt.

Bestellungen:
AG Radio Farabundo Marti
c/o Internationalismus Buchladen
Postfach 30 03
3000 Hannover 1

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - VERTRIEB -

S O N D E R A N G E B O T E

Argentinien-Paket: (Paket 1)
Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische
Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie
zurück (Dokumentation zur Repression in Argentinien und
den deutsch-argentinischen Beziehungen)

1983 91 Seiten
zusammen statt DM 13,50 DM 10,- (incl. Porto)

Atom-Paket: (Paket 2)
Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische
Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 Seiten

zusammen statt DM 14,50 DM 10,- (incl. Porto)

Kirchen-Paket: (Paket 3)
Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit (Dokumente und
Aufsätze über Basiskirche in der Dritten Welt und in
Europa) 1980 140 Seiten

Kirche in Lateinamerika 1979 208 Seiten

zusammen statt DM 17,- DM 12,- (incl. Porto)

Grosses Paket: (Paket 4)
Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische
Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft
1980 159 Seiten

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit
1980 140 Seiten

Kirche in Lateinamerika 1979 208 Seiten

Chile - der Mut zu Überleben 1978 40 Seiten

Bolivien - ein Volk in Widerstand 1981 192 Seiten

Chile - der Wille zu Überleben (Serie mit 12 Postkarten
von Stoffbildern aus Elendsvierteln in Santiago)

zusammen statt DM 50,- nur DM 30,- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 9 (Paket 5)
LN 95 - LN 105 (Juli 1981 - Juli 1982)

zusammen statt DM 35,- DM 25,- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 10 (Paket 6)
LN 106 - LN 116 (September 1982 - Juni 1983)

zusammen statt DM 40,- DM 30,- (incl. Porto)

Das Sonderangebot gilt bis zur 31. 1. 1984, jedoch nur
solange der Vorrat reicht. Lieferung nur gegen Voraus-
zahlung. Bestellungen bitte auf nebenstehendem Bestell-
abschnitt unter Beifügung eines Verrechnungsschecks
einsenden an:

LN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

ausschneiden und einsenden an:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

() Ich bestelle ein Geschenkabon 1984 für

Name

Straße

PLZ Ort

() Ich bestelle Paket

Einen Verrechnungsscheck über DM
habe ich beigelegt.

Name

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift